Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (09.07.2011)

Sand im Getriebe 91

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Democracia real YA !!
Echte Demokratie JETZT!

„Wir verkaufen nichts, wir schulden nichts, wir zahlen nicht !"

Bildnachweis:
Oben: Solidaritätskundgebung in Berlin mit den spanischen Bewegungen, 21.Mai(Foto:ps)
Unten: ***„Frauen gegen Schulden und Sparmaßnahmen – Wir schulden nichts – Wir zahlen nichts"****, Griechisches Transparent (Foto:mdv)*

Maghreb/ Mashrek	
Samir Amin: 2011: Der arabische Frühling ?	3
Wael Khalil: **IWF?** Nein danke!	12
Labournet: **Streiks in Ägypten**:...	13
Attac Marokko zur neuen Verfassung	14
Attac Frankreich u.a. : Ein französisches Boot für **Gaza**	16
Mustafa **Barghouthi** zur **palästinensischen Einheits-vereinbarung**	18
Werner Rügemer über **Libyen:**	20
Johan Galtung: Bush und Oba-ma als erste auf die Anklagebank!	21
Kriegsvorbereitungen	
Rick Rozoff: **Afrika:** Schlachtfeld für das Strategische Konzept der **NATO**	22
Rosa Luxemburg: „Ära unverhüllter Gewalt"	24
Jürgen Wagner: De Maizieres „Eckpunkte für die Neuausrich-tung der **Bundeswehr"**	25
Aufruhr in Europa	
Europäisches Attac Netzwerk: Alternativen zur Euro-Krise	27
Stephan Kaufmann: 20 beliebte **Irrtümer in der Schuldenkrise**	28
Stephan Lindner: Haircut ist nicht gleich **Schuldenaudit**	29
Werner Rügemer: Treuhand darf kein Vorbild für **Griechenland** sein!	31
Europäisches Attac-Netzwerk Indignados überall	32
Europäische Konferenz am 31. Mai (Brüssel): Stoppt die Politik der Austerität, der Verschuldung und der sozialen Verwüstung in Europa!- *Ergebnisse*	33
Attac Frankreich: Goldman Sachs an der Spitze der **BZE**	35
Stephan Krull: Arbeitszeit-verkürzung für gutes Leben	35
ENA - Europäische Attac-Sommer-Universität	36

„Das Jahr 2011 begann mit einer Reihe von explosiven, gewaltigen Zornausbrüchen der arabischen Völker“ schreibt **Samir Amin** (selbst Ägypter). Es hat sich nicht einfach aus heiterem Himmel ein demokratisches Gewitter ereignet. Die Rebellion beschreibt er als die neueste Welle einer langen Geschichte von Aufständen, von *sozialen* und nationalen Emanzipationsbewegungen in der arabischen Welt.
Eine Klassenanalyse der ägyptischen Gesellschaft gibt einen Überblick über die treibenden und retardierenden Kräfte.

Es sind vor allem junge Menschen, die auch im Süden Europas gegen das politische und ökonomische System rebellieren, das ihnen keine Zukunft erlaubt. In **Spanien** folgen „Los Indignados“ dem Beispiel des arabischen Frühlings, besetzen die großen Plätze der Städte und fordern echte Demokratie JETZT. In **Griechenland** wehren sich die Menschen gegen das Diktat der „Troika“ von IWF, Weltbank und EU mit der aufgezwungenen Welle von Privatisierungen und Sozialkahlschlag.“*Wir verkaufen nichts, wir schulden nichts, wir zahlen nicht*“. In Ecuador und Argentinien war diese Strategie schon einmal erfolgreich. **Stephan Lindner** berichtet aus Athen und erklärt den Unterschied zwischen Schuldenerlaß („Haircut“) und „Schuldenaudit“, das von immer mehr Griechen gefordert wird. Bei einem Audit (verbunden mit einem Moratorium) wird zunächst einmal die Legitimität der Schulden geprüft, z.B. die Schulden, die durch deutsche Rüstungsexporte entstanden sind. „*Während bei einem Haircut unter intransparenten Bedingungen verhandelt wird, muss bei einem Audit alles in Rahmen eines transparenten Verfahrens auf den Tisch, so dass zu jedem Verhandlungs-Zeitpunkt bekannt ist, wer warum welche Ansprüche anmeldet“.*

Sozialbewegungen, Gewerkschaften und Organisationen (auch Attac) aus ganz Europa haben sich in **Brüssel am 31. Mai** getroffen. Sie haben gemeinsame Forderungen und Aktionen vereinbart.
„*Der Ausweg liegt in einer Veränderung Europas zu einem Kontinent der Zusammenarbeit und Solidarität. Wir müssen in Europa gemeinsam handeln, um den Spaltungen, dem Nationalismus und den Ressentiments zu begegnen, die nur die populistischen und rechtsgerichteten Strömungen begünstigen, deren Bedeutung heute ständig zunimmt“*

Mit dieser neuen Welle der Empörung über die Auswirkungen der Krise des Weltkapitalismus entsteht global ein neues Paradigma: die Herrschenden erzittern vor der neuen Kraft jugendlicher Rebellen, die die Nase voll haben von Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Wirtschaftskrisen. Das Imperium ist geschockt und versucht, auch mit militärischen Mitteln vorauschauend einzuschüchtern. So reagiert der Westen mit seinem militärischen Arm, der NATO, auf die Welle der Aufstände in den arabischen Ländern einerseits mit militärischer Macht (Libyen, Bahrain, Panzerlieferungen an Saudi-Arabien), andererseits mit juristischen Intrigen und ökonomischer Erpressung. **Johan Galtung** untersucht die dem Westen dienende Funktion des „Internationalen Gerichtshofs“ und stellt fest: „*Bush und Obama müßten als erste auf Anklagebank*". **Wael Khalil** zeigt, wie der IWF Ägypten mit weiteren Krediten in eine neue Abhängigkeit bringen will. – bisher erfolglos.

Werner Rügemer unterscheidet die Rebellionen in Tunesien und Ägypten vom Bürgerkrieg in Libyen. Dieses Land hat immerhin versucht, einen afrikanischen Währungsfonds aufzubauen: *„Das wäre die Befreiung von Weltbank und Weltwährungsfonds und vom französischen „CFA-Franc“, den die ehemalige Kolonialmacht Frankreich bis heute den ehemaligen Kolonien aufzwingt“. „Außerdem sucht der Westen den Zugriff für das Mega-Solarprojekt „Desertec.“* Auch für **Rick Rozoff** ist es das Streben nach den üppigen Ressourcen Afrikas, das die NATO in die neuen Kriege treibt. „D*ie Operation in Libyen wird zu dem ersten Lackmustest für NATOs neues strategisches Konzept*“. Sie sei auch ein Testfall für den US-Africa-Command (AFRICOM), der ja bisher von allen Ländern Afrikas strickt zurück gewiesen wurde. Passend dazu analysiert **Jürgen Wagner** die “*Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“.*

Haben wir es – nach dem Versagen der neoliberalen Strategien der letzten Jahrzehnte – jetzt mit dem Übergang zu einer neuen Welle direkt militärischer Interventionen und Ressourcenkriege zu tun? **Rosa Luxemburg** erinnert uns daran, dass wir das schon mal hatten, und es ist beängstigend, wie aktuell ihre Analyse von 1913 ist.

Auf der europäischen Sommerakademie „**ENA**“ in Freiburg werden wir Gelegenheit haben, über die neuen Widersprüche in Europa, Nordafrika und Westasien zu diskutieren und Gegenstrategien zu entwickeln. *(ps)*

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken gedruckte Exemplare von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.
Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Samir Amin

2011: Der arabische Frühling ?

Das Jahr 2011 begann mit einer Reihe von explosiven, gewaltigen Zornausbrüchen der arabischen Völker. Wird dieser arabische Frühling ein zweites Mal „das Aufwachen der arabischen Welt“ in Gang setzen? Oder werden diese Aufstände auf der Stelle treten und schlussendlich scheitern – wie es beim ersten Erwachen der Fall war, das ich in meinem Buch „L'éveil du Sud“ (1) erwähnte?
In der ersten Hypothese werden die Fortschritte der arabischen Welt notwendigerweise in die Bewegung zur Überwindung des Kapitalismus/Imperialismus auf weltweiter Ebene eingehen. Ein Versagen hingegen würde die arabische Welt in ihrem aktuellen Status einer unterdrückten Peripherie festhalten, weil es ihr verboten wäre, sich zum aktiven Mitspieler in der Gestaltung der Welt aufzuschwingen.

Es ist immer gefährlich, verallgemeinernd von der „arabischen Welt“ zu sprechen und die Vielfältigkeit der objektiven Umstände zu ignorieren, die jedes Land dieser Welt charakterisiert. Ich werde mich daher in meinen Ausführungen auf Ägypten konzentrieren, da die wichtige Rolle, die das Land schon immer in der allgemeinen Entwicklung der Region gespielt hat, hinreichend anerkannt wird.

Ägypten im 19.Jahrhundert: England verhindert die Modernisierung

Ägypten war das erste Land am Rande des weltweiten Kapitalismus, das versuchte, ein „Schwellenland“ zu werden. Deutlich vor Japan und China, schon am Anfang des 19. Jahrhunderts, setzte Mohammed Ali ein Erneuerungsprojekt für Ägypten und seine unmittelbaren Nachbarn im arabischen Mashreq in Gang. Dieser gewaltige Versuch erstreckte sich über zwei Drittel des 19. Jahrhunderts, und erst spät, um 1870, in der zweiten Hälfte der Herrschaft von Ismail dem Prächtigen, ging sie langsam zu Ende. Die Analyse ihres Scheiterns darf die Gewalt der externen Aggression der Großmacht des damaligen kapitalistischen Industriezentrums-Großbritannien- nicht ignorieren. Dreimal verfolgte England hartnäckig sein Ziel, das Entstehen eines modernen Ägypten zum Scheitern zu bringen: im Jahre 1840 und um 1870 durch die Übernahme der Finanzkontrolle im vom osmanischen Vizekönig regierten Ägypten; im Jahre 1882 durch die militärische Besetzung. Zweifellos hatte das ägyptische Vorhaben seine Grenzen in der damaligen Epoche. Es ging darum, Ägypten zu einem kapitalistischen Schwellenland im kapitalistischen System zu machen, im Unterschied zum zweiten ägyptischen Projekt (1919-1967), auf das ich noch zurückkommen werde. Zweifellos haben die dem Projekt eigenen sozialen Widersprüche und die politischen, ideologischen und kulturellen Anschauungen, auf denen es basierte, auch ihren Teil zum Scheitern beigetragen. Aber ohne die Aggression des Imperialismus hätten diese Widersprüche vermutlich überwunden werden können, wie es das japanische Beispiel zeigt.
Das geschlagene ägyptische „Schwellenland“ wurde also fast vierzig Jahre lang (1880-1920) in den Status einer beherrschten Peripherie gehalten, dessen Strukturen neu geschaffen wurden, um dem Modell der kapitalistischen/ imperialistischen Akkumulation zu dienen. Der erzwungene Rückschritt traf nicht nur das Produktionssystem des Landes, sondern auch seine politischen und sozialen Strukturen und diente dazu, systematisch die ideologisch und kulturell rückständigen und reaktionären Anschauungen zu bestärken, um so das Land in seinem abhängigen Zustand zu erhalten.

Zweite Welle von Aufständen ab 1919

Ägypten, das heißt sein Volk, seine Elite, die Nation, die es darstellt, hat diesen Zustand nie akzeptiert. Diese hartnäckige Zurückweisung begründet daher eine zweite Welle von Aufständen im Laufe des folgenden halben Jahrhunderts (1919-1967). Ich sehe in der Tat diese Periode als eine fortlaufende Zeit von wichtigen Kämpfen und Fortschritten. Es gab drei Ziele: Demokratie, nationale Unabhängigkeit, sozialer Fortschritt. Diese drei Ziele – wenn auch begrenzt und manchmal unklar formuliert – können nicht voneinander getrennt werden. Dieses Zusammenhängen der Ziele ergibt sich übrigens aus den Auswirkungen der Integration des modernen Ägypten im globalisierten kapitalistischen/imperialistischen System der damaligen Zeit. Hierbei ist das Auftreten von Nasser (1955-1967) nichts Anderes als das letzte Kapitel der langen Reihe der Errungenschaften durch die Kämpfe, deren Anfang die Revolution von 1919-1920 war.

Die erste Phase dieses ein halbes Jahrhundert langen Emanzipationskampfes Ägyptens setzte den Schwerpunkt – mit der Gründung der Wafd-Partei im Jahre 1919 - auf die politische Modernisierung, durch die Einsetzung einer bürgerlichen Form der verfassungsmäßigen Demokratie, und auf die Rückeroberung der Unabhängigkeit. Diese Vorstellung von Demokratie ermöglichte einen säkularisierten Fortschritt – wenn nicht laizistisch im radikalen Sinn des Wortes; Symbol dessen war eine Flagge, die die Mondsichel und das Kreuz verbindet – eine Flagge, die in den Demonstrationen vom Januar und Februar 2011 wieder erschien. „Normale“ Wahlen ermöglichten es den Kopten nicht nur, von einer muslimischen Mehrheit gewählt zu werden, sondern vielmehr, sehr hohe Staatsämter problemlos bekleiden zu können.

All die Bemühungen der britischen Macht, mit der aktiven Unterstützung des reaktionären Blockes, bestehend aus Monarchie, Großgrundbesitzern und reichen Bauern, zielten darauf ab, die demokratischen Fortschritte Ägyptens unter der Wafd-Partei rückgängig zu machen. Gegen die Diktatur von Sedi Pascha in den dreißiger Jahren (Abschaffung der demokratischen Verfassung von 1923) erhob sich die Studentenbewegung, das damalige Zugpferd der pro-demokratischen, anti-imperialistischen Kämpfe. Es ist kein Zufall, dass die britische Botschaft und der Königspalast, um diese Gefahr zu reduzieren, aktiv die Gründung der Muslimbrüder (1927) unterstützt haben. Diese stützen sich auf das „islamische“ Gedankengut in seiner „salafistischen“ (traditionalistischen) wahhabitischen, von Rachid Reda abgefassten Version, das heißt die reaktionärste (antidemokratische und antisoziale) Form des neuen „politischen Islam“.

Die Eroberung Äthiopiens durch Mussolini und der drohende Weltkrieg zwangen London dazu, den demokratischen Kräften Zugeständnisse zu machen, was um 1936 die Rückkehr der (nun gemäßigten) Wafd-Partei und im selben Jahr die Unterzeichnung des englisch-ägyptischen Abkommens ermöglichte. Der Zweite Weltkrieg brachte gezwungenermaßen einen Stillstand. Aber ab dem 21. Februar 1946 begannen die Kämpfe von neuem, mit der Gründung des Studenten-Arbeiter-Blocks, der in seiner Radikali-

sierung durch die Beteiligung der Kommunisten und der Arbeiterbewegung verstärkt wurde. Wiederum reagierten die von London unterstützten Kräfte der ägyptischen Reaktion mit Gewalt und mobilisierten zu diesem Zweck die Muslimbrüder, die eine zweite Diktatur von Sedki Pascha unterstützten, ohne jedoch die Bewegung zum Schweigen gebracht zu haben. Die Wafd-Partei gelangte zurück an die Macht, die geplante Kündigung des Abkommens von 1936 und der Beginn von Guerillakämpfen in der noch besetzten Kanalzone wurden erst durch den Brand von Kairo (1951) niedergeschlagen, eine Aktion, bei der die Moslembruderschaft die Hände im Spiel hatte.

Freie Offiziere und Nasser

Der erste Staatsstreich der freien Offiziere (1952), aber vor allem der zweite, der zur Machtübernahme von Nasser (1954) führte, „krönen" , wie die einen sagen, oder laut anderen „beenden", diese Periode von ununterbrochenen Kämpfen. Der Nasserismus hat die Vorstellung – die meine ist - des ägyptischen Erwachens durch einen ideologischen Diskurs ersetzt, der die ganze Geschichte der Jahre 1919 bis 1952 verschwieg, und den Anfang der ägyptischen Revolution auf den Juli 1952 verlegte. Damals hatten viele Kommunisten diesen Diskurs angeprangert und die Staatsstreiche von 1952 und 1954 als ein Mittel gesehen, der Radikalisierung der demokratischen Bewegung ein Ende zu bereiten. Sie waren dabei im Recht, da der Nasserismus sich erst nach der Bandung-Konferenz (April 1955) als anti-imperialistisches Projekt herauskristallisiert hat. Der Nasserismus hat dann das erreicht, was er konnte: eine internationale, eindeutig anti-imperialistische Haltung (an die panarabischen und panafrikanischen Bewegungen angelehnt), und fortschrittliche (aber nicht „sozialistische") Sozialreformen. Das Ganze wurde als Politik von oben durchgeführt, wobei es nicht nur „ohne Demokratie" geschah (dem Volk wurde das Recht abgesprochen, sich selbst zu organisieren), sondern alles politische Leben „abgeschafft" wurde. Das Vakuum, das auf diese Weise geschaffen wurde, wurde durch den politischen Islam gefüllt. Das Projekt hat daher sein fortschrittliches Potential in kurzer Zeit erschöpft – in den zehn Jahren von 1955 bis 1965. Dessen Abflauen bot dem nunmehr von den Vereinigten Staaten gesteuerten Imperialismus die Gelegenheit, die Bewegung zu zerschlagen, indem sie dazu ihr regionales militärisches Instrument mobilisierten: Israel. Die Niederlage von 1967 markierte daher das Ende des halben Jahrhunderts Fortschritt. Die Rückschritte wurden von Nasser selbst in Gang gesetzt, der den Weg der Konzessionen an die Rechte wählte – (die „Infitah" - die Öffnung, in diesem Fall zur kapitalistischen Globalisierung") statt sich für eine Radikalisierung zu entscheiden, für die unter anderem die Studenten mit ihrer Bewegung um 1970 , kurz vor und nach dem Tod von Nasser, kämpften. Der Nachfolger Sadat verstärkte die Wirkung des Rechtsrucks und integrierte die Muslimbruderschaft in sein neues autokratisches System. Mubarak machte in der gleichen Richtung weiter.

Rückschritte (1967-2011)

Die darauf folgende Zeit der Rückschritte (1967-2011) dauerte dann fast ein halbes Jahrhundert.
Ägypten, den Anforderungen der globalisierten Liberalisierung und den Strategien der Vereinigten Staaten unterworfen, war kein regionaler und internationaler Akteur mehr. In der Region stehen vor allem die wichtigsten Verbündeten der USA im Vordergrund – Saudi-Arabien und Israel. Israel kann daher seine Expansionspolitik der Kolonisierung des besetzten Palästina weiter verfolgen, mit dem schweigenden Einverständnis von Ägypten und den Golfstaaten.

Das Ägypten von Nasser hatte ein ökonomisches und sozial fragwürdiges, aber kohärentes System aufgebaut. Nasser hatte auf die Industrialisierung gesetzt, um aus der internationalen kolonialen Spezialisierung herauszukommen, die das Land auf den Export von Baumwolle beschränkte. Dieses System sicherte der wachsenden Mittelklasse eine günstige Verteilung der Einkommen, ohne dass die Unterschicht verarmte. Sadat und Mubarak nahmen das ägyptische Produktionssystem auseinander und ersetzten es durch ein absolut chaotisches, das nur die Rentabilität von Firmen als Ziel hatte, - diese meist bloße Unterhändler des imperialistischen Monopolkapitals. Die angeblich hohe Wachstumsrate Ägyptens, die die Weltbank seit dreißig Jahren hoch preist, besagt nichts. Das ägyptische Wachstum ist ausgesprochen verletzlich. Dieses Wachstum ging außerdem mit einer unglaublichen Steigerung der Ungleichheiten und der Arbeitslosigkeit einher, die die Mehrheit der Jugend trifft. Diese Situation war explosiv; sie ist explodiert.

Scheinbare Stabilität des Regimes

Die scheinbare „Stabilität des Regimes", die Washington so sehr rühmte, basierte auf einem ungeheuren Polizeiapparat (1 200 000 Mann gegen nur 500 000 beim Militär), der seine Macht tagtäglich kriminell missbrauchte. Die imperialistischen Mächte taten so, als ob dieses Regime Ägypten von der islamistischen Alternative schützen würde. Aber da lügen sie wie gedruckt. In Wirklichkeit hatte das Regime den politischen, reaktionären Islam vollkommen in seinen Machtapparat integriert (das wahhabitische Modell der Golf-Staaten), indem es ihm die Führung des Schul- und Rechtswesens und der wichtigsten Medien (vor allem des Fernsehens) übergeben hatte. Zugelassen wurde nur das Wort der Moscheen in den Händen der Salafisten, die auch so tun durften, als ob sie die „Opposition" wären. Die zynische Doppelzüngigkeit der Aussagen des Establishments der Vereinigten Staaten (und hier unterscheidet sich Obama nicht von Bush) spielte dem Regime direkt in die Hände. Die tatsächliche Unterstützung des politischen Islam zerstört die Fähigkeit der Gesellschaft, den Herausforderungen der modernen Welt gerecht zu werden , sie ist der Grund für den katastrophalen Niedergang des Schulwesens und der Forschung. Die gelegentliche Verurteilung der „Übergriffe" (wie die Ermordung der Kopten) dient dazu, die in anderen Teilen der Welt militärischen Interventionen Washingtons im so genannten „Krieg gegen den Terror" zu legitimieren.

Das Regime konnte „ erträglich" erscheinen, solange das Sicherheitsventil der Massenauswanderung der Armen und der Mittelklasse in die Erdölstaaten funktionierte. Die Erschöpfung dieses Systems (als asiatische Migranten an Stelle der arabischen traten) führte zum Wiederaufleben des Widerstands. Die Arbeiterstreiks von 2007 – die stärksten auf dem afrikanischen Kontinent seit 50 Jahren – , der hartnäckige Widerstand der Kleinbauern, denen die Enteignung durch den Agrarkapitalismus drohte, die Bildung von demokratischen Protestkreisen in der Mittelklasse (die Kefaya-Bewegung und die vom 6. April) kündigten die unausweichliche Explosion an. Sie wurde in Ägypten selbst erwartet, auch wenn sie die „ausländischen Beobachter" überraschte. Wir sind daher in einer neuen Phase von Emanzipationskämpfen angelangt, deren Richtung und Entwicklungschancen wir analysieren müssen.

Die Komponenten der demokratischen Bewegung

Die derzeit stattfindende „ägyptische Revolution“ deutet auf die Möglichkeit des angekündigten Endes des „neoliberalen“ Systems hin, das in seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen in Frage gestellt wird.

Drei Komponenten haben aktiv zusammengewirkt, um diese gewaltige Volksbewegung in Ägypten auszulösen:
- die aus eigenem Antrieb und ihren eigenen „modernen“ Formen „wieder politisierte“ Jugend,
- die Kräfte der radikalen Linken
- und jene der demokratisch gesinnten Mittelschichten.

Die **Jugend** (ungefähr eine Million Aktivisten) waren das Zugpferd der Bewegung, der sich die radikale Linke und die demokratischen Mittelschichten sofort angeschlossen haben. Die Muslimbrüder, deren Führer in den ersten vier Tagen zu einem Boykott der Demonstrationen aufgerufen hatten (in der Überzeugung, dass sie der Repression nicht standhalten würden), sind der Bewegung erst spät beigetreten, erst dann, als der von allen Teilen des ägyptischen Volks getragene Aufruf riesige Protestversammlungen mit 15 Millionen Demonstranten auf die Straße brachte.
Die **Jugend und die radikale Linke** verfolgen drei gemeinsame Ziele:
- die Wiederherstellung der Demokratie (Schluss mit dem Militär- und Polizeisystems),
- die Umsetzung einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu Gunsten der unteren Schichten (Schluss mit der Unterwerfung unter das Diktat des globalisierten Neoliberalismus),
- und einer selbstständigen Außenpolitik (Schluss mit der Unterwerfung unter die Vormachtstellung der USA und deren Militärkontrolle über den ganzen Planeten).
Die demokratische Revolution, zu der sie aufrufen, ist eine demokratische, zugleich anti-imperialistische und soziale Revolution. So vielfältig die Jugendbewegung politisch, ideologisch und sozial auch sein kann, ist sie entschieden links geprägt. Dass sie sich spontan so warmherzig zu der radikalen Linken verhielt ist ein Beweis dafür.

Dem **Mittelstand** dagegen geht es meist nur um Eines: die Demokratie - ohne notwendigerweise den „Markt“ (so wie er ist) und die internationale Unterordnung Ägyptens radikal in Frage zu stellen. Die Rolle einer Gruppe von Bloggern, die - bewusst oder unbewusst – an einer richtigen, von der CIA organisierten Verschwörung mitmachen, darf nicht übersehen werden. Deren führende Figuren sind meist äußerst amerikanisierte junge Menschen aus wohlhabendem Milieu, die sich dennoch als „Systemgegner“ der herrschenden Diktaturen profilieren wollen. Die „Demokratie“ in der Form, wie sie Washington für seine Zwecke haben will, ist ihr Hauptthema im „Netz“. Aus diesem Grund gehören sie zu den Akteuren der durch Washington orchestrierten, als „demokratische Revolutionen“ getarnten Gegenrevolutionen im Stil der „bunten Revolutionen“ in Osteuropa. Aber es wäre falsch, daraus zu folgern, dass diese Verschwörung die Volksaufstände ausgelöst habe.
Nichtsdestoweniger versucht die CIA, die Richtung der Bewegung umzukehren, die Aktivisten von ihrem Ziel eines sozial fortschrittlichen Wandels abzubringen und sie auf andere Bereiche hinzuleiten. Und wenn die Bewegung beim Aufbau einer Konvergenz ihrer einzelnen Komponenten, bei der Bestimmung gemeinsamer strategischer Ziele und der Erfindung wirkungsvoller Organisations- und Aktionsformen versagt, hat die Verschwörung gute Aussichten auf Erfolg. Beispiele eines solchen Scheiterns sind bekannt, so z.B. Philippinen oder Indonesien. Diesbezüglich ist es interessant zu bemerken, dass unsere zur Verteidigung der „Demokratie“ – im amerikanischen Sinn – zu Felde ziehenden Blogger, die sich eher in Englisch als in Arabisch (!) ausdrücken, in Ägypten häufig Argumente entwickeln, die zur Legitimierung der Muslimbrüder geeignet sind.

Der von den drei aktiven Komponenten der Bewegung formulierte **Aufruf zu Protestversammlungen** ist rasch vom gesamten ägyptischen Volk aufgegriffen worden. Angesichts der in den ersten Tagen mit äußerster Gewalt ausgeübten Repression (mehr als Tausend Tote) haben diese Jugendlichen und ihre Verbündeten den Mut nicht verloren (sie haben die westlichen Mächte in keinem Augenblick zu Hilfe gerufen, wie es anderswo der Fall war). Ihr Mut war das entscheidende Element, das durch alle Viertel der großen und kleinen Städte und sogar durch Dörfer tagelang (und manchmal nächtelang) mehr als fünfzehn Millionen Demonstranten in die Protestwelle miteinbezogen hat.

Dieser eklatante politische Erfolg hat seine Wirkung nicht verfehlt: die Angst hat das Lager gewechselt; Hillary Clinton und Barack Obama haben dabei entdeckt, dass sie Husni Mubarak fallen lassen müssen, den sie bisher unterstützt hatten, während die Führer der Armee das Wort ergriffen, sich weigerten, nun die Repression zu übernehmen und somit ihr Image retteten und schließlich Mubarak und einige seiner wichtigsten Helfershelfer absetzten.

Dass alle Teile des ägyptischen Volks nun die Bewegung tragen bedeutet an sich schon eine positive Herausforderung. Denn dieses Volk ist genauso wie alle anderen bei weitem kein „homogener Block“. Bestimmte gesellschaftliche Gruppen verstärken zweifellos die Aussicht auf eine Radikalisierung.

Das Auftreten der **Arbeiterklasse** (ungefähr 5 Millionen Arbeitnehmer) in den Kämpfen kann entscheidend sein. Die Ansätze von neuen Arbeiterorganisationen seit 2007 sind im Laufe zahlreicher Streiks gereift. Derzeit gibt es mehr als fünfzig unabhängige Gewerkschaften.

Der hartnäckige Widerstand der **Kleinbauern** gegen die Enteignungen kann gleichfalls die Bewegung radikalisieren. Diese Enteignungen wurden durch die Annullierung der Agrarreform ermöglicht. Die Muslimbrüder haben im Parlament für diese niederträchtigen Gesetze gestimmt, unter dem Vorwand, Privateigentum sei im Islam „heilig“ und die Agrarreform sei eine Eingebung des kommunistischen Teufels.

Außerdem hat eine gewaltige Menge von **„Armen“** aktiv an den Demonstrationen vom Februar 2011 teilgenommen; oft treffen sie sich wieder in den Volksausschüssen, die in den Vierteln zur „Verteidigung der Revolution“ gebildet wurden. Diese „Armen“ können (durch ihre Bärte, Schleier, und sonstige Bekleidung) den Eindruck erwecken, dass die Menschen im Herzen Ägyptens „islamisch“ sind bzw. von den Muslimbrüdern mobilisiert werden. In der Tat ist die Führung der Muslimbrüder aber erst unter Druck ihrer Basis in den Kampf getreten.

Das Wettrennen hat also begonnen: wem wird es gelingen, wirkungsvolle Bündnisse mit den desorientierten Massen zu formulieren, bzw. sie zu lenken (diese Vokabel lehne ich übrigens ab): der Muslimbruderschaft und ihren islamistischen Bündnispartnern (den Salafisten) oder der demokratischen Allianz?

Bündnisse

In Ägypten sind zur zeit größere Fortschritte beim **Aufbau einer geeinten Front der demokratischen und Arbeiterkräfte** festzustellen.
Fünf sozialistisch ausgerichtete Parteien (die Ägyptische Sozialistische Partei, das Demokratische Volksbündnis – eine aus der ehemaligen Partei Tagammu stammende Mehrheit - , die demokratische Arbeiterpartei, die Revolutionäre Partei der Sozialisten – Trotzkisten - und die Ägyptische Kommunistische Partei –eine frühere Komponente der Tagammu-Partei) haben im April 2011 ein Bündnis der sozialistischen Kräfte geschlossen, und sich verpflichtet, ihre Kämpfe gemeinsam fortzusetzen.

Parallel wurde **aus allen politischen und sozialen Kräften der Bewegung** (sozialistisch ausgerichtete Parteien, unterschiedliche demokratische Parteien, unabhängige Gewerkschaften, Bauernverbände, Jugendnetzwerke, zahlreiche soziale Vereine) ein **Nationalrat** (Maglis Watany) gebildet.

Die **Muslimbrüder und rechte Parteien** haben sich **geweigert**, an diesem Rat teilzunehmen, und bestätigen damit erneut was bereits bekannt war: sie sind gegen eine Weiterführung der Bewegung.
Der Rat besteht aus ungefähr 150 Mitgliedern.

Der reaktionäre Block

Wie in der Aufschwungsphase der früheren Kämpfe stößt die anti-imperialistische, demokratische und soziale Bewegung in Ägypten auf einen mächtigen reaktionären Block. Dieser Block kann zwar durch seine Klassenzusammensetzung, aber auch durch seine politischen Interventionsmittel sowie den dazu gehörenden ideologischen Diskurs definiert werden.

In sozialer Hinsicht wird der reaktionäre Block von allen Teilen der ägyptischen **Bourgeoisie** geführt. Die gängigen Formen abhängiger Kapitalakkumulation der letzten 40 Jahre haben zum Aufkommen einer reichen Bourgeoisie als ausschließlicher Nutznießerin der unverschämten Ungleichheit geführt, die dieses „neoliberal-globalisierte" Modell mit sich bringt. Es handelt sich um Zehntausende, nicht etwa von „erfinderischen Unternehmern" – wie es die Weltbank in ihrem Diskurs darstellt – sondern um Millionäre und Milliardäre, die alle ihr Vermögen eines Zusammenwirkens mit dem politischen Apparat verdanken („Korruption" ist eine eingebaute Komponente dieses Systems). Es ist eine **Kompradorenbourgeoisie** (das Volk bezeichnet sie in der politischen Umgangssprache in Ägypten als „korrupte Schmarotzer"). Sie ist die aktive Stütze für die Einbindung Ägyptens in die jetzige imperialistische Globalisierung. Sie ist auch eine vorbehaltlose Verbündete der USA. Diese Bourgeoisie hat in ihren Reihen zahlreiche Generäle der Armee und der Polizei, „Zivilisten", die mit dem Staat und der von Sadat und Mubarak gegründeten herrschenden („Nationaldemokratischen") Partei in Verbindung stehen, und Geistliche (alle Anführer der Muslimbrüder und die bedeutenderen Scheichs von Al-Azhar sind samt und sonders „Milliardäre").
Gewiss gibt es noch eine **mittelständische Bourgeoisie** der aktiven kleinen und mittleren Unternehmer. Aber diese sind **Opfer** des Erpressungssystems der Kompradorenbourgeoisie und werden meist auf den Status von Zulieferern beschränkt und von lokalen Monopolen beherrscht, die ihrerseits als Transmissionsriemen ausländischer Monopole fungieren. Im Bauwesen hat sich diese Situation fast verallgemeinert: die „Großen" holen sich die Aufträge, die sie dann unter die Zulieferer verteilen. Diese echte Unternehmerklasse sympathisiert mit der demokratischen Bewegung.

Die **ländliche Seite** des reaktionären Blocks ist ebenso wichtig. Sie besteht aus **reichen Bauern,** die als Hauptnutznießer von Nassers Agrarreform die Stelle der früheren Klasse der Landgutbesitzer eingenommen haben. In den von der Nasser-Regierung errichteten Agrarkooperativen kamen Klein- und Großbauern zusammen und aus diesem Grund profitierten hauptsächlich Reiche davon. Aber die von der Regierung getroffenen Vorsichtsmaßnahmen schränkten mögliche Übergriffe gegen die Kleinbauern ein. Da diese Maßnahmen von Sadat und Mubarak auf Empfehlung der Weltbank aufgehoben wurden, versucht nun die reiche Bauernschaft mit allen Mitteln, das Verschwinden der Kleinbauernschaft zu beschleunigen.
Die reichen Bauern haben im modernen Ägypten stets eine reaktionäre Klasse gebildet und sind es heute mehr denn je. Sie sind auch die Hauptstütze des konservativen Islam auf dem Land und dank ihren engen (oft verwandtschaftlichen) Beziehungen mit den Vertretern der staatlichen und religiösen Behörden (die Moschee Al-Azhar ist in Ägypten gleichbedeutend mit einer organisierten muslimischen Kirche) beherrschen sie das gesellschaftliche Landleben. Darüber hinaus stammt ein guter Teil der städtischen Mittelschicht direkt aus der reichen Bauernschaft (insbesondere die Militär- und Polizeioffiziere, aber auch die Technokraten und Freiberufler).

Militär und Polizei

Diesem reaktionären gesellschaftlichen Block stehen willige politische Instrumente zur Verfügung: das Militär und die Polizei, die staatlichen Einrichtungen, die privilegierte politische Partei (de facto eine Art Einheitspartei) – die von Sadat gegründete Nationaldemokratische Partei -, der geistliche Apparat (die Moschee Al-Azhar), die unterschiedlichen Strömungen des politischen Islam (Muslimbrüder und Salafisten).
Die der ägyptischen **Armee** von Seiten der USA zukommende Militärhilfe (jährlich 1,5 Milliarden Dollar) war nie dazu bestimmt, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu verstärken, sondern ganz im Gegenteil die Armee durch eine systematische - nicht nur bekannte und geduldete, sondern positiv und zynisch unterstützte - Korruption harmlos zu machen. Durch diese „Hilfe" konnten sich die ranghöchsten Offiziere ganze Branchen der Kompradorenwirtschaft in einem solchen Maß aneignen, dass in Ägypten von der „Armee-GmbH" (Scharika al gcheish) die Rede ist.

Der **Generalstab der Armee**, der die Verantwortung für die „Leitung" der Übergangsphase übernommen hat, ist aus diesem Grund nicht „neutral", obwohl er sich vorsichtshalber den Anschein gibt, so zu sein, indem er sich von der Repression distanziert. Die ihm zu Dienste stehende **„Zivilregierung"** (deren Mitglieder vom obersten Generalstab ernannt worden sind) besteht **teilweise aus Mitarbeitern der früheren Regierung**, wenn auch deren am wenigsten bekannten Persönlichkeiten, und hat **eine Reihe völlig reaktionärer Maßnahmen** ergriffen, dazu bestimmt, die Radikalisierung der Bewegung zu bremsen. Zu diesen Maßnahmen gehört ein niederträchtiges Anti-Streik-Gesetz (angeblich, weil die Wirtschaft des Landes wieder in Gang gebracht werden muss), ein Gesetz, das der Bildung politischer Parteien strenge Einschränkungen auferlegt und darauf abzielt, nur den Strömungen des dank der systematischen Unterstützung der früheren Regierung bereits gut organisierten politischen Islam (insbesondere den Muslimbrüdern) zu ermöglichen, in den Wahlkampf zu gehen.
Und dennoch bleibt die **Haltung der Armee** trotz allem letzten Endes **unberechenbar**. Denn trotz der Korruption ihrer Führung (die Soldaten sind Wehrpflichtige, die Offiziere dagegen Berufssoldaten) fehlt es ihr nicht immer an Patriotismus. Darüber hinaus empfindet die Armee es schmerzlich, dass sie zu Gunsten der Polizei praktisch von der Macht ausgeschlossen wurde. Unter diesen Umständen, und weil die Bewegung mit Nachdruck ihrem Willen Ausdruck gegeben hat, die Armee von der politischen Leitung des Landes fernzuhalten, ist es wohl anzunehmen, dass der Generalstab es in Betracht zieht, künftig im Hintergrund zu bleiben und darauf zu verzichten, Männer aus den eigenen Reihen bei den kommenden Wahlen aufzustellen.

Auch wenn der **Polizeiapparat** freilich unangetastet bleibt (von einer strafrechtlichen Verfolgung seiner Verantwortlichen ist keine Rede), genauso wie der gesamte Staatsapparat (die neuen Regierungsmitglieder gehörten alle der früheren Regierung an), so ist dagegen die **Nationaldemokratische Partei** im Trubel untergegangen und ihre Auflösung von der Justiz ausgesprochen worden. Wir können jedoch darauf wetten, dass die ägyptische Bourgeoisie es schaffen wird, ihre Partei unter irgendwelchen neuen Bezeichnungen neu ins Leben zu rufen.

Der politische Islam

Die Muslimbrüder

Die Muslimbrüder sind die einzige politische Kraft, die vom Regime nicht nur geduldet sondern aktiv in ihrer Entfaltung unterstützt wurde. Sadat und Mubarak übertrugen ihnen die Steuerung dreier grundlegender Bereiche: der Bildung, der Justiz und des Fernsehens.
Die Muslimbrüder waren nie „gemäßigt", geschweige denn „demokratisch" und können dies auch nicht sein. Ihr Chef, der Murschid, (arabische Entsprechung des Wortes Führer) ist selbsternannt und ihre Organisation beruht auf den Prinzipien der Disziplin und des Gehorsams ohne jegliche Diskussion.
Die Führung besteht ausschließlich aus Superreichen (nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Unterstützung durch Saudi-Arabien und damit durch Washington), die Kaderschicht aus erzkonservativen Mitgliedern der Mittelklasse, die Basis aus einfachen Leuten, die über den karitativen Zweig der Bruderschaft angeworben wurden (welche ebenfalls Saudi-Arabien finanziert), während die aus dem Lumpenproletariat rekrutierten Milizen (Baltaguis) den starken Arm darstellen.

Die Muslimbrüder kommen nicht ohne ein marktwirtschaftliches System aus und sind völlig vom Ausland abhängig. Somit sind sie Teil der Kompradorenbourgeoisie. Tatsächlich haben sie gegen die großen Streiks der Arbeiterklasse und den Kampf der Bauern für das Eigentum an ihrem Land Front gemacht. Die Muslimbrüder sind also nur insofern „gemäßigt" als sie nie ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm verfasst haben, eine neoliberale reaktionäre Politik nicht in Frage stellen, und sich in die Vormachtstellung der USA in der Region und weltweit mit all ihren Konsequenzen fügen, was sie zu willkommenen Verbündeten der USA macht, die ihnen ein "Demokratiezeugnis" ausgestellt haben (schließlich ist Saudi-Arabien, Gönner der Muslimbrüder, Washingtons Bündnispartner par excellence).

Natürlich können die Vereinigten Staaten nicht zugeben, dass ihre Strategie den Aufbau „islamischer" Systeme in der Region zum Ziel hat und sie sind bemüht, sich ängstlich zu geben. So rechtfertigen sie ihren „ununterbrochenen Krieg gegen den Terror", der in Wahrheit einer anderen Absicht dient – der militärischen Kontrolle des Planeten zur Sicherung eines ausschließlichen Ressourcenzugangs für die USA, Europa und Japan. Diese Doppelzüngigkeit hat einen weiteren Vorteil, der darin besteht, die „Islamophobie" in der öffentlichen Meinung mobilisieren zu können.
Europa verfolgt in der Region bekanntlich keine bestimmte Strategie und begnügt sich damit, jeweils die Linie Washingtons zu übernehmen. Mehr denn je gilt es, die Verlogenheit der von den USA verfolgten Strategie aufzuzeigen, die ihre öffentliche Meinung geschickt manipulieren und die Bevölkerung hinters Licht führen.
Nichts fürchten die USA (und mit ihnen Europa) mehr als eine wahrhaftige Demokratie in Ägypten, in welcher der wirtschaftliche Neoliberalismus und die aggressive Strategie der USA und der NATO zweifellos in Frage gestellt würden. Um eine Demokratisierung Ägyptens zu verhindern sind sie zu allem bereit, und sie werden verdeckt aber mit allen Mitteln versuchen, die Muslimbrüder als scheinbare Alternative zu unterstützten, obwohl diese innerhalb der ägyptischen Volksbewegung für einen echten Wandel offenkundig nur eine Minderheit darstellen.

Unter einer Decke

Dass imperialistische Mächte und politischer Islam unter einer Decke stecken ist im Übrigen weder neu noch eine Besonderheit Ägyptens.
Seit ihrer Gründung im Jahr 1927 waren die Muslimbrüder stets ein nützlicher Verbündeter für den Imperialismus und den reaktionären Block vor Ort und gleichzeitig ein erbitterter Gegner demokratischer Bewegungen in Ägypten.
Die Multimilliardäre, die heute der Bruderschaft vorstehen, werden sich wohl kaum für die Sache der Demokratie einsetzen!
Der politische Islam ist in der gesamten muslimischen Welt strategischer Bündnispartner der USA und der ihnen untergeordneten NATO-Länder. Washington hat die als „Freedom Fighters" verherrlichten Taliban während ihres Kampfes gegen die als „kommunistisch" bezeichnete nationale Volksregierung vor und nach dem Eingreifen der Sowjetunion bewaffnet und finanziert. Als die Taliban die von den „Kommunisten" gegründeten Mädchenschulen schlossen, haben „Demokraten" und sogar „Feministen" sich beeilt zu behaupten, man müsse „die Traditionen respektieren".

In Ägypten werden die Muslimbrüder mittlerweile von der salafistischen („traditionellen") Strömung unterstützt, die ihrerseits größtenteils von den Golfstaaten finanziert wird.
Die Salafisten sind bekennende Extremisten (überzeugte Wahhabiten, die keine andere Auslegung des Islam dulden) und für die systematischen Morde an Kopten verantwortlich. Solche Übergriffe wären ohne die stillschweigende Billigung (und zum Teil sogar Beteiligung) des Staatsapparates und insbesondere der Justiz, die größtenteils in der Hand der Muslimbrüder ist, schwerlich denkbar. Diese merkwürdige Arbeitsteilung erlaubt es der Bruderschaft, sich als gemäßigt darzustellen und Washington gibt vor dies zu glauben.

Der Sufismus

Innerhalb der islamischen Glaubensrichtungen Ägyptens sind jedoch heftige Kämpfe vorprogrammiert. Denn in Ägypten ist die historisch vorherrschende Strömung des Islam der „Sufismus", dessen Bruderschaften heute 15 Millionen Gläubige zählen. Dieser offene, tolerante Islam, dessen Augenmerk eher auf der individuellen Überzeugung als auf der Einhaltung der Riten liegt („es gibt so viele Wege zu Gott wie es Menschen gibt", heißt es dort), war stets ein Dorn im Auge der Obrigkeit, die jedoch Zuckerbrot und Peitsche einsetzte, ohne jemals offen gegen ihn vorzugehen.

Der wahhabitische Islam der Golfstaaten steht dem diametral entgegen. Er ist archaisch, ritualistisch, konformistisch, erklärter Feind aller anderen Auslegungen als der eigenen, die sich eng an den Text hält und jede kritische Sichtweise als Teufelswerk abtut. Der wahhabitische Islam hat dem Sufismus den Krieg erklärt, und will diesen "ausrotten", wofür er auf die Unterstützung der Machthaber zählt. Hierauf haben die Sufisten mit einer teils radikalen Säkularisierung reagiert. Sie fordern die Trennung von Religion und Politik (d.h. der Staatsmacht und der von ihr anerkannten Religiösen Autorität, der Al Azhar).

Die Sufisten sind Verbündete der Demokratiebewegung. Die Einführung des wahhabitischen Islam in Ägypten begann mit Rachid Reda in den 1920er Jahren und wurde ab 1927 von den Muslimbrüdern weitergeführt. Echten Auftrieb bekam er jedoch erst nach dem zweiten Weltkrieg, als die Erdölrente der Golfstaaten, denen die USA im Konflikt mit der nationalen Volksbefreiungswelle der 1960er Beistand leisteten, ihm die Kassen füllten.

Mahmood Mamdani: Guter Moslem, böser Moslem – Amerika und die Wurzeln des Terrors,
Hamburg 2006, Nautilus-Verlag *„Mamdani deckt die Lügen, Stereotypisierungen und leichtfertigen Generalisierungen auf, mit denen die USA ihr Verhalten gegenüber der muslimischen Welt begründen. Bestürzend, aber essenziell"* (J.M. Coetzee)

Die Strategie der USA: Das pakistanische Modell

Die drei dominanten Mächte des Nahen Ostens während der gesamten Phase des Rückschritts (1967-2011) waren die USA als Schirmherr des Systems, Saudi-Arabien und Israel, drei enge Verbündete.
Ihnen allen ist die Angst vor der Entstehung eines demokratischen Ägyptens gemeinsam, das in jedem Fall anti-imperialistisch und sozial wäre, dem globalisierten Neoliberalismus gegenüber auf Abstand ginge, Saudi-Arabien und die Golfstaaten überstrahlen würde, die Solidarität der arabischen Völker wieder aufflammen ließe und Israel zur Anerkennung des palästinensischen Staates zwänge.

Ägypten ist ein Eckpfeiler der US-Strategie zur Beherrschung des Planeten. Um ihr einziges Ziel, das Ersticken der ägyptischen Demokratiebewegung zu erreichen, wollen Washington und seine Bündnispartner Israel und Saudi-Arabien einen von den Muslimbrüdern geführten „islamischen Staat“ entstehen lassen , da sie sich nur so der Unterwerfung Ägyptens sicher sein können. Der „demokratische Diskurs“ dient ausschließlich der Täuschung einer leichtgläubigen Öffentlichkeit, vor allem in den USA und Europa.

Um eine Regierung der Muslimbrüder (die „sich der Demokratie anschließen“) zu rechtfertigen wird oft das Beispiel der Türkei angeführt. Das aber ist Augenwischerei, denn der „Säkularismus“ der Türkei wird von der keineswegs demokratischen und der NATO treu verbundenen Armee gewahrt, die hinter den Kulissen weiterhin agiert. Der von Hillary Clinton, Obama und den ihnen zu Diensten stehenden Thinktanks offen propagierte Plan Washingtons ist an das pakistanische Modell angelehnt: Eine „islamische" Armee im Hintergrund und eine oder mehrere „gewählte" islamische Parteien in der „zivilen“ Regierung. Nach diesem Modell würde eine „islamische“ Regierung in Ägypten für ihre Fügsamkeit in Grundfragen belohnt (keine Infragestellung des Neoliberalismus und der so genannten „Friedensverträge“, durch die Israel seine territoriale Expansionspolitik vorantreiben kann). Sie könnte im Gegenzug unbehelligt seine „Islamisierung von Staat und Politik" und die Koptenmorde weiterführen. So sieht die Demokratie aus, die Washington Ägypten zugedacht hat!
Dieser Plan wird natürlich von Saudi-Arabien nach Kräften (finanziell) unterstützt, da Riad wohl weiß, dass zum Erhalt seiner Regionalhegemonie (in der arabischen und islamischen Welt) Ägyptens Bedeutung auf ein Mindestmaß reduziert werden muss. Das Mittel hierfür ist „die Islamisierung von Staat und Politik“, eine Islamisierung wahhabitischer Art mit all ihren Konsequenzen, zu denen fanatische Ausschreitungen gegenüber den Copten und die Negierung der Frauenrechte zählen.

„Sharia“ im Artikel 2 der Verfassung

Ist eine solche Islamisierung möglich? Sicher nur um den Preis ausufernder Gewalt. Der Stein des Anstoßes ist Artikel zwei der Verfassung des gestürzten Regimes. Dieser Artikel, in dem es heißt „*die Sharia ist die Quelle des Rechts*“, ist ein Novum in der politischen Geschichte Ägyptens. Weder dessen Verfassung von 1923, noch diejenige Nassers beinhalteten einen solchen Passus. Erst Sadat nahm ihn mit der dreifachen Unterstützung Washingtons („die Traditionen wahren") , Riads („Der Koran hat Verfassungsrang") und Jerusalems („Der Staat Israel ist ein jüdischer Staat“) in seine neuen Verfassung auf.

Die Muslimbrüder verfolgen weiterhin den Plan, einen theokratischen Staat aufzubauen, wie auch ihr Festhalten an Artikel zwei der Sadat/Mubarak-Verfassung bezeugt. Überdies bekräftigt ihr jüngstes Programm, in dem die Einrichtung eines Ulema-Rates gefordert wird, der über die Übereinstimmung jedes Gesetzesvorschlages mit der Scharia wachen soll, diese rückwärts gewandte Vision. Dieser religiöse Verfassungsrat ist das Gegenstück des Wächterrats, der im Iran die „gewählten Vertreter" überwacht. Hieraus ergibt sich die Herrschaft einer einzigen religiösen Überpartei, unter welcher alle säkular ausgerichteten Parteien rechtswidrig würden. Anhänger solcher Parteien und Nichtmuslime (Kopten) würden somit vom politischen Leben ausgeschlossen. Ungeachtet dessen tun die Machthaber in Washington und Europa so, als könne man die vor kurzem verfaßte Erklärung der Brüder, in der sie auf ihren theokratischen Plan „verzichten“ (ohne jedoch ihr Programm zu ändern!), für bare Münze nehmen - ein verlogener und opportunistischer Schachzug. Können die CIA-Experten denn kein Arabisch? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die USA die Muslimbrüder, die ihnen ein loyales und der neoliberalen Globalisierung ergebenes Ägypten garantieren, den Demokraten vorziehen, welche die Unterwürfigkeit des Landes hinterfragen könnten. Die offensichtlich nach türkischem Vorbild vor kurzem gegründete Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, ist wenig mehr als ein Werkzeug der Bruderschaft. Sie steht den Kopten offen (!), was heißt, dass diese gehalten sind, den vom Programm der Muslimbrüder vorgezeichneten islamisch-theokratischen Staat anzunehmen, wenn sie ein „Mitspracherecht" in der Politik ihres Landes wünschen. Die zur Offensive übergegangenen Muslimbrüder gründen „Gewerkschaften“, „Bauernvereine“ und eine ganze Palette „politischer Parteien" unter verschiedensten Namen, deren alleiniges Ziel die Zersetzung der neu entstehenden einheitlichen Fronten von Arbeitern, Bauern und Demokraten und mithin die Stärkung des konterrevolutionären Blockes ist.

Wird die ägyptische Demokratiebewegung in der Lage sein, die Aufnahme dieses Artikels in die neue Verfassung zu verhindern? Um diese Frage zu beantworten ist ein Rückblick auf die politischen, ideologischen und kulturellen Debatten in der jüngeren ägyptischen Geschichte notwendig.

Die Phasen des Fortschritts sind offenbar durch eine Vielfalt offen geäußerter Meinungen gekennzeichnet, welche die weiterhin in der Gesellschaft vorhandene Religion in den Hintergrund drängen. Zwei Drittel des 19. Jahrhunderts waren solche Phasen (von Mohamed Ali bis zu Ismail dem Prächtigen). Die Themen der Modernisierung (wenngleich eher despotisch-aufgeklärt als demokratisch) standen damals im Vordergrund. Auch die Zeit von 1920 bis 1970 zählt hierzu. Damals herrschte offene Feindschaft zwischen den „bürgerlichen Demokraten“ und den „Kommunisten“, welche bis zum Nasserismus die Hauptrolle spielten. Unter Nasser wurde diese Debatte durch einen panarabischen populistischen Diskurs ersetzt, der jedoch gleichzeitig das Landmodernisieren wollte.

Die Widersprüche dieses Systems bereiteten den Weg für die Rückkehr des politischen Islams. Während der Phasen des Rückschrittes hingegen verschwand die Meinungsvielfalt um einer scheinbar islamischen Gestrigkeit Platz zu machen, die für sich eine von der Obrigkeit sanktionierte Diskurshoheit beanspruchte. Von 1880 bis 1920 waren die Briten für einen solchen Irrweg verantwortlich, da sie unter anderem alle seit Mohammed Ali ausgebildeten modernistischen Denker und Akteure ins Exil schickten (hauptsächlich nach Nubien). Bemerkenswert ist, dass sich auch der „Widerstand" gegen diese britische Besatzung der rückwärts gewandten Strömung anschloss. Die von Afghani gegründete und von Mohammed Abdu fortgeführte Nadha beschritt diesen Irrweg, verbunden mit der osmanistischen Illusion, welche die von Mustafa Kemal und Mohammed Farid gegründete neue Nationalistische Partei vertrat. Niemanden wird es wundern, dass dieser Irrweg zum Ende jener Zeitspanne die ultrareaktionären Schriften Rachid Redas hervorgebracht hat, die von Hassan el Banna, dem Gründer der Muslimbrüder aufgegriffen wurden.

Ähnliches gilt für die Phase des Rück-

schritts in den Jahren 1970 bis 2010. Der offizielle Diskurs der Machthaber (Sadat und Mubarak) ist durch und durch islamistisch (wie die Aufnahme der Scharia in die Verfassung und die Übertragung wichtiger Befugnisse an die Muslimbrüder beweisen) und entspricht dem der Scheinopposition in den Moscheen, der einzigen, die geduldet wurde. So könnte man meinen, der Artikel zwei sei fest in der allgemeinen „Überzeugung" verankert (derjenigen der „Straße", wie man sich in Nachahmung des US-Diskurses ausdrückt).

Die verheerenden Auswirkungen der während der Rückschrittsphasen konsequent betriebenen Entpolitisierung sind nicht zu unterschätzen. Sie rückgängig zu machen dürfte schwierig sein, aber nicht unmöglich. Die gegenwärtigen Debatte in Ägypten konzentrieren sich explizit oder implizit auf die angebliche „kulturelle Dimension" der Aufgabe (mit anderen Worten die islamische).
Ermutigend ist, dass nach nur wenigen Wochen praktisch offener Diskussion der Slogan „Islam ist die Lösung" bei allen Demonstrationen durch konkrete Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen ersetzt wurde (Meinungsfreiheit, Gründung von Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen, Gehälter und Arbeiterrechte, Zugang zu Land, Bildung und Gesundheit, Ablehnung der Privatisierungen und Aufruf zu Verstaatlichungen usw.).
Unmissverständliches Signal: Während noch vor fünf Jahren die Muslimbrüder als einzig anerkannte scheinbar oppositionelle Stimme bei den Studentenwahlen eine Mehrheit von 80% erreichten, sank ihr Anteil im April auf 20%!

Doch der Gegner weiß seine Gegenschläge wider die „demokratische Gefahr" zu organisieren. Die unbedeutenden Änderungen der immer noch gültigen Verfassung, die von einem ausschließlich aus durch den Hohen Rat (die Armee) handverlesenen Islamisten bestehenden Ausschuss vorgeschlagen und im April durch ein eilig abgehaltenes Referendum abgesegnet wurden (23% Gegenstimmen, aber eine Mehrheit von Ja-Stimmen aufgrund von Fälschungen und massivem Druck seitens der Moscheen), betreffen natürlich nicht den Artikel zwei. Für September/Oktober 2011 wurden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anberaumt. Die Demokratiebewegung kämpft für einen langsameren „Übergang zur Demokratie", damit ihre Botschaft die ratlosen Massen wirklich erreichen kann.
Aber Obama hat sich für eine schnelle und geordnete (d.h. den Machtapparat des Regimes nicht in Frage stellende) Machtübergabe in den ersten Tagen des Aufstands und für Wahlen entschieden (die den Islamisten den erwünschten Sieg bescheren könnten). Bekanntermaßen sind Wahlen in Ägypten ebenso wie anderswo auf der Welt häufig nicht das beste Mittel um eine Demokratie einzusetzen, sondern um demokratischen Vorstößen ein Ende zu machen.

Korruption

Eine letzte Bemerkung zum Thema „Korruption". Der vorherrschende Diskurs der „Übergangsregierung" rückt deren Aufdeckung in den Mittelpunkt und droht mit strafrechtlicher Ahndung (es wird sich zeigen, was wirklich getan wird).
Dieser Diskurs findet zweifellos regen Anklang, insbesondere beim naiven Teil der Öffentlichkeit. Man schreckt jedoch davor zurück, ihre tieferen Gründe zu analysieren und die Korruption (die nach dem Vorbild US-amerikanischer Moralpredigten als moralisch verwerflich dargestellt wird) als organischen Baustein zu begreifen, der für die Bildung einer Bourgeoisie notwendig ist.
Das gilt nicht nur für Ägypten, sondern allgemein für die südlichen Länder, wo sich eine Kompradorenbourgeoisie entwickelt hat, die ohne enge Beziehungen zur Staatsgewalt nicht lebensfähig wäre.

Ich vertrete den Standpunkt, dass der Kapitalismus im Stadium flächendeckender Monopole der Korruption als Bestandteil seines Bereicherungsmechanismus bedarf, in dem die Einkünfte aus der Monopolwirtschaft nur durch Klüngel mit dem Staat erzielt werden können.
Der ideologische Diskurs („der neoliberale Virus") fordert die Abschaffung des Staates, während in der Praxis der Staat in den Dienst der Monopole gestellt wird.

Die Sturmzone

Mao hatte nicht Unrecht als er sagte, dass der Kapitalismus (real existierend, das heißt im Wesen imperialistisch) den Völkern der drei Kontinente (die Randzone, die Asien, Afrika und Lateinamerika bilden – mit ihrer „Minderheit" von 85% der Weltbevölkerung !) nichts bieten könnte und dass daher der Süden die „Sturmzone" bilden würde, das heißt eine Zone andauernder Aufstände, die in sich (aber nur potentiell) den Keim revolutionärer Fortschritte in Richtung der sozialistischen Überwindung des Kapitalismus tragen können.

Der „arabische Frühling" ist Teil dieser Realität. Es sind soziale Aufstände, in denen sich möglicherweise Alternativen herauskristallisieren, die sich langfristig in eine sozialistische Perspektive einordnen lassen könnten. Aus diesem Grund kann das kapitalistische System, das Kapital der global herrschenden Monopole, die Entfaltung dieser Bewegungen nicht tolerieren. Es wird alle möglichen Mittel der Destabilisierung in Gang setzen, von wirtschaftlichem und finanziellem Druck bis hin zur militärischen Drohung. Je nach den Umständen wird es entweder die falschen faschistischen oder faschistoiden Alternativen oder die Errichtung von Militärdiktaturen unterstützen. Man darf nicht ein Wort von dem glauben, was Obama sagt. Obama, das ist Bush, nur mit einer anderen Sprache. Es handelt sich da um eine permanente Doppelzüngigkeit in der Sprache der führenden Personen der imperialistischen Triade (Vereinigte Staaten, Westeuropa, Japan).

Ich habe nicht die Absicht, in diesem Artikel jede der aktuellen Bewegungen in der arabischen Welt so eingehend wie Ägypten zu untersuchen (Tunesien, Libyen, Jemen und andere). Denn die Bestandteile der Bewegung sind von Land zu Land verschieden, genauso wie die Form ihrer Integration in die imperialistische Globalisierung und in die Strukturen der derzeitigen Regime.

Der tunesische Aufstand gab den Startschuss und hat sicherlich die Ägypter stark ermutigt. Im Übrigen hat die tunesische Bewegung einen gewissen Vorteil: die teilweise religiöse Neutralität des Staates, die Bourguiba eingeführt hat, kann sicher nicht wieder von den aus ihrem britischen Exil zurückgekehrten Islamisten in Frage gestellt werden. Aber gleichzeitig scheint die tunesische Bewegung nicht in der Lage zu sein, das nach Außen gerichtete, in die neoliberale kapitalistische Globalisierung eingefügte Entwicklungsmodell in Frage zu stellen.

Libyen ist weder Tunesien noch Ägypten. Der an der Macht befindliche Block (Gaddafi) und die Kräfte, die gegen ihn kämpfen, haben nichts Gemeinsames mit den Kräften, die in Tunesien und Ägypten anzutreffen sind. Gaddafi war immer nur ein Hanswurst, dessen leerer Kopf sich in seinem berühmten „Grünen Buch" widerspiegelte. Er wirkte in einer Gesellschaft mit noch archaischen Zügen und konnte sich daher erlauben, in einem fort „nationalistische und sozialistische" Reden - ohne große reale Bedeutung - zu halten, um sich dann am nächsten Tag dem „Neoliberalismus" anzuschließen. Er machte dies „um dem Westen zu gefallen"!, als ob die Entscheidung für den Neoliberalismus keine Auswirkungen in der Gesellschaft hätte.
Nun, es gab solche Auswirkungen und sie

haben ganz einfach die sozialen Schwierigkeiten für die Mehrheit verschärft. Die Bedingungen waren also gegeben, die zur bekannten Explosion führten und die unverzüglich vom politischen Islam im Land und von regionalen Kräften ausgenutzt wurde. Denn Libyen hat niemals wirklich als Nation existiert. Es ist eine geographische Region, die den Maghreb und den Mashrek trennt. Die Grenze zwischen den beiden geht genau mitten durch Libyen. Die Kyrenaika ist geschichtlich gesehen griechisch und hellenistisch, dann wurde sie Teil des Mashrek. Tripolitanien hingegen war geschichtlich gesehen lateinisch und wurde maghrebinisch.

Aus diesem Grund gab es in dem Land immer eine Basis für regionalistische Kräfte. Man weiß nicht wirklich, wer die Mitglieder im Nationalen Übergangsrat von Bengasi sind. Vielleicht gibt es Demokraten unter ihnen, aber sicher dabei sind Islamisten und die schlimmsten von ihnen, die Regionalisten. Von Anfang an hat die „Bewegung“ in Libyen die Form eines bewaffneten Aufstands angenommen und das Feuer auf die Armee eröffnet; die Form einer Welle von Massendemonstrationen hatte sie nicht.
Dieser bewaffnete Aufstand hat übrigens sofort die NATO zu Hilfe gerufen. Damit war die Gelegenheit für eine militärische Intervention der imperialistischen Mächte geschaffen. Das Ziel, das damit verfolgt wird, ist sicherlich nicht „der Schutz der Zivilbevölkerung“, auch nicht die „Demokratie“, sondern die Kontrolle über das Öl und der Erwerb einer größeren Militärbasis in dem Land.
Sicherlich kontrollierten die westlichen Gesellschaften seit dem Anschluss Gaddafis an den „Neoliberalismus“ bereits das libysche Öl. Aber mit Gaddafi kann man sich niemals sicher sein. Und wenn er seine Weste wenden sollte und morgen die Chinesen oder die Inder in sein Spiel einführte? Aber es gibt noch etwas schwerer Wiegendes. 1969 hatte Gaddafi die Räumung der britischen und US-amerikanischen Basen gefordert, die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet worden waren. Heute wollen die Vereinigten Staaten Africom (das Regionalkommando Afrika der US-Streitkräfte, ein wichtiges Element im System der militärischen Kontrolle des Planeten, das immer noch seinen Sitz -in Stuttgart ! hat) nach Afrika verlegen. Die Afrikanische Union weigert sich aber diese Verlegung zu akzeptieren und bis heute hat noch kein afrikanischer Staat dies gewagt. Eine in Tripolis (oder in Bengasi) eingesetzte Marionette würde freilich alle Forderungen Washingtons und seiner subalternen Verbündeten in der NATO unterschreiben.

Die Beteiligten der Revolte in **Syrien** haben bislang ihre Ziele nicht erkennen lassen. Die Ursache für die Explosion des Volkszorns ist sicherlich der Niedergang des Baath-Regimes, das sich dem Neoliberalismus angeschlossen hat und angesichts der Besetzung der Golanhöhen durch Israel seltsam passiv bleibt. Aber man darf eine Intervention der CIA auch nicht ausschließen: Es ist die Rede von Gruppen, die vom benachbarten Jordanien kommend in Deraa eingedrungen sein sollen. Die Mobilisierung der Muslimbrüder, die vor einigen Jahren für die Aufstände von Hama und Homs verantwortlich waren, wäre Washington zuzutrauen, das sich bemüht, dem Bündnis Syrien / Iran ein Ende zu setzen, das für die Unterstützung der Hisbolla im Libanon und der Hamas in Gaza von großer Bedeutung ist.

Im **Jemen** war die Einheit auf der Niederlage der fortschrittlichen Kräfte aufgebaut, die den Süden des Landes regiert hatten. Wird die Bewegung diesen Kräften ihre Vitalität zurückgeben? Aus diesem Grund versteht man das Zögern Washingtons und der Golfstaaten.

In **Bahrain** ist der Aufstand durch die Intervention der saudischen Armee und das Massaker im Keim erstickt worden, ohne dass die herrschenden Medien daran etwas auszusetzen gehabt hätten. Zweierlei Gewichte, zweierlei Maße, wie immer.

Der „arabische Aufstand“ liefert nicht das einzige Beispiel für die der „Sturmzone“ offensichtlich innewohnende Instabilität, wenn er auch deren jüngste Manifestation ist.

Eine erste Welle von „Revolutionen“, wenn man sie so nennen will, hatte gewisse Diktaturen, die vom Imperialismus und reaktionären lokalen Kräften errichtet worden waren, in Asien (Philippinen, Indonesien) und in Afrika (Mali) hinweggefegt. Aber in diesem Fall ist es den Vereinigten Staaten und Europa gelungen, die Dynamik dieser Volksbewegungen, bisweilen riesig angesichts der erfolgten Mobilisierungen, zu ersticken.

Alles ändern, damit sich nichts ändert

Die Vereinigten Staaten und Europa wollen in der arabischen Welt wiederholen, was in Mali, auf den Philippinen und in Indonesien geschehen ist: Alles ändern damit sich nichts ändert! Nachdem dort die Volksbewegungen ihre Diktatoren fort gejagt haben, haben sich die imperialistischen Mächte darum bemüht, dass das Wesentliche erhalten bleibt durch die Installierung von Regierungen, die sich neoliberal ausrichteten und den Interessen ihrer Außenpolitik folgten. Es ist interessant festzustellen, dass in den muslimischen Ländern (Mali, Indonesien), der politische Islam zu diesem Zweck mobilisiert wurde.

Die Welle der Emanzipationsbewegungen hingegen, die über den südamerikanischen Kontinent hinweggefegt ist, hat reale Fortschritte in drei Richtungen möglich gemacht, die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft, die Verfolgung konsequent anti-imperialistischer Ziele, die Einleitung progressiver sozialer Reformen.

Der herrschende Diskurs der Medien vergleicht die „demokratischen Aufstände“ der Dritten Welt mit denen, die die „Sozialismen“ Osteuropas nach dem Fall der „Berliner Mauer“ beendet haben. Es handelt sich da schlicht und einfach um eine bewusste Täuschung. Denn welches auch immer die (verständlichen) Gründe für die erwähnten Aufstände gewesen sein mögen, sie passten in die Pläne der imperialistischen Mächte Westeuropas, sich die Region einzuverleiben (in erster Linie zum Nutzen Deutschlands). Die Länder Osteuropas, die in Wirklichkeit nun auf den Status von „Randbezirken“ des entwickelten kapitalistischen Europas beschränkt sind, werden ihren echten Aufstand noch erleben. Es gibt dafür schon erste Zeichen, vor allem in Ex-Jugoslawien.

Die Aufstände, die möglicherweise revolutionäre Fortschritte in sich tragen, sind vorhersehbar für fast jeden Punkt auf den drei Kontinenten, die mehr denn je die Sturmzone bleiben und damit die schmalzigen Reden vom „ewigen Kapitalismus“, von der Stabilität, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt widerlegen, den man mit ihm verbindet.
Diese Aufstände aber müssen zahlreiche Hindernisse überwinden, um zu revolutionären Fortschritten zu werden:
Einerseits müssen sie die Schwächen der Bewegung überwinden, positive Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Teilen der Bewegung herausarbeiten und wirksame Strategien entwickeln und umsetzen, aber andererseits auch die Interventionen (auch die militärischen) der imperialistischen Triade abwehren. Denn jegliche militärische Intervention der Vereinigten Staaten und der NATO in die Angelegenheiten der Länder des Südens, unter welchem Vorwand es auch sei, selbst wenn er sich den Anschein einer Freundschaftsgeste gibt - wie die „humanitäre Intervention" - muss geächtet sein. Der Imperialismus will weder den sozialen Fortschritt noch die Demokratie für diese Länder. Die Marionetten, die er nach gewonnener Schlacht an die Macht bringt, bleiben Feinde der Demokratie. Man kann nur bedauern, das die europäische „Linke“, auch die radikale, aufgehört hat zu begreifen, was Imperialismus ist.

Heute ruft der herrschende Diskurs zur Verabschiedung eines „internationalen Rechts“ auf, das Interventionen grundsätzlich erlaubt, wenn die grundlegenden Rech-

te eines Volkes mit den Füßen getreten werden. Aber die Bedingungen, um in dieser Richtung vorangehen zu können, sind noch nicht gegeben. Die „internationale Gemeinschaft“ gibt es nicht. Sie beschränkt sich auf den Botschafter der Vereinigten Staaten, dem die Europas automatisch folgen. Muss man die lange Liste dieser mehr als unglücklichen, in ihren Ergebnissen kriminellen Interventionen aufstellen (Irak zum Beispiel)? Muss man an das Prinzip „zwei Gewichte, zwei Maßstäbe“ erinnern, das sie charakterisiert (in diesem Zusammenhang denkt man natürlich an die mit Füßen getretenen Rechte der Palästinenser und an die bedingungslose Unterstützung Israels, an die unzähligen immer noch unterstützten Diktaturen in Afrika)?

Der Frühling der Völker des Südens und der Herbst des Kapitalismus

Die „Frühlinge“ der arabischen Völker sowie die, die die Völker Lateinamerikas seit zwei Jahrzehnten erleben, - ich nenne sie die zweite Welle des Erwachens der Völker des Südens,
die erste hatte sich im 20sten Jahrhundert bis zur Gegenoffensive des neoliberalen Kapitalismus/Imperialismus entfaltet – nimmt unterschiedliche Formen an: Sie reichen von explosionsartigen Revolten gegen Autokratien, die die Durchsetzung des Neoliberalismus begleitet haben, bis zur Infragestellung der internationalen Ordnung durch die „Schwellenländer“.
Diese Frühlinge fallen zusammen mit dem „Herbst des Kapitalismus“, dem Niedergang des globalisierten und finanzialisierten Monopolkapitalismus. Die Bewegungen beginnen, wie die im vorigen Jahrhundert, mit der Rückeroberung der Unabhängigkeit der Völker und der Staaten der Peripherie vom System und übernehmen damit die Initiative in der Umwandlung der Welt. Sie sind also vor allem anti-imperialistische Bewegungen, folglich nur potentiell antikapitalistisch.
Wenn es diesen Bewegungen gelingt, sich mit dem anderen notwendigen Erwachen zu vereinen, dem Erwachen der Arbeiter der imperialistischen Zentren, dann könnte sich eine wirklich sozialistische Perspektive für die gesamte Menschheit abzeichnen. Aber diese Entwicklung ist in keiner Weise von vornherein als „geschichtliche Notwendigkeit“ gesichert. Der Niedergang des Kapitalismus kann den Weg zum langen Übergang zum Sozialismus eröffnen, genau so wie er die Menschheit auf den Weg der allgemeinen Barbarei führen kann. Das immer noch bestehende Vorhaben einer militärischen Kontrolle des Planeten durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten und ihrer subalternen Verbündeten in der NATO, der Niedergang der Demokratie in den Ländern des imperialistischen Zentrums sowie die traditionalistisch begründete Ablehnung der Demokratie in den aufständischen Ländern des Südens (die die Form para-religiöser "fundamentalistischer" Illusionen annehmen, wie sie der politische Islam, der politische Hinduismus und Buddhismus anbieten) wirken gemeinsam in Richtung dieser furchtbaren Perspektive.

Der Kampf für Demokratisierung und für die Trennung von Staat und Religion erhält eine entscheidende Bedeutung unter den gegebenen Umständen, in denen sich die Aussicht auf eine Emanzipation der Völker und die auf eine allgemeine Barbarei gegenüberstehen.

Ergänzende Lektüre:
Hassan Riad, L’Egypte nassérienne, Minuit 1964
Samir Amin, La nation arabe, Minuit 1976
Samir Amin, A life looking forward, Memories of an independent Marxist, Zed, London 2006
Samir Amin, L’éveil du Sud, Le temps des cerises, 2008 ; Der Leser findet dort das Ergebnis meiner Studien über die Leistungen des Vize-Königs Muhammad Ali (1805-1848) und der Khédiven, die auf ihn gefolgt sind, vor allem von Ismail (1867-79), von Wafd (1920-1952), über die Standpunkte des ägyptischen Kommunismus gegenüber dem Nasserismus, über den Niedergang der Nahda Afghani bis zu Rachid Reda.
Gilbert Achcar, Les Arabes et la Shoah, Actes Sud, 2009. Beste Analyse der Komponenten des politischen Islam (Rachid Reda, die Muslimbrüder, die modernen Salafisten).
Bezüglich des Verhältnisses zwischen dem Nord-Süd-Konflikt und dem Konflikt, der den Auftakt des sozialistischen Übergangs der weiteren Entfaltung des Kapitalismus gegenüberstellt, siehe: Samir Amin, La crise, sortir de la crise du capitalisme ou sortir du capitalisme en crise ?, Le Temps des Cerises, 2009

Kairo und Paris, Mai 2011
ÜbersetzerInnen: coorditrad, Gabriela GREIF, Angelika GROSS, Nikolas SCHEUER, Jürgen JANZ, Michèle Mialane; SiG-Redaktion

http://www.forumtiersmonde.net/fren/index.php?option=com_content&view=article&id=291:2011-le-printemps-arabe-&catid=65:allarabcountries&Itemid=142

Maghreb/ Mashrek: Die Völker ergreifen die Initiative.

Konferenzen und Workshops auf der ENA , Europäischen Sommerakademie 9.-14. August 2011

Auf zwei Konferenzen am 10.August werden Aktive der dortigen sozialen Bewegungen zu Wort kommen.
Sie werden uns zu einem Überblick über die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern verhelfen.
Zaina Oubihi, (Attac Marokko) analysiert die besondere Rolle der Frauen in den Bewegungen des «Arabischen Frühlings».
Fathi Chamkhi (Attac Tunesien) berichtet über die Kämpfe um die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.
Mamdouh Habashi (AGEG und ägyptisches Sozialforum) analysiert, wie unter den neuen politischen Verhältnissen die soziale Umgestaltung und die wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden können.

Außerdem geht es um die Haltung der EU-Regierungen zu den Emanzipationsbewegungen im Maghreb/ Mashrek zu.
Lucile Daumas (Attac Marokko) spricht über die politischen Aspekte; Regine Richter (Urgewald) über die finanziellen Aspekte; Daniel Hofnung (Attac Frankreich) über die militärischen Aspekte.

In mehreren **Workshops von Donnerstag 11.8. bis Samstag 13.8**. werden diese Themen vertieft. Mitglieder der Attac Benin, Burkina Faso, Gabun Marokko, Togo und Tunesien, der „Commission Méditerranée“ von attac Frankreich u.v.m. nehmen daran teil. Es wird nicht nur um eine Analyse der Situation und um die Lehren aus diesen Bewegungen gehen: Es sollen auch Schritte zur konkreten Solidarität besprochen und vereinbart werden.

Wael Khalil

IWF - Nein Danke!

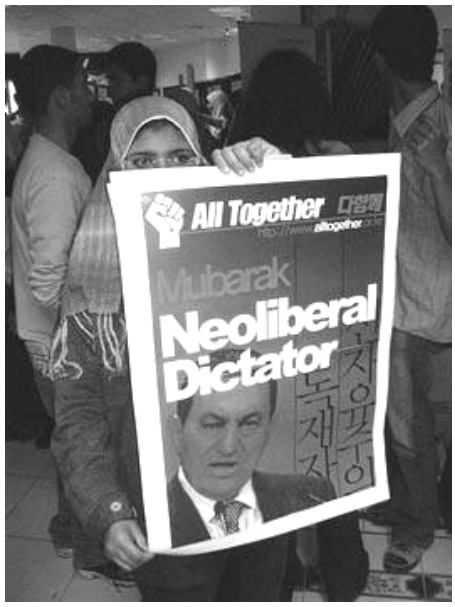
Ägyptens Revolution – von dem IWF unterstützt? Nein danke!

Jahr für Jahr pries der IWF (Internationaler Währungsfonds) den 'Fortschritt' Mubaraks.
Jetzt ein Darlehen über 3 Mrd. $ zu unterzeichnen, ist wohl kaum ein Bruch mit der Vergangenheit.
(Inzwischen hat die ägyptische Regierung auf diesen Kredit verzichtet)

Die Nachricht, dass die ägyptische Interims-Regierung ein Abkommen mit der IWF getroffen hat, womit Ägypten ein Darlehen von 3 Mrd. $ bewilligt werden, ist auf unterschiedliche Reaktionen gestoßen. Von einigen wurde es mit Erleichterung begrüßt, als Beweis für die positiven wirtschaftlichen Aussichten des Landes auf mittlere und lange Sicht, und eine Zurückweisung jener Angstmacher, die laut davor gewarnt haben, dass Ägypten am Rande des Bankrotts stehe wegen der Revolution und den anhaltenden Protesten und Straßenaktivitäten.
Aber viele Leute, mich eingeschlossen, waren über diese Nachricht unglücklich und über die Auswirkungen, die ein solches Darlehen auf die Vergrößerung der Schulden des Landes und die steigende Last des Schuldendienstes haben wird.
Und es gibt ein Detail, das noch viel mehr beunruhigend ist: es handelt sich um den IWF, meine Güte. Ich erinnere mich der wiederholten Demonstrationen in den vergangenen 10 Jahren gegen das Mubarak-Regime, wobei wir Lieder gegen den „Fond" und die „Bank" sangen, womit wir den IWF und die Weltbank meinten. ***„Wir wollen nicht von der Bank regiert werden, wir wollen nicht vom Imperialismus regiert werden",*** sangen wir, ***„und dies sind die Bedingungen der Bank: Armut, Hunger und steigende Preise".***

Der IWF und die Weltbank haben jahrelang auf neoliberale Reformen gedrängt, die dann von Mubarak und seinen Regierungen durchgesetzt wurden, wofür er gelobt wurde wegen seines Mutes und seiner Errungenschaften.
Jahr für Jahr lobten die internationalen Experten den ägyptischen wirtschaftlichen „Fortschritt" und „Leistung", während die Mehrheit der Ägypter zusahen, wie ihr Leben immer schlechter wurde und ihre Lebensbedingungen immer schwerer. Eine Untersuchung des Internationalen Republikanischen Instituts fand heraus, dass 60% der Bevölkerung fühlten, dass ihr Lebensstandard im vergangenen Jahr gesunken war, und dass das einer der zentralen Gründe für ihre Beteiligung an der Revolution vom 25. Januar war.

Jahr für Jahr sahen wir zu, wie die Reichen und Mächtigen immer reicher und mächtiger wurden. Jahr für Jahr warteten wir vergeblich, dass das allmähliche wirtschaftliche Wachstum auf die Armen und die Arbeiterklasse herunter tröpfeln sollte. Aber es kam nichts.
Und während der IWF und ähnliche internationale Institutionen Ägypten aufforderten, „Verschwendung und ihre Auswirkungen" zu beseitigen wie etwa soziale Maßnahmen oder Lebensmittelsubsidien, bewahrten sie höfliches Schweigen über die empörende Korruption der Herrschenden, deren Familien und Freunden und Kumpanen.



Mubaraks letzter Finanzminister, Youssef Boutros-Ghali, ein IWF-Mann, der den Vorsitz in deren Politischen Ratgebungskomitee führte, wurde zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wegen der unanständigen Verwendung von Autos, die vom ägyptischen Zoll beschlagnahmt worden waren. Boutros-Ghali wurde in absentia verurteilt, weil er einer von den gewitzten Beamten war, die das Land bald nachdem die Proteste am 25. Januar begonnen hatten, verließen.
Ich glaube, dass die Zukunft dieses Landes nicht von einigen hochbezahlten, nicht gewählten, nicht Rechenschaft schuldigen Bürokraten des IWF abhängig ist, noch von ihren geheiligten Indikatoren für Budget-Defizite und die Marktökonomie. Unsere Zukunft liegt in einer neuen, bei uns gewachsenen Wirtschaft, die sich um die Mehrheit der Ägypter kümmert, in Schulen, die unsere Kinder erziehen, in Krankenhäusern, wo sie behandelt werden können und in Jobs, die ein anständiges und ehrenhaftes Leben garantieren.

Unsere Revolution, noch bevor sie zum Sturz von Mubarak aufrief, hatte ***„soziale Gerechtigkeit und menschliche Würde"*** gefordert, und wir werden nicht eher aufhören, bis dies erfüllt ist.

Wael Khalil ist ein Software-Ingenieur, dessen erste Berührung mit dem politischen Aktivismus vor fünf Jahren in der ägyptischen Anti-Kriegs- und Anti-Globalisierungsbewegung begann. Er ist Mitbegründer der Volkskampagne für Veränderung vom 20. März.

http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=5014
Übersetzt von Einar Schlereth

Letzte Meldung:
Ägypten verzichtet auf IWF-Darlehen
26.6.2011
„Der übergangsweise regierende Militärrat habe sich gegen die Kredite der internationalen Finanzinstitutionen entschieden, (...) Damit reagiere die Regierung auf den "Druck der öffentlichen Meinung". Außerdem habe sie in ihrem Etatentwurf für das Haushaltsjahr 2011/2012 eine Verringerung der öffentlichen Ausgaben eingeplant, um die Staatsschulden abzubauen. Statt auf Kredite von IWF und Weltbank setze Ägypten (...) nun vor allem auf die Hilfe zweier finanzkräftiger arabischer Länder. Der Golf-Staat Katar plant demnach Investitionen in Höhe von zehn Milliarden Dollar in Ägypten, Saudi-Arabien stelle vier Milliarden Dollar als langfristige Kredite und nicht rückzahlbare Hilfen bereit."
http://www.dnews.de/nachrichten/wirtschaft/544310/agypten-verzichtet-iwf-darlehen.html

Labournet

Ägypten: Massenproteste, Prozesse, fortgesetzte Streiks...

Während die Kanalarbeiter von Suez ihren Kampf unbeirrt fortführen, andrerseits die ersten Prozesse wegen "illegaler Streiks" beginnen und Konfrontationen mit der Polizei wieder zunehmen, wachsen auch die Proteste gegen die von vielen als zu gering erachtete Erhöhung des Mindestlohns - während der Prozeß der Bildung von Parteien und Allianzen zum Teil seltsame Ergebnisse produziert. Dazu die kleine Materialsammlung "In Bewegung" vom 07. Juli 2011, die bei der Orientierung Hilfe leisten soll.

Ägypten in Bewegung - wohin?

Die Auseinandersetzung, die aktuell in Ägypten die größten Schlagzeilen macht - größer noch als jene über die Auseinandersetzungen der Märtyrerfamilien mit der Polizei am Tahrirplatz - ist der andauernde Streik der Suezkanalarbeiter. "Suez workers on strike" (1) ist ein Video bei Al Ahram vom 06. Juli 2011 in dem die Arbeiter nach den Gründen und Aussichten für ihren Streik befragt werden - und der Eindruck ist entschlossen: Eine jener Auseinandersetzungen, die letztlich vor allem damit zu tun haben, die Repräsentanten des "Systems Mubarak" von gesellschaftlichen Entscheidungspositionen auszuschließen...

Eine Übersicht über die Entwicklung der Arbeitskämpfe im Jahr 2011 versucht der Artikel "Workers' demos intensify during first half of 2011" (2) von Safaa Abdoo am 03. Juli 2011 in Daily News Egypt. Der Artikel fasst eine Dokumentation der Menschenrechtsvereinigung Awlad Al-Ard Association for Human Rights zusammen, in der festgehalten wird, dass es im ersten Halbjahr 2011 insgesamt 338 Betriebsbesetzungen gegeben habe, sowie 158 weitere Streikaktionen - wobei insgesamt 22 Arbeiter festgenommen wurden. Der erste Prozeß gegen streikende Arbeiter, der nun beendet wurde, wird in dem Bericht "5 workers first to be sentenced under military's anti-protests law" (3) von Rana Khazbak am 04. Juli 2011 in Al Masry Al Youm dokumentiert. Die fünf Beschäftigten einer Ölservicefirma wurden zu Haftstrafen von je einem Jahr auf Bewährung verurteilt, weil sie ein Sit-in organisiert hatten, was als Nötigung ausgelegt wurde.

Wie vor diesem Hintergrund die Gewerkschaftsbewegung sich entwickelt, wird ausführlich in dem Bericht einer Delegation der französischen SUD-Gewerkschaften dokumentiert, die im Juni 2011 in Ägypten war, ein Vierteljahr nach Gründung des Unabhängigen Gewerkschaftsverbandes, dem inzwischen rund 30 Einzelgewerkschaften angehören. Der Bericht "Délégation de l'Union syndicale Solidaires en Égypte" (4) ist zuletzt am 06. Juli 2011 ergänzt worden und schildert die soziale Lage der Arbeiterschaft ebenso, wie die verschiedenen politischen Kräfte, die in der Gewerkschaftsbewegung wirken. Diese werden auch in dem Statement "Egyptian Trade Unionists: Declaration of Independence" (5) des neuen Verbandes vom 28. Juni 2011 deutlich.

Dabei ist immer die Auseinandersetzung um den Mindestlohn zentral, wie aus dem Beitrag "Revised minimum wage still too low, activists argue" (6) von Brett Borkan am 05. Juli 2011 bei den Daily News Egypt hervorgeht: Die von der Regierung bestätigten 684 ägyptischen Pfund liegen nicht nur sogar noch unter den zuerst angekündigten 700, sondern müssen verglichen werden mit der Forderung, wie sie etwa am 1. Mai massiv erhoben wurde, nach 1.200 Pfund Mindestlohn.

"Die Märtyrer und die Armen zuerst!"

Das war der Slogan der Jugendkoalition bei den heftigen Auseinandersetzungen am 01. Juli auf dem Tahrir. Die Auseinandersetzungen zwischen den Familien der Märtyrer und ihren Unterstützern auf der einen Seite und Polizei und Schlägerbanden auf der anderen Seite waren nicht nur die heftigsten seit Mubaraks Abgang. Im Hintergrund dieser Konfrontation steht auch das einen Tag zuvor ergangene Urteil, dass alle Stadträte des Landes aufgelöst werden müssen - ein Urteil, dem die militärische Übergangsregierung zu folgen erklärte. Diese lokalen Räte aber waren die wichtigste Machtposition der Mubarakpartei NDP - und offensichtlich sehen die Regimeverteidiger ihre Felle dahinschwimmen, wenn ihnen diese Position genommen wird - so jedenfalls argumentiert in "Egypt: The struggle continues" (7) Joel Beinin am 02. Juli 2011 bei Jaddaliyya. Und dies ist dann auch auf zweierlei Weise wichtig: Zum einen gilt die Sorge vieler progressiver Menschen in Ägypten genau dieser Gefahr einer reformierten Neugründung des alten Machtapparats NDP - manche meinen, die zweitstärkste politische Kraft des Landes, nach der Muslimbruderschaft; zum anderen macht diese Auseinandersetzung auch deutlich, wie eng politische und soziale Probleme zusammenhängen - und dass die Jugendkoalition dies erkannt hat.

Einen Versuch der politischen Bestandsaufnahme macht der Reisebericht "Ägypten versucht sich aus der westlichen Unklammerung zu befreien" (8) von Wilhelm Langthaler, der am 18. Juni 2011 beim AIK Österreich publiziert wurde. Pedram Shayar untersucht in "Die neue Linke in Ägypten" (9) am 15. Juni 2011 in seinem Freitagblog die neueren Entwicklungen im progressiven Lager.

Der Brief der Föderation unabhängiger Gewerkschaften an die Regierung der Generäle "Independent unions call on generals to honour promises of trade union freedom" (10) der am 06. Juli in englischer Übersetzung beim Mena Solidarity Network erschienen ist, unterstreicht nochmals, dass auch die Auflösung des alten Gewerkschaftsbundes eine der Kernfragen der weiteren Entwicklung ist, wie es auch die Auflösung der Räte war.

(1) http://english.ahram.org.eg/NewsContentMulti/15751/Multimedia.aspx
(2) http://thedailynewsegypt.com/human-a-civil-rights/workers-demos-intensify-during-first-half-of-2011.html
(3) http://www.almasryalyoum.com/en/node/474207
(4) http://orta.pagesperso-orange.fr/solidint/egypte/egypte.htm
(5) http://www.arabawy.org/2011/07/07/egyworkers-statement-egyptian-trade-unionists-declaration-of-independence-bds/
(6) http://www.thedailynewsegypt.com/human-a-civil-rights/revised-minimum-wage-still-too-low-activists-argue.html
(7) http://www.jadaliyya.com/pages/index/2041/egypt_the-struggle-continues
(8) http://www.antiimperialista.org/de/node/6995
(9) http://www.freitag.de/community/blogs/pedram/die-neue-linke-in-aegypten-
(10) http://menasolidaritynetwork.com/2011/07/06/egypt-independent-unions-call-on-generals-to-honour-promises-of-trade-union-freedom/

Zusammengestellt von hrw , http://www.labournet.de/internationales/eg/inbewegung.html

Attac Marokko

Nach dem „Referendum“ über eine neue Verfassung: 30 000 Menschen protestieren in Casablanca

Am 9. März verkündete der König Marokkos unter dem Eindruck der Protestbewegungen die Erarbeitung einer Verfassungsreform. (SiG 89). Die Bewegung des 20. Februars beharrte aber auf ihre Forderungen (SiG 89) und lehnte die Teilnahme an der Verfassungs-Kommission ab, die undemokratisch zustande gekommen ist und nur eine beratende Funktion hatte. Sie forderte stattdessen die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung. (s. die Erklärung von Attac Marokko, SiG 90). Dazu kam es aber nicht: Am 17. Juni teilte der König mit, dass das Referendum über die neue Verfassung … schon 2 Wochen später stattfinden sollte – am 1. Juli.
Die Rede war nicht mal zu Ende, da gingen schon Menschen auf die Straße, um ihre Zustimmung zu den 180 Artikeln einer Verfassung, die noch nicht veröffentlicht war, lauthals zu bekunden!! Mobilisierung der Medien, die alle für „Ja“ warben, von „Supporters“ (teilweise bezahlt) und Schlägertruppen, Verbot, zum Boykott des Referendums aufzurufen, Behinderung von Demonstrationen, Verhaftung von ProtestteilnehmerInnen, Freiheitsstrafen, Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst – alle Mittel wurden eingesetzt. Die Regierung verkündete stolz am 2. Juli, 98,5% hätten der Verfassungsreform zugestimmt und gab eine Wahlbeteiligung von 72,6 Prozent der „13 Millionen Wahlberechtigten“ an.
„ Die Opposition - berichtet B. Schmid - *rechnet jedoch völlig anders: In Marokko leben rund 21 Millionen erwachsene Bürger/innen, von denen circa 62 % (also o.g. 13 Millionen) in das Wählerregister eingetragen sind, um an Parlamentswahlen teilnehmen zu können. (…) Insofern, argumentiert die Opposition, muss die Abgabe von 9,49 Millionen Stimmen (unter ihnen 9,228 Millionen „JA“-Voten) vielmehr auf die tatsächliche Anzahl der volljährigen Bürger/innen hochgerechnet werden. Dies ergibt, dass insgesamt 44 % der erwachsenen Bevölkerung der Vorlage zustimmten.*
Dabei wären Wahlmanipulationen – es gibt Aufnahmen von Personen, die rechtswidrig zwei Wählerkarten in ihrem Besitz hatten und also doppelt abstimmen konnten – noch nicht berücksichtigt.“

Demonstration in Casablanca am 27.6. : http://www.youtube.com/watch?v=ySNdaHgNfOU&feature=related
Bericht von B. Schmid: http://www.labournet.de/internationales/ma/referendum_bs1.html
Text der Verfassung: http://www.map.ma/mapfr/nouvelle-constitution-fr/projet.html

Casablanca, Sebata, 3. Juli 2011:
Nach der Maskarade des Referendums über die Verfassung waren wir noch zahlreicher denn je auf der Straße: Trotz der Hindernisse durch Unterstützer/Schläger der Regierung, Polizeisperren, Polizeiwagen und –motorräder, Zivilpolizisten haben wir zu mehr als 30 000 laut unsere Parolen gerufen – der Kampf geht weiter!,(Souad Guennoun, attac Marokko)

(Weitere Fotos: https://picasaweb.google.com/sougue123/CasaSebataDim3Juillet2011?authkey=Gv1sRgCJHbityKyLfxggE&feat=email)

ATTAC Marokko

Der König hat weiterhin alle Macht inne

Zehn Kritikpunkte an der neuen Verfassung

Juni 2011

Die „neue“, von der Menouni-Kommission ausgearbeitete Verfassung, über die das Volk in Marokko am 1. Juli abstimmen soll, ist alles andere als neu. Der Text zementiert den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Absolutismus. ATTAC Marokko vertritt die Position, dass diese Verfassung nicht den Wünschen und Bestrebungen entspricht, die seit dem 20. Februar in den Kämpfen und in der Mobilisierung der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Wir rufen deshalb die Bürgerinnen und Bürger Marokkos aus den folgenden Gründen zum Boykott dieses Referendums auf:

1. Die Rede vom 9. März („historische“ Rede des Königs zur Verfassungsreform; Anm. d. Übs.) stand ganz im Zeichen der althergebrachten Haltung: die Erneuerung wird als königliche Gabe dargestellt, nicht als Ergebnis des gemeinsamen Handelns des marokkanischen Volkes.

2. Die neue Verfassung ist nicht das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. Die Kommission, die mit der Ausarbeitung des Textes beauftragt wurde, wurde vom König eingesetzt und nicht gewählt. Die Rolle der Kommission selbst war außerdem auf die Abfassung des Entwurfs beschränkt. Das letzte Wort hatte der König selbst, bevor der Text zur Abstimmung vorgelegt wurde. Nach den Regeln der Demokratie hätte die Verfassung von einer verfassunggebenden Versammlung ausgearbeitet werden müssen, deren Mitglieder von allen Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden müssten.

3. Der Verfassungsentwurf zementiert die absolute und persönliche Macht als politisches System. Der König hat weiterhin alle Macht inne: die exekutive, gesetzgebende, gerichtliche, militärische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Gewalt. Er steht an der Spitze aller entsprechenden Institutionen und entscheidet über Ernennungen und Auflösungen. Die Reförmchen des neuen Textes bestehen darin, dass für einige dieser Entscheidungen der König den Regierungschef konsultieren muss – dessen Stellungnahmen sind für den König aber nicht bindend.

4. Die Konzentration der Macht in den Händen des Königs steht im Widerspruch zur Souveränität des Volkes und zum Prinzip der Verantwortlichkeit und der Rechenschaft, zu welcher der König laut Verfassung auch weiterhin nicht verpflichtet ist.

5. Der Entwurf zur neuen Verfassung schafft den berüchtigten Artikel 19 nicht ab, sondern teilt ihn einfach in zwei Teile (jetzt Art.41 und 42), die Sinn und Geist von Artikel 19 noch bekräftigen. Mit diesem Artikel wird die Monarchie als Institution weit über den Text der Verfassung gestellt, da durch ihn der König die religiöse und politische Legitimation erhält (einerseits als Herrscher der Gläubigen, andererseits als „Oberhaupt des Staates, dessen höchster Repräsentant, Symbol der Einheit der Nation“).
(…)

7. Der zur Volksabstimmung vorliegende Text verleiht der Privatisierung von Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen Verfassungsrang! Die Artikel 49 und 71 erwähnen diese versteckte Form des Raubs an öffentlichem Gut als Vorrecht von Regierung und Parlament. Es ist skandalös, wie der Staat so eine Politik institutionalisiert, die von allen Seiten als für die Volkswirtschaft schädlich angeprangert wird, und mit der nur der Reichtum in den Händen in- und ausländischer Kapitalisten konzentriert wird.

8. Der Verfassungsentwurf übergeht die Problematik der Nutzung der Gemeingüter, insbesondere des Wassers. Der Text nennt nur *„die Mobilisierung aller verfügbaren Mittel, um den gleichberechtigten Zugang zu Bedingungen zu erleichtern, die es ihnen ermöglichen, das Recht auf Zugang zu Wasser und zu einer gesunden Umwelt zu haben*“. Und während der Staat sich nicht verpflichtet, die Wasserreserven zu schützen und dafür zu sorgen, dass sie vorrangig für die Bedürfnisse des Lebens eingesetzt werden (Trinkwasser, Landwirtschaft, Nahrungsmittelsicherheit), sind diese Ressourcen im Visier marokkanischer Unternehmen (insbesondere der königlichen Holding ONA) und ausländischer Konzerne (Veolia und GDF-Suez), die sie sich aneignen.

9. Das Innenministerium, das eine traurige Bilanz in Sachen Fälschung von Abstimmungs- und Wahlergebnissen hat, soll auch dieses Referendum überwachen. Und die Wählerlisten für das Verfassungsreferendum wurden von den gleichen Leuten erstellt, die langjährige Erfahrung mit Wahlbetrug haben. Dazu kommt das Fehlen unabhängiger internationaler Wahlbeobachter, die das Abstimmungsverfahren beaufsichtigen könnten.

10. Von einer demokratischen Verfassung kann keine Rede sein, solange die Zentren der Vetternwirtschaft und der politischen Korruption weiter funktionieren, solange ungestraft öffentliches Gemeingut gestohlen und weiter gefoltert werden kann. Gleichzeitig wird denjenigen, die echte Erneuerung fordern, jeder öffentliche Auftritt praktisch verboten, und mit wenigen Ausnahmen dürfen nur diejenigen sich zu Wort melden, die den Absolutismus hofieren.

ATTAC Marokko hält diese zehn Gründe für hinreichend, um den Boykott zu rechtfertigen. Dieser Aufruf ist keine Neinsager-Position, sondern Zeichen unseres Willens, mit den Jahrzehnten des politischen Absolutismus und der verweigerten sozialen Gerechtigkeit Schluss zu machen. Diese werden aber von der „neuen“ Verfassung nur weiter zementiert. Wir sind der Meinung, dass der Kampf für eine demokratische Verfassung im Rahmen des gemeinsamen Kampfes des marokkanischen Volkes weitergehen wird, so wie es die Bewegung vom 20. Februar angestoßen hat, mit dem Ziel der Beendigung des Absolutismus und der Korruption in allen ihren Formen.

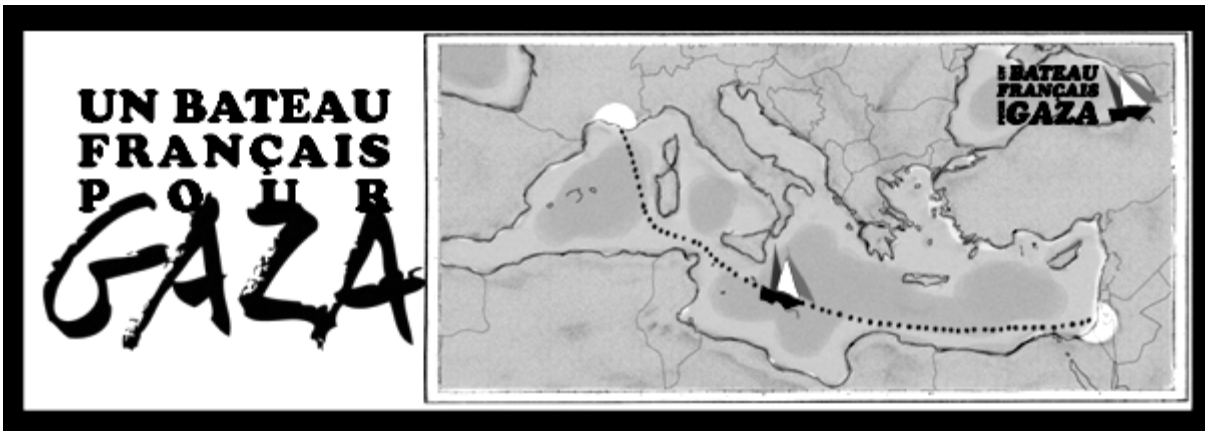
Aus all diesen Gründen und für eine bessere Zukunft Marokkos und seiner Kinder, und in treuem Gedenken an alle Märtyrer, Gefangenen und im Kampf Verletzten, ruft ATTAC Marokko die Bürgerinnen und Bürger des Landes auf, dieses Referendum zu boykottieren.

Wir gehen nicht wählen... NO PASARAN .... Wir boykottieren... und kämpfen weiter

Übersetzung: Dorothee Hofer, coorditrad

In einem Artikel in La Tribune (Algiers) weist Noureddine Khelassi auch darauf hin, dass die Verfassungsreform die Annektierung von Westsahara festschreibt. 2011http://fr.allafrica.com/stories/201106200522.html

Attac Frankreich: Ein französisches Boot für Gaza



Zu dem breiten Bündnis „Ein französisches Schiff für GAZA" gehört auch Attac Frankreich (SiG Redaktion)

Ziele des Bündnisses

„Mit dieser friedlichen Aktion wollen wir

- Die israelische Blockade von Gaza anprangern und brechen
- Das internationale Recht zum Durchbruch verhelfen
- Die humanitäre Krise, worunter 1,5 Millionen Menschen in Gaza leiden, lindern

Ein französischer Schiff für Gaza ist ein Akt des zivilen Engagements

- weil wir die Blokade von 1,5 Millionen Menschen ablehnen
- weil die internationale Gemeinschaft die vollständige Aufhebung der Blockade von Gaza durchsetzen muss
- weil wir es nicht hinnehmen, dass unsere Staaten Reden schwingen aber nicht handeln
- weil die erste Flotilla für die Freiheit bewiesen hat, dass ein ziviles Engagemnt die Mauer der Gleichgültigkeit brechen kann.

http://www.unbateaupourgaza.fr/index.php/La-Campagne/Resume-de-la-campagne

Über 400 französische Abgeordneten, Bürgermeister und weitere gewählte Vertreter unterstützen dieses Vorhaben.
http://www.unbateaupourgaza.fr/index.php/La-Campagne/Un-bateau-francais-pour-Gaza-l-appel-des-politiques-de-nouveaux-noms

Erklärung von Attac Frankreich, 11. April 2011

In allen Städten und Landstrichen Frankreichs wurden fast 1.400 Aktionen durchgeführt: (…) Durch die Organisation von Festivals, Konzerten oder öffentlichen Versammlungen sendet die französische Gesellschaft eine Nachricht an das palästinensische Volk: "Gemeinsam werden wir die Blockade brechen". In Frankreich haben tausende von Menschen beschlossen, ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk durch Spenden zu demonstrieren, so dass diese Initiative in die Realität umgesetzt werden konnte: mehr als 300.000 Euro wurden bisher gesammelt, 90 % davon aus privaten Spenden
(Stand am 11. Mai: 490 000 Euro).
Eine der wichtigsten internationalen Initiativen der Zivilgesellschaft, die sich solidarisch mit Palästina erklären, wird also aufgebaut, um die Blockade des Gazastreifens anzuprangern und aufzuheben. Diese Blockade ist eine Kollektivstrafe, die eine verheerende humanitäre Lage und das Einsperren einer gesamten Gesellschaft verursacht. Die Vereinten Nationen haben gerade darauf hingewiesen, dass die von der israelischen Regierung beschlossene "Entlastung" die Situation nicht grundlegend verändert hat und dass Israel "die Blockade vollständig aufheben muss." ("Easing the Blockade: Assessing the Humanitarian Impact on the Population of the Gaza Strip | March 2011", www.ocha-opt.org)
http://www.france.attac.org/articles/un-bateau-francais-pour-gaza
Übersetzung: Gina Heinemann, coorditrad

Felicia Langer: Der Inbegriff der Entrechtung - -

Am 8. Juli 2011 habe ich in der ZDF-Sendung „heute journal" gesehen, wie man am Ben-Gurion-Flughafen in Israel Blumen an die Touristen verteilt hat. Für diejenigen, die von Palästinensern eingeladen worden sind, galt ein ***Einreiseverbot****, und die Polizei hat Gefängniszellen für sie vorbereitet; als Persona non grata. Jedem das Seine. Die palästinensischen NGOs in den besetzten palästinensischen Gebieten und das Alternative Informations Center in Jerusalem hatten politische Aktivisten/innen, die sich in der Palästina-Frage engagieren, nach Palästina eingeladen.*

Es sollte ein friedliches Treffen ohne jegliche Provokation sein. Nur ein Zeichen der Solidarität und der Emphatie für ein palästinensisches Volk, das über 44 Jahre unter israelischer Besatzung steht. „Willkommen in Palästina" heißt es. Sam Bahour, Koordinator der Kampagne für das Recht auf Einreise, hat es so beschrieben: ***„Willkommen in Palästina, wenn ihr hineinkommt."***

Israel hatte ***die Flotilla gegen seine verbrecherische Blockade des Gazastreifens*** *vereitelt, und die Welt konnte zuschauen, wie die Blockade bis nach Griechenland ausgedehnt wurde. Dann wurde die Blockade auf die Grenzen Europas ausgeweitet, wobei Fluggesellschaften in Europa als die Handlanger der israelischen Regierung fungierten. Sie hatten von Israel „Schwarze Listen" der Passagiere bekommen, um die dort gelisteten nicht fliegen zu lassen.*

Die abgelehnten Friedensaktivisten/innen haben gegen diese Willkür demonstriert, und die Welt konnte es sehen.

Die entrechteten Palästinenser, deren Land und Wasser geraubt und deren Häuser zerstört werden, deren Bewegungsfreiheit man verletzt, haben kein Recht, ihre Sympathisanten zu empfangen, haben kein Recht auf Solidaritätsbekundungen. Für sie bleibt Israel ein Polizeistaat, der für Unerwünschte nur Handschellen bereit hält. So wie für tausende Palästinenser und ihren Kindern. Das ist das wahre Antlitz der „Einzigen Demokratie" im Nahen Osten.
Tübingen 9.7.2011 (für das „Palästina-Portal geschrieben)

Gaza Gateway

Warum die Öffnung des Übergangs in Rafah unzureichend ist

Jahrelang hatte das Mubarak-Regime die israelische Gaza-Blockade unterstützt, indem es den Rafah-Übergang zwischen Gaza und Ägypten abriegelte und den Bau von Tunnels zwischen Gaza und Ägypten durch tiefe Stahlabsperrungen verhindern wollte. EIN Ergebnis des ägyptischen Aufstands ist die Öffnung dieses Übergangs. DASS damit die israelische Blockade trotzdem weiterhin das Leben der Menschen in Gaza sehr beeinträchtigt, wird hier dargestellt. „Gaza Gateway" ist von Aktivisten der israelischen Menschenrechtsorganisation GISHA gegründet worden. (SiG-Redaktion)

16.Juni 2011
Wir haben uns überlegt, einige der Gründe aufzulisten, warum die Öffnung von Rafah, wie bedeutsam und hilfreich sie auch immer sein mag, nicht den gesamten Bedarf des Gazastreifens nach Zugang deckt, und warum Rafah nicht – wie es einige Stimmen in Israel kürzlich vorschlugen – als einziger Zugang zum Gazastreifen dienen kann. Die Auflistung (der 10 Gründe) ist dabei nicht nach Wichtigkeit geordnet. Abgesehen von einer Dauer von 4 Tagen, während der der Übergangspunkt (Rafah) in der letzten Woche unerwartet geschlossen wurde, hat er den Durchgang von Reisenden auf einer regulären, aber noch immer halb begrenzten Basis ermöglicht.

1. Der Durchgang durch den Übergang (Rafah) **bleibt begrenzt**: Ägypten hat signalisiert, dass es den Übergang sechs Tage in der Woche während der Arbeitszeit offen halten wird. Aber es scheint so, dass dies nicht genug sein wird: 400 bis 450 Personen konnten täglich den Übergang von Gaza nach Ägypten passieren. Zwischen November 2005 und Juni 2006 verließen etwa 600 Reisende täglich den Gazastreifen über diesen Übergang nach Ägypten und laut der Palästinensischen Passierstellenbehörde, warten derzeitig etwa 10.000 Menschen darauf, zu reisen.

2. Die Situation ist **unstabil**: wie die Schließung in der vergangenen Woche zeigt, bleibt die Lage auf beiden Seiten des Übergangs in Rafah unstabil, sodass es weder klar ist ob die Passierstelle geöffnet bleibt, noch exakt zu welchem Grad sie offen sein wird.

3. **Rafah führt nicht in die West Bank**: Reisen und die Bewegung von Waren zwischen dem Gazastreifen und der West Bank bleibt sehr eingeschränkt – ein Problem, das Rafah nicht lösen kann, da es für Waren und Menschen, die eine Identitätskarte vom Gazastreifen haben, nicht einmal erlaubt wird, dass sie über den Weg von Ägypten nach Jordanien in die West Bank gelangen. Der Gazastreifen und die West Bank sind Teile desselben Zollgebietes, und werden, auch von Israel, als gemeinsame territoriale Einheit anerkannt, die – trotz der 4 Jahre andauernden hermetischen Abschließung noch immer eine Volkswirtschaft teilen, sowie ein Bildungssystem, ein Gesundheitswesen und unzählige familiäre und soziale Beziehungen. Mit dem Export bewegt sich nichts – und dies gilt auch für Rafah.

4. **Der Export bleibt sehr beschränkt** (etwa zwei Lastwagenladungen pro Tag, von denen die letzte am 1.Mai 2011 den Gazastreifen verlassen hat - verglichen mit dem Ziel von 400 Lastwagenladungen täglich, wie es in der Vereinbarung über Bewegung und Zugang [festgelegt wurde]). Gegenwärtig findet über Rafah überhaupt kein Export statt. Das hat einen starken Einfluss auf die Industriezweige im ganzen Gazastreifen, die traditionell ihre Waren nach Israel, in die West Bank und in die übrige Welt exportieren. Vor der Schließung wurde der Großteil der „Exporte" des Gazastreifens in Israel und in der West Bank verkauft.

5. **Baumaterial kommt nicht durch Rafah herein**: Baumaterial wird in den Gazastreifen über Kerem Shalom (zwischen Israel und Gaza) herein gelassen – und dies ausschließlich für genehmigte Projekte, die von internationalen Organisationen durchgeführt werden. Dem gehen extrem lange bürokratische Prozeduren voraus. In jedem Monat seit Januar 2011 konnten etwa 10 % der Güter, die monatlich vor dem Juni 2007 hereingelassen wurden, [im Gazastreifen] ankommen. Gegenwärtig haben die ägyptischen Behörden nicht mitgeteilt, ob überhaupt oder wann sie gestatten werden, dass Baumaterial über Rafah transportiert wird.

6. **Über Rafah findet kein Import von Waren statt**: Importe für den Gazastreifen, die vom privaten Sektor gekauft wurden, kommen nach Gaza über den Kerem Shalom-Übergang herein. Selbst wenn Ägypten es erlauben würde, dass Waren über Rafah transportiert werden (und es gibt keinen Hinweis, dass dies beabsichtigt oder wann es beabsichtig wäre) sind die Straßen an der Übergangsstelle und in der Umgegend gegenwärtig nicht für den Transport von großen Mengen an Waren ausgelegt, in dem Ausmaß, in dem dies für den Gazastreifen nötig wäre.

7. **Humanitäre Hilfe kommt nicht regelmäßig über Rafah**: Hilfsgüter werden über den Übergang Kerem Shalom geliefert – zwischen dem Gazastreifen und Israel. Die ägyptischen Behörden haben gegenwärtig nicht bekannt gegeben, ob überhaupt oder wann sie Hilfskonvois mit humanitärer Hilfe über Rafah passieren lassen werden.

8. **Patienten**, die eine Behandlung benötigen, können nicht immer den langen Weg zu ägyptischen Krankenhäusern nehmen. In jedem Fall existieren palästinensische Krankenhäuser in Ost-Jerusalem und in der West Bank, als Teil eines gemeinsamen palästinensischen Gesundheitssystems, um allen Einwohnerinnen und Einwohnern des palästinensischen Gebietes – unter Einschluss der Bewohner des Gazastreifens - zu dienen.

9. Berichte belegen: Die **Zugangsbeschränkungen an den Übergangsstellen zwischen Israel und dem Gazastreifen** (Kerem Shalom für Waren und Erez für Menschen) beeinträchtigen nach wie vor das Wohlergehen der Bewohner des Gazastreifens. Gestern [15.06.2011] hat die **UNRWA** eine Untersuchung veröffentlicht, die die hohe Arbeitslosenrate zeigt und die Vereinigung für Internationale Entwicklungsagenturen hat ebenfalls kürzlich berichtet, wie die Beschränkungen des Zugangs von Baumaterial vor allem die Arbeit von Hilfsorganisationen und die Bewohner des Gazastreifens in Mitleidenschaft zieht.

10. **Von Rafah gibt es keinen Weg in die West Bank. Oh, Augenblick mal, haben wir das schon gesagt? Nun, wir sagen es noch einmal, weil dies sehr, sehr wichtig ist.**

http://www.gazagateway.org/2011/06/the-top-10-reasons-why-the-opening-of-rafah-crossing-just-doesnt-cut-it/

UNO-Berichte über die Situation in Gaza: www.ocahopt.org
Dokumentation "Willkommen in Palästina" am 8.7.2011 / Aktuelles + Dokumentation: - Gaza Freedom Flotilla 2 - 2011
http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina **Aktuelle Nachrichten:** http://www.freedomflotilla.eu/, http://witnessgaza.com/
Ausführliche Pressespiegel auf: www.freegaza.de, www.kopi-online.de/8juli2011

Mustafa Barghouthi, Ramallah
Palästinensische Einheitsvereinbarung:
Endlich! - Israel bekämpft sie

***Vorbemerkung von Reiner Bernstein**: Am 03./04. Mai unterzeichneten unter ägyptischer Vermittlung „Fatah" und „Hamas" in Kairo eine Vereinbarung. Danach planen beide Parteien die Bildung einer politisch unabhängigen Übergangsregierung, Parlamentswahlen in der Westbank und im Gazastreifen im September und danach Präsidentschaftswahlen. An den Verhandlungen, die der Vereinbarung vorausgingen, war der Vorsitzende der „Palestinian National Initiative" Dr. Mustafa Barghouthi beteiligt, der bei den Präsidentschaftswahlen 2005 als politischer Rivale von Machmud Abbas auftrat. Von Kairo aus gewährte Barghouthi am 06. Mai dem „Middle East Channel" ein Interview, das wir ins Deutsche übersetzt haben.*

Frage: Warum ist das [die Unterzeichnung der Vereinbarung] jetzt geschehen? Daran ist schließlich jahrelang gearbeitet worden – was war der aktuelle Moment, der zu dieser Vereinbarung führte?
Barghouthi: Es gab **mehrere Faktoren**. Ein wesentlicher Faktor war meines Erachtens das Ausmaß der **wachsenden Frustration unter allen Palästinensern über die interne Spaltung** – das war teilweise eine Ausstrahlung der arabischen Revolutionen in Palästina. Es war der Beginn der Demonstrationen Ende Januar und Anfang Februar, [die] das Ende der Teilung forderten. Die Menschen waren klug und reif genug zu erkennen, dass wir keine dritte Spaltung brauchen zusätzlich zu den beiden [die territoriale Trennung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen sowie der politische Streit zwischen „Fatah" und „Hamas"], sondern Druck [nötig ist], die bestehende Teilung zu beenden. Dieser öffentliche Druck war extrem wichtig. „Fatah" und „Hamas" haben erkannt, dass sie dabei sind, die Unterstützung der Bevölkerung zu verlieren.

Ein zweiter Faktor ist das **Scheitern des Friedensprozesses und insbesondere Israels Sturheit**. Es ist Abbas klar geworden, dass mit Netanyahu nichts vorangeht. Deshalb ist die einzige Chance die, die Lage im Sinne des eigenen palästinensischen Machtzuwachses durch die Änderung der Faktoren zu verändern. Abbas tat alles in seiner Macht Stehende, Netanyahu zu überzeugen, einen sinnvollen Friedensprozess fortzusetzen. Aber schließlich wurde klar, dass Israel kein Interesse an einem echten Fortschritt hat. Außerdem nutzte Israel die innerpalästinensische Spaltung als Ausrede für den Mangel an Beweglichkeit und behauptete, dass es keinen palästinensischen Führer gäbe, der alle Palästinenser vertreten könne.

Ein dritter Faktor waren schließlich die **Veränderungen in der Region**. Ich denke, dass die Position Ägyptens positiver, proaktiver geworden ist. Zunächst haben sie uns ermutigt, uns intern zu verständigen, und durch unsere eigenen internen palästinensischen Vermittlungsbemühungen haben wir viel erreicht. Dann waren die Ägypter in der Lage, erneut in die Offensive zu gehen, und es dauerte nur drei oder vier Stunden in einer Sitzung, bis „Fatah" und „Hamas" zu einer Verständigung gelangten. Die Ägypter wurden weniger für Druck von außen anfällig, der gegen die Einheit war, und legten Belastbarkeit und Zielstrebigkeit an den Tag – ein Spiegelbild des Wandels in der ägyptischen Politik im Allgemeinen.

Ein weiterer wichtiger Faktor: Wir haben als Palästinenser erkannt, dass wir unsere eigene Rolle und **unsere Zwangslage neu bewerten müssen,** und um das zu tun, mussten wir **die Machtbalance ansprechen** – der erste und entscheidende Schritt ist die Schaffung der inneren Einheit. Dies ist unsere objektive Einschätzung nach dem Scheitern des Friedensprozesses. Die beiden palästinensischen Seiten haben keine große Differenzen, was die Ziele angeht: eine Zwei- Staaten-Lösung, und praktisch sind beide Seiten bereit, dem gewaltfreien Widerstand zuzustimmen. Es gibt jetzt mehr Vertrauen in diese Form des Kampfes. Dies ist zum ersten Mal eine Gelegenheit, für das Potential einer einheitlichen palästinensischen Führung zu sorgen, und das ist nach meiner Auffassung die beste Gelegenheit für einen echten und dauerhaften Frieden.

Frage: Es hat in der Vergangenheit [mehrere] Vereinbarungen [mit dem Ziel der] Einheit gegeben, die gescheitert sind und die sich verhedderten. Was sind die Hauptthindernisse dieser neuen Vereinbarung Abkommen, die bewältigt werden müssen?
Barghouthi: **Das Hauptproblem sind die israelische Verweigerung und israelische Bemühungen, die Welt gegen sie [die Vereinbarung] zu mobilisieren**. Israel tat dies 2007, als es die damalige nationale Einheitsvereinbarung und die palästinensische Demokratie erstickte. Es versucht wieder, dies zu tun in dem Bemühen, die internationale Gemeinschaft zu mobilisieren. Es gibt natürlich schwierige Details, die erledigt werden müssen wie die Bildung der Regierung und der internen Führung der PLO, doch ich glaube, dass israelische Aktionen und Bemühungen der Mobilisierung das größte Risiko darstellen.

Eine besonders bösartige und aufschlussreiche israelische Reaktion kam vom israelischen Außenminister Avigdor **Lieberman**, der unverblümt gesagt hat – weil er nicht diplomatisch sprechen kann –, dass Israel Palästinenser vorziehe, die gespalten bleiben, weil das sie schwach hält, und wenn sie vereint sind, stärker werden. Das ist das Wesen der israelischen Position. Wenn Israel wirklich eine Zwei-Staaten- Option sehen wollte – und in den Ansprachen haben Präsident Mahmud Abbas und „Hamas"-Führer Khaled Meshal bei der Unterzeichnungszeremonie die [Idee der] zwei Staaten kategorisch unterstützt –, dann ist dies die beste Gelegenheit, eine Vereinbarung mit allen Palästinensern zu treffen, statt einem Teil der Palästinenser etwas aufzuzwingen. Dies ist eine riesige Chance für den Frieden, aber was wir leider von der Seite Israels hören, sind ein Reden über die Vergangenheit und der Fehlschlag, das Potential für die Zukunft zu sehen.

Aber lassen Sie mich einen weiteren Punkt betonen: **Diese Vereinbarung bringt nicht nur die palästinensische Einheit zurück, es bringt die Demokratie zurück,** die verlorenging; es geht um die Gewaltenteilung, die verschwunden ist; es geht um die Re-Vitalisierung des palästinensischen Parlaments und des Palästinensischen Gesetzgebenden Rates [2]; und es geht darum, das Recht der Menschen wiederherzustellen, ihre Führungen frei und demokratisch zu wählen. Diejenigen, die gegen diese Vereinbarung sind, müssen ihren Aufruf für die Demokratie in Libyen und Syrien sowie für die Region, aber nicht für Palästina rechtfertigen.

Frage: Angesichts der Reaktion der israelischen Regierung [und] bisher eine vorsichtige Antwort des Obama-Administration und eine negative vom US-Kongress, und angesichts der Tatsache, dass eine Einheitsregierung nicht offen auf die drei Bedingungen des [Nahost-]Quartetts eingeht

[3] –: Warum sollte dies der Sache des Friedens nützen?
Barghouthi: Zunächst einmal sollten die **Vereinigten Staaten** vorsichtig sein, nicht dieselben Fehler wie 2007 zu wiederholen. Die USA sollten ihre eigene unabhängige Stellung beziehen – keine israelische Position. [Die USA] sollten vorsichtig sein, dem israelischen Ratschlag zu folgen – dieser Ratschlag ist so konzipiert, dass Netanyahu eine Rechtfertigung daraus herleiten kann, keinen Frieden zu machen und die Siedlungspolitik fortzusetzen. Ich würde einen sorgfältigeren US-Ansatz empfehlen, der auch auf das Potential dieser Vereinbarung schaut. Jenes Potential schließt den Wiederaufbau von Gaza und auch den Aufbau von Institutionen in Gaza ein und konsolidiert, was in der Westbank bereits aufgebaut worden ist. Die Alternative ist die Spaltung [der Palästinenser], die unumkehrbar werden und solche Lösungen in Zukunft ausschließen könnte.

Beachten Sie außerdem, dass dieses Abkommen für die Schaffung einer Regierung sorgt, die weder „Hamas" noch „Fatah" einschließt. Es gibt eine Verständigung darüber – und das wurde in der Vereinbarung und in den Reden deutlich –, dass Herr Abbas jetzt von allen Palästinensern einschließlich von „Hamas" autorisiert ist, die Verhandlungen fortzusetzen. Abbas hat keine Änderungen an den Parametern vorgenommen, die die PLO früher akzeptiert hat, einschließlich der Anerkennung Israels. Es gibt nur einen Unterschied: dass er jetzt von allen autorisiert ist – und nicht nur von „Fatah". Die palästinensische Regierung [in Ramallah] selbst wird nichts mit den Verhandlungen zu tun haben. Sie wird sich mit der inneren Situation beschäftigen und mit der Vorbereitung der Wahlen. Die PLO wird weiterhin für die Verhandlungen verantwortlich sein – mit Abbas an ihrer Spitze.
Es wird nun auch eine größere Aussicht für die Aufrechterhaltung einer breiteren Waffenruhe geben – nicht nur in Gaza – und der Verzicht auf Gewalt überall, einschließlich in der Westbank. Der beste Weg, die israelische Ablehnung und die Opposition der internationalen Gemeinschaft zu überwinden, ist die Annahme dieser Vereinbarung, die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf demokratische Reformen und dann eine neue Regierung zu akzeptieren und mit ihr zusammenzuarbeiten.

Frage: Ist „Hamas" durch diese Vereinbarung nun Teil der PLO geworden?
Barghouthi: „Hamas" ist jetzt Teil der PLO wie alle Gruppen auch außerhalb der PLO, die jetzt diese Vereinbarung unterzeichnet haben, einschließlich meiner Bewegung, der „Palästinensischen Nationalen Initiative". Das bedeutet jetzt, dass es eine interimistische Führung geben wird, die nicht die gegenwärtige Rolle des „Geschäftsführenden Ausschusses" der PLO negiert und die Verpflichtungen der PLO nicht verändert. Die neue Übergangsstruktur wird freie, demokratische **Wahlen zum „Palästinensischen Nationalrat" der PLO** vorbereiten, zu dem es keine Wahlen seit 25 Jahren gegeben hat. Das stärkt praktisch die PLO und ihre Fähigkeit, die Vertretung [nach innen und nach außen] wahrzunehmen, ohne bestehende Verpflichtungen zu beeinträchtigen, und es öffnet das Tor für die künftige demokratische Teilhabe.

*Frage: Wie passt sich die Vereinbarung in die Möglichkeit der PLO ein, im September zur UNO zu gehen, um für Palästina die international **Anerkennung als Staat** zu erreichen?*
Barghouthi: Ich denke, dass [der Gang nach New York] dieses Vorhaben stärken wird. Das israelische Verhalten hat uns mehr denn je entschlossen gemacht, diesen Weg zu verfolgen. [Die] Palästinenser können jetzt der internationalen Gemeinschaft eine gemeinsame Front präsentieren und um die Anerkennung eines palästinensischen Staates einschließlich des Endes der Besatzung nachsuchen.

Frage: Einige haben die Möglichkeit angesprochen, dass die US- Regierung wegen dieser Vereinbarung die Finanzierung der Palästinensischen Autonomiebehörde einstellt. Wie sehen Sie diese Aussicht, und welche Konsequenzen würde diese [Entscheidung] Ihrer Meinung nach für die Palästinenser haben?
Barghouthi: Ich hoffe, dass dies nicht geschieht, aber wenn es geschieht, werden wir damit fertig werden. Das Wichtigste ist, dass die USA nicht damit beginnen, sich aktiv an Sanktionsaktivitäten zu engagieren, oder versuchen, auf andere Regierungen wie 2007 zwecks Beteiligung an Sanktionen gegen die Palästinenser Druck auszuüben. Es gibt eine **Chance** – einen palästinensischen Konsens zur Zwei-Staaten-Lösung und eine Bereitschaft, auf Gewalt zu verzichten. Dies ist die Botschaft: Die Palästinenser sind bereit zum Frieden. Auf der anderen Seite gibt es ein **Risiko**. Wenn Israel Druck auf die Autonomiebehörde vorzieht – und die USA für Israel Partei ergreifen und sie außerdem die internationale Gemeinschaft unter Druck setzen –, dann bedeutet das eine einfache Sache: Es wird zum totalen Zusammenbruch der Autonomiebehörde und zum totalen Zusammenbruch des gesamten Projekts führen. Sie haben die Wahl. Die Chance, die zum Frieden führt, das Risiko, das zu einer Katastrophe führt.

Frage: Was passiert mit den palästinensischen Sicherheitskräften? Behält „Hamas" eine separate Miliz?
Barghouthi: Wir waren uns darin einig, dass in der ersten Runde alles so bleiben wird, wie es ist – der Status quo wird sowohl in der Westbank als auch im Gazastreifen aufrechterhalten. So werden Arrangements bleiben [wie sie sind], und dann werden wir allmählich beginnen, und mit dieser Frage nach der Bildung der Regierung zu beschäftigen. Wir werden dann einen Überwachungsausschuss mit Fachkräften schaffen, der sich schrittweise mit der Zusammenführung und mit der Entzerrung des Sicherheitsapparats befasst. Wenn wir Wahlen haben, sollten wir bereit sein, dass die gewählten Gremien diesen Kräften Autorität verleihen.

Frage: Es ist behauptet worden, das die PLO mit dieser Vereinbarung die Charta von „Hamas" übernommen habe. Was ist Ihre Antwort auf dieses Argument?
Barghouthi: Entschuldigen Sie meine Sprache, aber das ist totaler BS [„bullshit"]. Passiert ist, dass „Hamas" die PLO-Charta übernommen hat. Wenn Sie die Rede Khaled Meshals lesen, akzeptiert „Hamas" die Charta [der PLO] durch die Akzeptanz der Zwei-Staaten-Lösung, ganz unverblümt und klar. Er sagte: '67er Grenzen, Jerusalem als Hauptstadt, souveräner Staat, demokratischer Staat, dass sie die Demokratie akzeptieren und die Ergebnisse der Wahlen, so wie sie sind. Was wollen sie mehr? Die Menschen sollten vorsichtig sein, Netanyahus Propaganda zu kaufen – sie ist rückwärtsgewandt, irreführend und falsch.

Reiner Bernstein, München, 09. Mai 2011

Anmerkungen
1. Dazu mein Bericht „Nahost im Bundestag. Bemerkungen zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 06. April 2011" in der Menüleiste „Berichte aus Nahost" dieser Homepage.
2. Anmerkung des Übersetzers: Das von Barghouthi angesprochene Parlament und der „Palestinian Legislative Council" sind identisch.
3. „Anerkennung Israels", „Zustimmung zu den bisherigen Vereinbarungen" und „Verzicht auf Gewalt".
* Quelle: Website der "Genfer Initiative"; www.reiner-bernstein.de

Englische Version der palästinensischen Vereinbarung, die auf der Website von Reiner Bernstein veröffentlicht wurde.
http://ag-friedensforschung.de/regionen/Palaestina/vereinbarung.html

Werner Rügemer über Libyen:
Waffenstillstand! Wahlen! Erhaltung des Volkseigentums!

Jahrzehntelang förderte die „westliche Wertegemeinschaft“ die nordafrikanischen Diktaturen in Ägypten, Tunesien, Jemen und Marokko. Jahrzehntelang waren diese Folter- und Niedriglohn-Regimes die Beute dieser Diktatoren- und Militärclans, westliche Unternehmen konnten frei investieren, die Kollaborateure bereicherten sich zugleich selbst und legten ihre Privatvermögen in Zürich, London und New York an; westliche Geheimdienste und Stiftungen waren aktiv, westliche Polizei- und Militärberater brachten die Unterdrückungsapparate auf westlichen Standard. In den Staaten, in denen nun heftige Proteste stattfanden, werden ein paar Führungsfiguren ausgetauscht und die Verhältnisse sollen mit ein bißchen mehr parlamentarischer Tünche und westlichen Mobilfunknetzen und facebook weiter so bleiben wie bisher.*

Dagegen galt der libysche Staatschef Gaddafi von Anfang an als Terrorist, Verrückter, Spinner, sein Staat als Schurkenstaat. Was war die Verrücktheit und Schurkerei des exzentrischen und teilweise unberechenbaren Gaddafi gewesen?
Er hatte 1969 – neben Nasser in Ägypten - als zweiter ein feudales Regime gestürzt, nämlich das des britenfreundlichen libyschen Königs Idris I., der alle Parteien und Gewerkschaften verboten hatte. Im Unterschied zu den benachbarten Diktatorenclans bereicherte Gaddafis Regime im wesentlichen nicht sich selbst, sondern modernisierte das Land, steckte die Erlöse aus Öl und Gas in kostenlose Bildung für alle und in eine Art Sozialstaat.
2004 strich Washington Libyen von der Liste der „Schurkenstaaten“, die EU hob das Embargo auf. Die westlichen Konzerne konnten zurückkommen. Libyen dehnte seinen Außenhandel aus. Die 2006 gegründete Libyan Investment Authority (LIA) und die libysche Zentralbank investierten weltweit etwa 150 Mrd. Dollar, so wie es andere staatliche Investmentfonds aus dem arabischen Raum auch tun. So ist der Staat bisher **an etwa 100 westlichen Banken, Holdings, Industrie- und Ölfirmen beteiligt**, z.B. in Italien an der Bank Unicredit, an Finmeccanica, ENI und auch am Fußballclub Juventus Turin.
Hinzukam, und nun sind wir beim Kern der Sache, die **Libysch-Arabisch-Afrikanische Investmentgesellschaft**, die in 22 afrikanischen Staaten Bergbau-, Tourismus- und Verarbeitungs- Projekte fördert. So wurde 2010 auch der erste Telekommunikations-Satellit der **RASCOM (Regional African Satellite Communication Organization)** realisiert: Afrika will unabhängig vom teuren und geheimdienstlich kontrollierten westlichen Satellitensystem werden. Dazu kommen die **Afrikanische Entwicklungsbank (Sitz Tripolis), der Afrikanische Währungsfonds (Sitz Kamerun) und die Afrikanische Zentralbank (Sitz Nigeria)**: Das wäre die Befreiung von Weltbank und Weltwährungsfonds und vom französischen „CFA-Franc“, den die ehemalige Kolonialmacht Frankreich bis heute den ehemaligen Kolonien aufzwingt.
Schließlich plant Libyen seit 1974 **das größte Wasserprojekt der Welt**: 35.000 Millionen Kubikkilometer reinsten Wassers lagern unter der libyschen Wüste, sie sollen nicht nur die Landwirtschaft des libyschen Nordens versorgen, sondern auch in den Nachbarstaaten Sudan, Ägypten und Tschad. Im September 2010 wurde der erste Großabschnitt des Projekts eröffnet, zahlreiche Farmen werden bereits bewässert. Auch diese unabhängige Wasser- und Landwirtschaft ist dem Westen verhaßt, die Konzerne setzen auf teure Meerwasserentsalzung und auf den Nahrungsmittel-Import. Außerdem sucht der Westen den Zugriff für das Mega-Solarprojekt „Desertec“.

Deutsche Medien aber hetzen gegen den Spinner, Schurken, Verrückten Gaddafi, die Einzelperson. Die inzwischen von den westlichen Regierungen fortgesetzte **Konfiskation des „Gaddafi-Vermögens“** bezieht sich in Wirklichkeit zum allergrößten Teil auf Staatsvermögen.

Aufständische und regimekritische Bewegungen haben bekanntlich die Wahl, von der „westlichen Wertegemeinschaft“ entweder als böse Terroristen oder als gute Rebellen eingestuft zu werden. Das erging den Taliban genauso wie dem inzwischen von seinen ehemaligen Sponsoren ermordeten Osama bin Laden. Die Aufständischen im libyschen Bengasi könnten leicht als Terroristen durchgehen, diesmal sind sie aber (noch) Rebellen. Bengasi ist ihre gefeierte „Hochburg“, weil hier das Gebiet des abgesetzten König Idris und seiner sufistischen Religionsgemeinschaft ist.
Nach seiner Absetzung hielten der CIA und andere Vertreter der westlichen Demokratie engen Kontakt mit diesem Clan und steuern nun die „Rebellen“.
Nachdem die US-Vassalengemeinschaft im UNO-Sicherheitsrat erstmal eine Resolution erwirkte, um für den Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen militärisch eingreifen zu können, wurde danach klar, dass dies nur der **Türöffner für die eigentliche Operation** war: die „Rebellen“ bewaffnen, den Bürgerkrieg organisieren, Gaddafi töten, regime change. Dafür werden nicht nur Regierungs- und Militärsitze bombardiert, sondern auch Städte und Versorgungseinrichtungen, auch wenn dabei Kinder getötet werden: Die Rechtsbrecher bringen die Menschenrechte! Gleichzeitig wird der mächtigste und korrupteste Kollaborateur der Region, **Saudi-Arabien**, unterstützt, um die Aufständischen im benachbarten Bahrein mit US-Hilfe militärisch niederzuschlagen und bei sich ein feudales Selbstbereicherungsregime beizubehalten.

Wenn nun die US-Außenministerin Clinton und der deutsche Außenminister Westerwelle sich in Bengasi die Klinke beim völkerrechtwidrig anerkannten „Nationalen Übergangsrat“ in die Hand geben und sich mit Waffenlieferungen und Geldspenden übertrumpfen, dann fördern sie einen wilden, gut gesteuerten Haufen, der als weiterer Türöffner zur neoliberalen Interventions- und Ausbeutungsordnung dient.
Es muß dagegen darum gehen, **die Selbstbestimmung und den Wohlstand der libyschen Bevölkerung zu erhalten**, Gaddafi hin oder her. Wir in Europa können uns auch nicht aussuchen, welcher Kriegsherr in den USA zum Präsidenten gewählt wird.

Wenn zur Abservierung von **Strauss-Kahn** als Chef der Weltbank in kritischen Medien nun über die Sexbesessenheit dieses Bankers und die Männerdominanz in Politik und Wirtschaft tiefsinnige Reflexionen angestellt werden, dann sollte bedacht werden: Strauss-Kahn sympathisierte mit dem Ende des Dollars und einer neuen Leitwährung, den Sonderziehungsrechten der Weltbank. Russland, China und andere Staaten zogen mit, auch die libysche Regierung. Auf dem G8-Gipfel in Deauville Ende Mai 2011 sollte darüber gesprochen werden. Aber mit dem Ende von Strauss-Kahn im IWF und der Bombardierung Libyens ist der Dollar des führenden Folter-, Bankster- und Schuldenstaats (erstmal) wieder gerettet.
Wie lange sollen abgehalfterte westliche Politiker wie Obama, Merkel-Westerwelle, Sarkozy, Berlusconi ihre **selektive Menschenrechtspolitik** in Libyen fortführen dürfen? Wie viele Bomben müssen noch fallen, wie lange soll der Bürgerkrieg noch angeheizt werden, bevor den Westen selbst die Demokratie endlich einholt und der nächste Schritt getan wird:

Waffenstillstand!

** Vgl. den Aufruf „Frieden für Libyen! Solidarität mit dem libyschen Volk!“ Unterschriften an bernd@freundschaft-mit-valjevo.de*

Erschienen in „Ossietzky“ 13/2011
http://www.ossietzky.net/archiv

Johan Galtung
Bush und Obama müßten als erste auf die Anklagebank

Der Schuldige am libyschen Bürgerkrieg ist ausgemacht. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat Revolutionsführer Muammar Al-Ghaddafi wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Finden Sie das gerechtfertigt?
Während die Ankläger und Richter vorwiegend aus dem Westen stammen, sind die meisten Angeklagten Afrikaner. Libyen war früher selbst eine Kolonie. Die Machtverhältnisse entsprechen also der alten Tradition. Damit verteidige ich Ghaddafi gar nicht. Es gibt aber ganz andere Kandidaten, die für ein Strafverfahren viel mehr in Frage kämen. Wenn man die Kriegsverbrechen in Rechnung stellt, die von den Invasoren im Irak und in Afghanistan begangen wurden, müßten Ex-US-Präsident George W. Bush und sein Nachfolger Barack Obama als erste auf der Anklagebank sitzen. Der Irak-Krieg hat schließlich über eine Million Menschenleben gekostet. Warum hat man überhaupt Libyen angegriffen und nicht etwa den Jemen oder Bahrain? Auch dort wurden und werden Zivilisten getötet. Da stimmen die Verhältnisse nicht. Deshalb haben sich fünf von 15 Staaten im UN-Sicherheitsrat bei der Libyen-Resolution der Stimme enthalten.

Und was ist mit den gravierenden Tatvorwürfen, die man Ghaddafi macht?
Ich halte sie für einen Vorwand. Das Völkerstrafrecht wird im Interesse des Westens angewandt. Die Methoden von Ghaddafis Clan und des Bengasi-Clans in ihrer Auseinandersetzung unterscheiden sich nicht wesentlich. Trotzdem hat die NATO einseitig Partei für die Rebellen aus Bengasi ergriffen. Ich glaube, daß Ghaddafi in Libyen und ganz Afrika mehr Unterstützer hat als seine Widersacher.

Um wen handelt es sich da überhaupt? Noch immer wissen wir sehr wenig über die politischen Ziele der libyschen Rebellen.
Es ist eine alte Geschichte. 1981 hat die CIA die »National Front for the Salvation of Libya« (NFSL – Nationale Front für die Erlösung Libyens) aus dem Boden gestampft. Sie stützte sich auf den Bengasi-Clan. Der war zugleich der Clan von König Idriss II, den Ghaddafi 1969 durch einen Putsch entmachtet hatte. Um Libyen zu verstehen, muß man nicht nur die Geographie kennen, sondern auch wissen, daß es ein Land der Clans ist. Das ist im Irak oder in Afghanistan nicht anders. Die CIA hat mit ihrem klugen Schachzug 1981 auf den richtigen Clan gesetzt und in Bengasi militärische Strukturen etabliert. Seither kam es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen. Auf diese Unterminierung reagiert das betroffene Regime dann mit seiner Geheimpolizei und mit Folter, was die Lage nur noch verschlimmerte. Der aktuelle Konflikt schwelt also schon seit 30 Jahren.

Trotzdem ist der jetzige Bürgerkrieg in dieser Dimension etwas Neues und reiht sich überdies in die Aufstände in der arabischen Welt ein. Vorwände mag es geben, aber sie schaffen allein noch nicht die Bedingungen für einen Krieg.
Es gibt mehrere Gründe. Zum einen gibt es Öl. Zum anderen – und viel wichtiger! – ist Ghaddafi ein alter Feind. Zu Beginn der 70er Jahre verbannte er die US-Amerikaner von ihrem Militärstützpunkt. Außerdem setzte er sich besonders für die arme Bevölkerung ein, mit billigen Wohnungen, mit Bildung und Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus war er eine Hauptfigur der Ölkrise von 1973, als die arabischen Staaten den Ölpreis von einem auf 20 Dollar pro Faß steigen ließen. Die größte Gefahr, die der Westen in Ghaddafi sieht, ist aber sein Engagement für die Afrikanische Union. Man befürchtet, daß Afrika als potentiell sehr reicher Kontinent einen eigenen Wirtschaftsraum schafft und somit weniger Handel mit den alten Kolonialmächten in Westeuropa treibt.

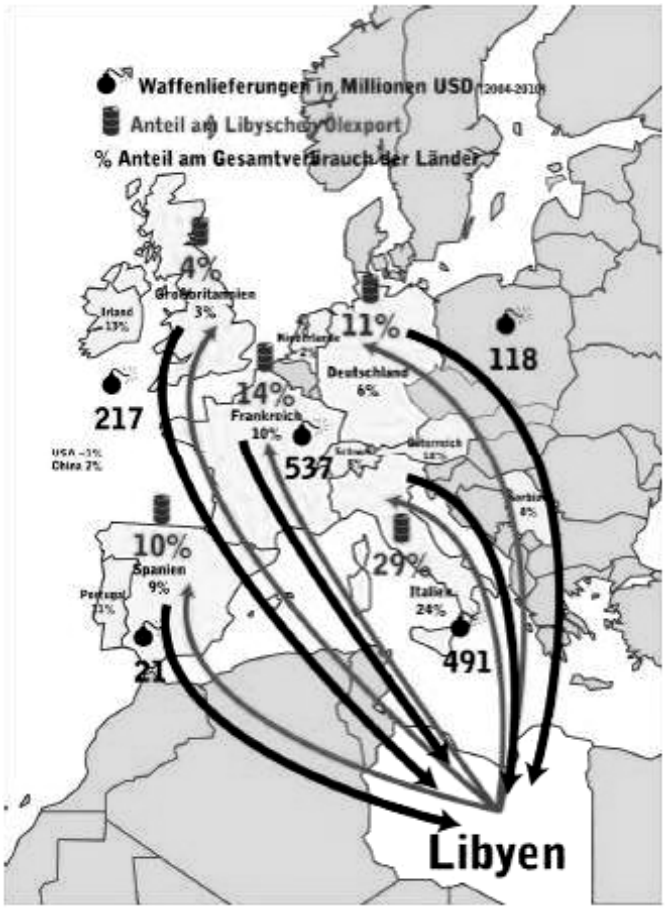
Zudem wollen die Europäer und Amerikaner den Einfluß Chinas eindämmen. Auch die Chinesen wollen sich Rohstoffe verschaffen – aber im Gegenzug helfen sie mit Investitionen, die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern. Peking orientiert sich in seiner Handelspolitik an den lokalen Bedürfnissen und will die Kaufkraft der afrikanischen Völker erhöhen.

China hat in Libyen eigene Interessen. Warum hat es den NATO-Krieg nicht mit einem Veto in der UNO verhindert?
Peking geht einer Konfrontation mit den USA aus dem Weg, wo es nicht unbedingt notwendig ist. Das Land will sich in Ruhe entwickeln.

Interview: Mirko Knoche Aus: junge Welt, 28. Mai 2011

Professor Johan Galtung aus Norwegen gilt als Pionier der Friedensforschung.http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen

Waffen- und Ölgeschäfte mit Libyen:



Grafik C.Haydt, www.imi-online.de
Angaben über die Waffenlieferungen für die Jahre 2004-2010

Rick Rozoff

Afrika: Schlachtfeld für das Strategische Konzept der NATO

Der Krieg der größten Mitgliedsstaaten des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) gegen Libyen geht in den dritten Monat und hat in den vergangenen fünfzig Tagen unter der Führung der NATO stattgefunden.

Laut Zähler des täglichen Blogs Militär-Online(1) hat die Luftwaffe der Allianz über 7200 Missionen und 2200 Kampfflüge in ihrem Krieg gegen Libyen geflogen, seit die NATO die so genannte Operation Vereinte Beschützer am 31. März eingeweiht hat.

Die einzige Militärallianz der Welt ist dabei, mit ihrem 78 Tage-Luftkrieg gegen Jugoslawien 1999 gleichzuziehen, wenn sie nicht noch Truppen in Libyen einsetzt, was sich in eine langwierige Kampf- und Besatzungsrolle ausdehnen könnte wie in Afghanistan und den Anliegerstaaten, wo das Pentagon und die NATO am 7. Oktober ihren zehnten Jahrestag anzeichnen können.

Kürzlich [hat] der russische stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko „*hervorgehoben, dass die Operation in Libyen zu dem ersten Lackmustest für NATOs neue strategische Konzept wird*“(2), eine Bezugnahme auf das neueste strategische Konzept, das von der 28 Nationen-Allianz auf ihrem Gipfel in Lissabon, Portugal, der erste in diesem Jahrhundert, im vergangenen November angenommen wurde. Das erste wurde auf dem Gipfel in Washington 1999 angenommen, als die NATO ihren ersten Krieg (gegen Jugoslawien) führte und ihre ersten Rekruten (Tschechien, Ungarn und Polen) nach dem Kalten Krieg in ihr Bündnis aufnahm.

Der Krieg gegen Libyen ist auch ein Testfall für den US-Africa-Command **(AFRICOM),** das erste militärische Überseekommando, das vom Pentagon seit Ende des Kalten Krieges gegründet wurde (der Vorgänger, das Central Command, wurde 1983 gegründet), deren Joint Task Force Odyssey Dawn [Einsatztruppe Operation Odyssee] den Auftrag hatte, Bomben-, Raketenangriffe und eine Schiffsblockade vom 19. bis zum 30. März gegen Libyen durchzuführen.

Die Aktivierung des AFRICOM als unabhängiges Kommando am 1. Oktober 2008 und die Ausweitung der NATO auf Afrika waren integrierte, unausweichlich verknüpfte Entwicklungen, da als oberster Militärboss des US European Command, zu dem beinahe der gesamte afrikanische Kontinent gerechnet wird, und des neuen AFRICOM seit beinahe 60 Jahren immer einunddieselbe Person festgelegt wurde – gegenwärtig Amerikas Admiral James Stavridis.

Afrika ist auch das Laboratorium für die 25000 Mann starke NATO Response Force [NATO-Reaktionsstreitmacht], die innerhalb von Tagen in der ganzen Welt einsatzbereit sein soll und Operationen, einschließlich Kampfoperationen für bis zu sechs Monate durchhalten können muss – was für den aktuellen Konflikt in Libyen unmittelbare und bedrohliche Implikationen haben kann. Mit anderen Worten, die erste internationale militärische Einsatztruppe der Welt. Die NATO Response Force war eine Initiative des ehemaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld und wurde auf dem Gipfel von 2002 in Tschechien abgesegnet, das gerade erst drei Jahre in der NATO war.

2006 hielt die NATO umfangreiche, 2 Wochen dauernde **Militärübungen** in dem westafrikanischen Inselland Kap Verde unter dem **Codenamen Steadfast Jaguar** mit beinahe 8000 Mann der 25 damaligen Mitgliedsländer (jetzt 26) ab. Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe einschließlich des Flaggschiffs der Sechsten Flotte USS Mount Whitney sowie amerikanische Spezialeinheiten wurden in den Kriegsspielen der NATO in Afrika eingesetzt. Um die bahnbrechende Bedeutung dieses Ereignisses klarzumachen, reisten der Generalsekretär des Blocks General Jaap de Hoop Scheffer und der Nordatlantikrat – die Botschafter aller NATO Mitgliedsstaaten – nach Cap Verde, um die Übung zu inspizieren.

Mit den Worten von Scheffer: *„Sie sehen hier die neue NATO, die NATO, die die Kapazität für Expeditionen hat. Im 21. Jahrhundert muss man vorbereitet sein, für Sicherheit über weite Entfernungen hinweg zu sorgen ...“*

Associated Press zitierte den damaligen obersten Befehlshaber der NATO und Befehlshaber des US-Euro-Command Marinegeneral James Jones (später erster nationaler Sicherheitsratgeber der Regierung Obama), der die Rolle der NATO Response Force so sah, dass *„sie Schiffspatrouillen durchführen könne, um Tanker vor der afrikanischen Westküste zu schützen oder Sicherheit für die Lager- und Produktionsstätten im ölreichen Niger-Delta zu bieten*“. Unmittelbar nach seiner Übernahme des Doppelkommandos im Januar 2003 legte Jones das Fundament für die permanente Einrichtung von US- und NATO Militäranlagen im ölreichen Golf von Guinea vor der Westküste des Kontinents. (3)

Steadfast Jaguar war die erste gemeinsame Infanterie-Luft-und Marine-Operation, die für und durch die Globale NATO-Einsatztruppe durchgeführt wurde. Mit den Worten des Washington Times Berichts von den Kriegsspielen: *„Das Ziel ist es, die in Brüssel basierte Allianz aus einer statischen, auf Europa konzentrierte, defensive Organisation in ein Sicherheitsinstrument mit globalen Ambitionen und Reichweite zu verwandeln.“*

In einem Artikel mit dem Titel *„NATO testet Expeditions-Streitmacht“* auf der Webseite der Allianz steht, dass die Übung geplant wurde, um *„die Bereitschaft der innovativen NATO-Reaktionsstreitmacht zu testen, sehr kurzfristig Missionen an jedem beliebigen Ort auszuführen*“, und dass *„die Reaktionsstreitmacht der Allianz die Fähigkeit verleiht, bis zu 25 000 Mann innerhalb von fünf Tagen irgendwo auf der Welt einzusetzen“*.

Die NATO ist in den vergangenen Jahren in Afrika auch in der Weise eingedrungen, dass sie 30 000 Mann der Afrikanischen Union durch Lufttransporte in die Darfur-Region in **Westsudan** zwischen 2005 bis 2007 brachte und dann tausende ugandische und burundische Truppen in die somalische Hauptstadt Mogadischu zum Kampfeinsatz für die isolierte und im wesentlichen nominelle Übergangs-Bundesregierung.

Seit 2008 hat die NATO mit der Operation Allied Provider eine permanente Kriegsflotten-Präsenz am **Horn von Afrika** im Golf von Aden und dem Arabischen Meer eingerichtet, und seit 2009 bis in eine unbestimmte Zukunft die Operation Ocean Shield.

Berichte aus der Region enthüllen, dass NATO-Kriegsschiffe kürzlich ein Schiff mit Waffen für **Eritrea** aufgebracht haben als Teil von Operationen, eine Seeblockade

gegen dieses kleine Land am Horn von Afrika durchzusetzen als Ergebnis einer Resolution, die vom UN-Sicherheitsrat im Dezember 2009 durchgebracht wurde – wo sich China enthielt und Libyen dagegen stimmte, jetzt ebenfalls ein Opfer – und ein Waffenembargo und Reiseverbot erzwang gegen eins von nur vier afrikanischen Ländern, die nicht als Juniorpartner für AFRICOMs regelmäßige multinationale Militärbemühungen rekrutiert werden konnten – wie Operation Flintlock, Operation Africa Endeavor, Natural Fire Ausbildungs- und Trainingsübungen unter Anleitung von Mannschaften der amerikanischen Kriegsflotte, die für das Afrika Partnerschafts-Stationsprogramm abgestellt wurden.

Wie immer laufen die NATO-Aktivitäten mit denen des **Pentagon** parallel. Afrikanische Bereitschaftskräfte, die jetzt im Osten und Westen Afrikas im Einsatz sind, wurden auch für den Norden, Süden und das Zentrum Afrikas geplant; sie erhalten Beistand und werden sowohl von AFRICOM als auch der NATO überwacht. Im Februar 2010 veröffentlichte eine Webseite der Allianz diesen Bericht über ihre **expandierende Rolle in Afrika:**

*„Das Vereinigte Kommando Lissabon ist die Operationsleitung für das NATO/AU [Afrikanische Union] Engagement und hat einen hohen Verbindungsoffizier im AU Hauptquartier in Addis Abeba, Äthiopien. Die NATO unterstützt auch die Ausbildung von Stabsoffizieren durch Bereitstellung von Orten für NATO-Trainingskurse für den AU-Stab als Unterstützung für AMISOM [Afrikanische Mission in Somalia]; sie liefert ferner Unterstützung für die Einsatzfähigkeit der African Standby Force [Bereitschaftstruppe] – die Vision der AU für einen kontinentalen, ständig bereiten Sicherheitsapparat ähnlich der NATO Response Force.“(*4)

Und wie die Webseite der AFRICOM im Januar verkündete, brachte, noch vor den Africa Endeavor Militärübungen im Juni, eine Planungskonferenz in Mali *„mehr als 180 Teilnehmer aus 41 afrikanischen, europäischen und nordamerikanischen Ländern sowie Beobachter der Economic Community of Central African States (ECCAS), der Eastern African Standby Force und der NATO zusammen, um die Interfunktionsfähigkeit der Kommunikations- und Informationssysteme der teilnehmenden Nationen zu testen.“(*5)

Im folgenden Monat erschien ein Artikel in einer kenianischen Publikation, die behauptete, dass Ramtane Lamamra, der afrikanische Bevollmächtigte für Frieden und Sicherheit, *„bestätigte, dass die NATO ein Militärabkommen mit der AU schließen werde*“ mit besonderer Betonung auf der Konsolidierung der African Standby Force. (6)

Es hat also, wie der oben zitierte russische stellvertretende Außenminister sagte, weniger als vier Monate gedauert von der Annahme des neuen strategischen Konzepts der NATO bis zu seiner ersten Umsetzung in Nordafrika.

Im folgenden einige Auszüge aus dem **Strategic Concept: For the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation** (7), das auf dem NATO-Gipfel im vergangenen November angenommen wurde:

„Die Bürger unserer Länder verlassen sich auf die NATO, die verbündeten Länder zu verteidigen, robuste Streitkräfte einzusetzen und wenn erforderlich für unsere Sicherheit, auch zu helfen, gemeinsame Sicherheit für unsere Partner in der ganzen Welt zu fördern.“

„Die NATO hat eine einzigartige und robuste Reihe von politischen und militärischen Fähigkeiten, um auf alle denkbaren Krisen zu reagieren – vor, während und nach Konflikten. Die NATO wird aktiv eine angemessene Mischung dieser politischen und militärischen Werkzeuge einsetzen, um dazu beizutragen, sich entwickelnde Krisen zu managen, die das Potenzial haben, die Sicherheit der Allianz zu beeinträchtigen, bevor sie zu Konflikten eskalieren; um bestehende Konflikte zu stoppen, die die Sicherheit der Allianz beeinflussen; und zu helfen, die Stabilität nach einem Konflikt zu konsolidieren, wo es zur Sicherheit des Euro-Atlantischen Bündnisses beiträgt.“

„Instabilität oder Konflikte außerhalb der NATO-Grenzen können direkt die Sicherheit der Allianz bedrohen.“

„*Einige NATO Länder werden stärker abhängig von ausländischen Energie-Lieferanten und in einigen Fällen von ausländischen Energieliefer- und Verteilernetzen für ihre Energiebedürfnisse.“*

Das neue Strategie-Konzept verlangt Pläne, um „*robuste, mobile und einsetzbare konventionelle Streitkräfte zu entwickeln und zu unterhalten, um sowohl die Verantwortlichkeiten von Artikel 5 und Expeditions-Operationen durchzuführen, einschließlich zusammen mit der NATO-Response-Force*“ und „*um die Fähigkeit zu entwickeln, zur Energiesicherheit beizutragen*“.

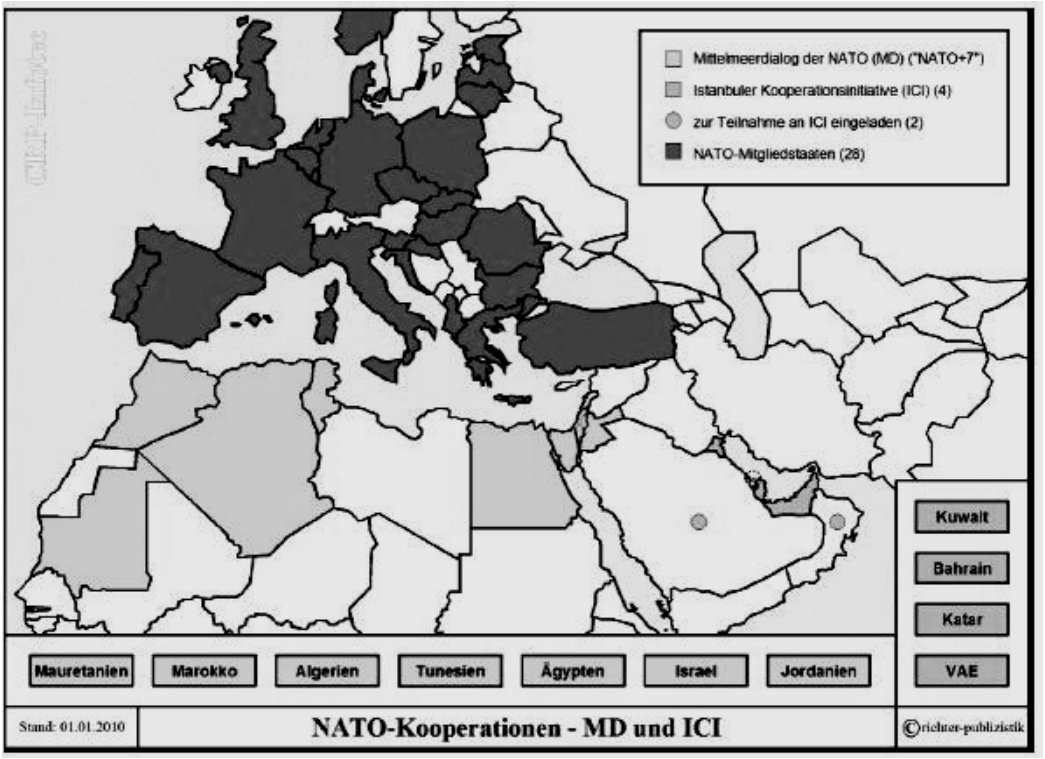
Der Plan für die globale expeditionsfähige NATO des 21. Jahrhunderts hält auch fest: *„Krisen und Konflikte außerhalb der NATO-Grenzen können eine direkte Bedrohung für die Sicherheit der Allianz und der Bevölkerungen darstellen. Die NATO wird sich daher engagieren, wo möglich und wenn erforderlich, Krisen zu verhindern, Krisen zu managen, Situationen nach Krisen zu stabilisieren und Wiederaufbau zu unterstützen. Wo Konfliktverhütung sich als nicht erfolgreich erweist, wird die NATO vorbereitet und in der Lage sein, eintreffende Feindseligkeiten zu managen.“*
„Einzigartig in der Geschichte, ist die NATO eine Sicherheitsallianz, die Militärkräfte aufstellen kann, die gemeinsam in jeder Umgebung operieren können; die Operationen an jedem beliebigen Punkt durch ihre integrierte Kommandostruktur kontrollieren kann, und die Kernfähigkeiten besitzt, die wenige Alliierte einzeln sich leisten könnten.“

Nachdem sie zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg einen regelrechten Krieg gegen eine europäische Nation, 1999 in Jugoslawien, geführt hat und sich den USA zwei Jahre später in Afghanistan einem Krieg angeschlossen hat, der jetzt der längste in der Welt ist, setzt die NATO ihre neue militärische Doktrin in brutaler und tödlicher Weise in Afrika ein.

1) http://www.nato.int/cps/en/SID-EF8DF5B6-C1488A4E/natolive/71679.htm
2) Voice of Russia, May 17, 2011
3) Global Energy War: Washington’s New Kissinger’s African Plans
Stop NATO, January 22, 2009
http://rickrozoff.wordpress.com/2009/08/26/global-energy-war
-washingtons-new-kissingers-african-plans ...
4) North Atlantic Treaty Organization
Supreme Headquarters Allied Powers Europe
February 24, 2010
New Colonialism: Pentagon Carves Africa Into Military Zones
Stop NATO, May 5, 2010
http://rickrozoff.wordpress.com/2010/05/05/new-colonialism-pentagon-carves-africa-into-military-zones ...
5) U.S. Africa Command, January 31, 2011
http://www.africom.mil/getArticle.asp?art=5895(=0
6) Africa: Global NATO Seeks To Recruit 50 New Military Partners
Stop NATO, February 20, 2011
http://rickrozoff.wordpress.com/2011/02/20/africa-global-nat
o-seeks-to-recruit-50-new-military-partners ...
7) http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf

Quelle:
http://rickrozoff.wordpress.com/?s=Africa%3A+Battleground+For+NATO%E2%80%99s+21st+Century+Strategic+Concept
Erscheinungsdatum des Originalartikels: 20/05/2011, Übersetzt von Einar Schlereth / SiG-Redaktion
Artikel in Tlaxcala veröffentlicht:
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=4848

Die NATO erweitert ihre Einflußzonen ständig in Richtung Nordafrika und Westasien



MD= Mittelmeerdialog der NATO; ICI= Istanbuler Kooperationsinitiative

Rosa Luxemburg, 1913: „Ära unverhüllter Gewalt“

Rosa Luxemburg untersuchte 1913 in ihrer Studie über »Die Akkumulation des Kapitals« den Übergang vom Freihandel des 19. Jahrhunderts zum Imperialismus

Als die Freihandelsära (Mitte des 19. Jahrhunderts – d. Red.) anhub, wurde Ostasien erst durch die Chinakriege erschlossen, in Ägypten stellte das europäische Kapital die ersten Schritte.
In den 80er Jahren setzt parallel mit dem Schutzzoll die **Expansionspolitik** mit zunehmender Energie ein:

- Die Okkupation Ägyptens durch England (1882 – d. Red.),
- die deutschen Kolonialeroberungen in Afrika (ab 1884 mit »Deutsch-Südwestafrika« – d. Red.),
- die französische Okkupation von Tunis (1881 – d. Red.) und die Expedition nach Tonking (1873 – d. Red.),
- die Vorstöße Italiens in Assab und Massaua, der abessinische Krieg und die Bildung Eritreas 1890 – d. Red.),
- die englischen Eroberungen in Südafrika-(1889 wird Rhodesien, heute Simbabwe, britische Kolonie – d. Red.),

alle diese Schritte folgten in einer ununterbrochenen Kette die 80er Jahre hindurch.
Der Konflikt zwischen Italien und Frankreich wegen der Interessensphäre in Tunis (1881 – d. Red.) war das charakteristische Vorspiel zu dem franko-italienischen Zollkrieg sieben Jahre später, der als drastischer Epilog die freihändlerische Interessenharmonie auf dem europäischen Kontinent abgeschlossen hat.
Die Monopolisierung der nichtkapitalistischen Expansionsgebiete im Innern der alten kapitalistischen Staaten wie draußen in den überseeischen Ländern wurde zur Losung des Kapitals, während der Freihandel, die Politik der »offenen Tür«, zur spezifischen Form der Schutzlosigkeit nichtkapitalistischer Länder gegenüber dem internationalen Kapital und des Gleichgewichts dieses konkurrierenden Kapitals geworden ist, zum Vorstadium ihrer partiellen oder gänzlichen Okkupation als Kolonien oder Interessenssphären. (…)

Die kapitalistische Akkumulation hat somit als Ganzes, als konkreter geschichtlicher Prozess, zwei verschiedene Seiten.
Die eine vollzieht sich in der Produktionsstätte des Mehrwerts – in der Fabrik, im Bergwerk, auf dem landwirtschaftlichen Gut – und auf dem Warenmarkt. Die Akkumulation ist, von dieser Seite allein betrachtet, ein rein ökonomischer Prozeß, dessen wichtigste Phase zwischen dem Kapitalisten und dem Lohnarbeiter sich abspielt, der sich aber in beiden Phasen, im Fabrikraum wie auf dem Markt, ausschließlich in den Schranken des Warenaustausches, des Austausches von Äquivalenten bewegt. Friede, Eigentum und Gleichheit herrschen hier als Form, und es bedurfte der scharfen Dialektik einer wissenschaftlichen Analyse, um zu enthüllen, wie bei der Akkumulation Eigentumsrecht in Aneignung fremden Eigentums, Warenaustausch in Ausbeutung, Gleichheit in Klassenherrschaft umschlagen.
Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden.

Die bürgerlich-liberale Theorie faßt nur die eine Seite: die Domäne des »friedlichen Wettbewerbs«, der technischen Wunderwerke und des reinen Warenhandels, ins Auge, um die andere Seite, das Gebiet der geräuschvollen Gewaltstreiche des Kapitals, als mehr oder minder zufällige Äußerungen der »auswärtigen Politik« von der ökonomischen Domäne des Kapitals zu trennen.

In Wirklichkeit ist die politische Gewalt auch hier nur das Vehikel des ökonomischen Prozesses, die beiden Seiten der Kapitalakkumulation sind durch die Reproduktionsbedingungen des Kapitals selbst organisch miteinander verknüpft, erst zusammen ergeben sie die geschichtliche Laufbahn des Kapitals. Dieses kommt nicht bloß »von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend« zur Welt, sondern es setzt sich auch so Schritt für Schritt in der Welt durch und bereitet so, unter immer heftigeren konvulsivischen Zuckungen, seinen eigenen Untergang vor.

Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals.Hier zitiert nach: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke Band 5. Dietz Verlag, Berlin 1990, Seiten 395–398

Jürgen Wagner

Krieg trotz Kassenlage:

De Maizieres „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt im März 2011 kündigte der neue Verteidigungsminister Thomas de Maiziere an, er müsse sich bezüglich der anstehenden Bundeswehrreform zunächst einmal über den Sachstand informieren, was einige Zeit dauern werde. Zweieinhalb Monate später verkündete er am 18. Mai seine *„Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“*, die unter seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg auf den Weg gebracht worden waren.
Offizieller Anlass für den Umbau sind die Bundeswehr-Sparvorgaben von 8,3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2015. Um diese zu erfüllen, hatte es zwischenzeitlich den Anschein, als erwäge de Maiziere eine Reduzierung der Bundeswehr, die weit über Guttenbergs ursprüngliche Pläne hinausgegangen wäre. Als Reaktion hierauf warnten jedoch interessierte Kreise überdeutlich, dies würde Deutschlands Fähigkeiten zur Kriegsführung erheblich beeinträchtigen. Nachdem die militärische Interessensdurchsetzung aber im Zentrum der ebenfalls am 18. Mai 2011 erlassenen neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) steht, verwundert es nicht, dass de Maiziere nun von den radikalen Kürzungsvorhaben Abstand nahm – ebenso wie von den Sparvorgaben, die offenbar über Buchungstricks entsorgt werden sollen. Im schlimmsten Fall könnte am Ende sogar eine erhebliche Erhöhung des Rüstungsetats stehen.

Offizielle und inoffizielle Umbauziele

Die Bundesregierung verkündete im Juni 2010, bis 2014 insgesamt 81,6 Milliarden Euro einsparen zu wollen. Der Verteidigungsetat sollte dazu 8,3 Mrd. Euro beitragen, wobei schnell eine „Fristverlängerung“ bis 2015 genehmigt wurde. Vereinfacht gesagt, müsste der Rüstungshaushalt demzufolge beginnend ab 2012 im Jahresdurchschnitt um etwa 2,1 Mrd. Euro gesenkt werden. So begrüßenswert jegliche Verringerung in diesem Bereich auch ist, ambitioniert oder drastisch waren diese Vorgaben in keiner Weise. Ihre Umsetzung hätte nicht einmal die mehr als üppigen Aufwüchse der vergangenen Jahre rückgängig gemacht: Noch 2006 betrug der – offizielle – Rüstungsetat 27,8 Mrd. Euro, für 2011 sind 31,548 Mrd. eingestellt.

Der Hauptteil der Einsparungen sollte über einen Personalabbau erzielt werden, wofür eine Planungsgruppe unter Leitung des Bundeswehr-Generalinspekteurs Volker Wieker Vorschläge erarbeiten sollte, die am 31. August 2010 veröffentlicht wurden.[1] Der „*Bericht des Generalinspekteurs der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010*“ schlägt verschiedene Modelle vor, die eine Reduzierung des Gesamtumfangs von derzeit 252.000 Soldaten auf eine Zahl zwischen 205.000 und 150.000 vorsahen. Die im Bericht präferierte Zielgröße waren 163.500 Soldaten, von politischer Seite, insbesondere aus den Reihen der CDU, wurde aber darauf hin schnell Druck für einen Umfang von mindestens 185.000 gemacht.

Dies war in etwa der Sachstand, als de Maiziere im März 2011 die Geschäfte im Bendlerblock übernahm. Schon bevor sein Vorgänger zu Guttenberg von der Bühne abtreten musste, war klar, dass die Sparvorgaben nur bei umfassendsten Personalkürzungen erreicht werden würden. Aus diesem Grund erwog de Maiziere Berichten zufolge zwischenzeitlich wohl eine Personalreduzierung, die mit 145.000 weit über die zuvor angedachten Zielgrößen hinausgegangen wäre.[2] Ein solcher Truppenumfang würde aber mit dem zweiten – offensichtlich prioritären – Ziel der Bundeswehrreform kollidieren, nämlich die Anzahl der für Kriegseinsätze im Ausland gleichzeitig verwendbaren Soldaten von bislang 7.000 auf künftig 14.000 zu verdoppeln.[3] Vor diesem Hintergrund tauchte ein „Geheim“-Papier des Verteidigungsministeriums auf, das für erheblichen Wind sorgte, da es dieses Ziel in Frage stellte.

Brandbrief aus dem BMVg

Am 20. April 2011 veröffentlichte die Bildzeitung Auszüge aus einem „geheimen“ Bericht des Verteidigungsministeriums, der sich mit den Auswirkungen der Sparvorgaben beschäftigte und der de Maizieres weitere Überlegungen maßgeblich beeinflusst haben dürfte. Ungeachtet aller politischen Forderungen, die Gesamtgröße der Bundeswehr dürfe 185.000 nicht unterschreiten, kommt das Papier, das wohl keineswegs zufällig das Licht der Öffentlichkeit erblickte, zu dem Ergebnis, unter der Sparvorgabe sei maximal Geld für 158.000 Soldaten vorhanden.

Nach diesem Befund wird auf die Folgen verwiesen. Hiermit ginge etwa die *„Bündnis- und Einsatzfähigkeit absehbar verloren.“* Die Kürzungen würden die Bundeswehr fundamental gefährden, so das BMVg-Papier: *„Die ins Auge gefassten Einschnitte werden die Fähigkeiten Deutschlands, mit militärischen Mitteln zur nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge beizutragen, erheblich einschränken. Der deutsche Militärbeitrag wird weder der Rolle Deutschlands im Bündnis entsprechen noch den nationalen Sicherheitsinteressen genügen. Diese Einschränkungen werden auf mittlere Sicht nicht reversibel sein.*“ Im Ergebnis, und hier setzten die Militärs der Politik buchstäblich die Pistole auf die Brust, könne unter diesen Umständen die Kernaufgabe der Bundeswehr, an mehreren Orten Krieg für deutsche Interessen führen zu können, nicht mehr *gewährleistet werden: „Bei den vorgesehenen Eingriffen ins Fähigkeitsprofil (...) wird die Unterstützung nur noch in einem Einsatzgebiet durchhaltefähig möglich sein.*“[4]

Wohlgemerkt, diese Bemerkungen bezogen sich auf eine Gesamtgröße von 158.000 Soldaten, nicht etwa auf die nahezu parallel von de Maiziere angestellten Überlegungen sogar auf 145.000 zu reduzieren. Daraufhin wurde allenthalben Kritik geäußert, die Bundeswehr werde „*kaputtgespart*“, es drohe eine „*Sicherheitspolitik nach Kassenlage“*. Somit wurde die Politik, und ganz speziell de Maiziere, vor eine klare Wahl gestellt: Sparen oder Krieg führen!

Deutsche Interessen: Verteidigungspolitische Richtlinien

Am selben Tag, an dem de Maiziere seine Pläne für die Neuausrichtung der Bundeswehr bekannt gab, erließ er auch neue Verteidigungspolitische Richtlinien.[5] Dabei handelt es sich um die verbindliche konzeptionelle Grundlage für die deutsche Verteidigungspolitik, die somit auch Ziel und Stoßrichtung der Neuausrichtung der Bundeswehr vorgeben.

Unter dem Titel *„Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten*“ benennen die VPR eine Vielzahl von Interessen, deren Durchsetzung Aufgabe der Bundeswehr sein müsse. Die *„Abwehr von Gefährdungen unserer Sicherheit*“ sei die vorderste Aufgabe der Bundeswehr, wobei man sich augenscheinlich von nahezu allem und jedem bedroht fühlt: *„Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima-*

und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik.“ (S. 1f.)

www.campact.de/waffen/sn1/signer

Noch ein wenig prominenter als im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 betonten die VPR die Bedeutung der Rohstoffabsicherung: *„Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.*“ (S. 4f.)

Deutschland solle sich darüber hinaus laut VPR allein schon deshalb an Kriegen beteiligen, um hierdurch Ansprüche auf eine „*mitgestaltende*“ Rolle erheben zu können: „*Durch die Befähigung zum Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum ist Deutschland in der Lage, einen seiner Größe entsprechenden, politisch und militärisch angemessenen Beitrag zu leisten und dadurch seinen Einfluss, insbesondere seine Mitsprache bei Planungen und Entscheidungen sicherzustellen. Nur wer Fähigkeiten für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung anbietet, kann im Bündnis mitgestalten*.“ (S. 10) Nachdem de Maiziere jahrelang Bundesinnenminister war, verwundert es zudem nicht, dass die VPR angeben, zum Auftrag der Bundeswehr gehörten auch „*Beiträge zum Heimatschutz, d.h. Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem Notstand*.“ (S. 11)

Angesichts der Aufgabenfülle müsse schließlich aber ein *„ ‘priorisiertes Fähigkeitsprofil Bundeswehr‘ entwickelt*“ werden, was bedeute, dass die Landesverteidigung eine nachrangige Aufgabe werde, denn die Bundeswehr müsse sich auf die „*wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung*“ konzentrieren, sie „*bestimmen die Grundzüge der neuen Struktur der Bundeswehr.*“ (S. 16) Vor dem Hintergrund dieser ambitionierten Agenda verwundert es nicht, dass von Etatkürzungen in den VPR keine Rede ist. Stattdessen wird betont: „*Die Bundeswehr muss die notwendigen finanziellen Mittel erhalten, um einsatzbereite und bündnisfähige Streitkräfte zu erhalten, die dem Stellenwert Deutschlands entsprechen.“* (S. 10)

Sparvorgabe Makulatur:
De Maizieres Umbaupläne

Auch künftig sollen jährlich 5,1 Milliarden Euro für neue Rüstungsgüter ausgegeben werden, zur Freude von EADS und Co. werden hier also keine Einsparungen vorgenommen. Stattdessen sollen Kostensenkungen "*im Wesentlichen über den zivilen und militärischen Personalhaushalt*" erbracht werden, so de Maizière.[6] Allerdings plant der Verteidigungsminister hierfür eine Truppenreduzierung, die am oberen Rand der diskutierten Möglichkeiten liegt. Laut den „*Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr*“ vom 18. Mai 2011 wird „*der zukünftige Bundeswehrumfang aus bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten und 55.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen*.“[7] Lediglich was die Zahl der gleichzeitig im Ausland künftig einsetzbaren Soldaten anbelangt, ist man etwas zurückgerudert: „*Es werden rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein*.“ Allerdings handelt es sich hierbei dennoch um eine Ausweitung der bisherigen Kapazitäten um nahezu 50%, wobei es sich hier um die bei weitem kostenintensivsten Truppenteile handelt.

Bedenkt man nun, dass allein schon durch die Aussetzung der Wehrpflicht, die de Maiziere wie erwartet beibehalten will, 30.000 Soldaten wegfallen, sind die Reduzierungspläne alles andere als ambitioniert. Mehr noch: sie sind absolut unvereinbar mit den Sparvorgaben von 8,3 Mrd. Euro, da das oben zitierte interne BMVg-Papier angibt, hierfür müsste der Truppenumfang auf 158.000 Soldaten reduziert werden. Dies ist selbstverständlich auch allen Verantwortlichen wohl bewusst, augenscheinlich haben sich de Maiziere und Wolfgang Schäuble bereits auf einen Buchungstrick verständigt, mit dem die Sparvorgabe eingehalten werden könnte, ohne den Rüstungshaushalt effektiv senken zu müssen: „*Zum Sparen nur so viel: […] Alles weitere werde bei den Haushaltsberatungen im Juli zu erfahren sein, er [de Maiziere] habe sich mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits verständigt. Eine denkbare Vereinbarung der beiden könnte - so wird im politischen Berlin spekuliert - die Auslagerung der Pensionskosten aus dem Wehretat sein. De Maizière ließ sich dazu nicht ein, bemerkte nur, diese Vermutung gehe ‚schon eher in die richtige Richtung‘.*“[8]

Diese schwammigen Aussagen lassen allerdings einige entscheidende Fragen offen. Ist hier „nur“ die Auslagerung der Pensionsausgaben für im Zuge der Personalreduzierung aus dem Amt scheidende Soldaten gedacht? Allein dies würde einer Modellrechnung zufolge grob überschlagene 1,5 Mrd. jährlich ausmachen – das Einsparziel von etwa 2,1 Mrd. wäre damit schon annähernd in Sichtweite![9] Denkbar und bislang nicht ausgeschlossen wäre im schlimmsten Fall, dass sämtliche Versorgungsansprüche dem Bundeshaushalt aufgebürdet werden könnten. Damit wäre der Rüstungsetat um einen riesigen Posten entlastet. Im derzeitigen Haushaltsansatz 2011 sind hierfür 14,7% bzw. 4,63 Mrd. Euro eingestellt.[10] So könnte im Ergebnis ein solcher Buchungstrick im schlimmsten Fall zu einer Erhöhung der Rüstungsausgaben um ca. 2,5 Mrd. Euro jährlich führen. Sparen auf Militärisch!

Anmerkungen
[1] Bericht des Generalinspekteurs der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010.
[2] 145.000 statt 185.000? Geopowers.com, 26.04.2011: http://www.geopowers.com/145000-statt-185000-1322.html
[3] Vgl. Haid, Michael: Radikaler Umbau statt Kosmetik – Zum Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, IMI-Standpunkt 2010/041.
[4] Bundeswehr wird kaputt gespart! Bild.de, 20.04.2011:
[5] Verteidigungspolitische Richtlinien: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin, den 18. Mai 2011. Die im Text folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument.
[6] Reform der Bundeswehr Streichen, kürzen, schrumpfen , Spiegel Online, 18.05.2011: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,763419,00.html
[7] BMVg: Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.05.2011. Tatsächlich bewegt sich die Zahl zwischen 175.000 und 185.000: 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie – je nach Erfolg der Rekrutierungsmaßnahmen – zwischen 5.000 und bis zu 15.000 Freiwillig Wehrdienstleistenden.
[8] Reform der Bundeswehr Streichen, kürzen, schrumpfen , Spiegel Online, 18.05.2011.
[9] Wiegold, Thomas: Zahlen auf dem Tisch, 22. November 2010: http://augengeradeaus.net/2010/11/zahlen-auf-dem-tisch/
[10] http://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY3NmE2OTM2N2EzODMyMzMyMDIwMjAyMDIw/haushalt_2011.pdf
http://www.imi-online.de/download/01wagner_juni2011.pdf

Europäisches Attac Netzwerk: Alternativen zur Euro-Krise

Ägina, am 19. Juni
Vom 17. bis 19. Juni hat das Europäische Netzwerk von Attac ein Treffen in Ägina (Griechenland) veranstaltet. Die Vertreter der europäischen Verbände von Attac freuten sich, die griechische Widerstandsbewegung kennenzulernen, die sehr mächtige und beeindruckende Demonstrationen gegen die von der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds erzwungene Sparpolitik der griechischen Regierung veranstaltet hat.

Das Europäische Netzwerk von Attac erklärt sich mit der Bewegung solidarisch und betont, dass die politischen Antworten auf die Finanzkrise wirkungslos und ungerecht sind.
Wirkungslos, weil die Sparmaßnahmen, Kürzungen, Privatisierungen und die Reformen des Arbeitsmarkts zu höherer Arbeitslosigkeit, mehr Armut und einem wirtschaftlichen Niedergang führen. Außerdem kassiert der Staat weniger Steuern. Diese unsoziale Rezessionspolitik führt in einen Teufelskreis, der die Realwirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört.
Ungerecht, weil diese Politik die Bürger zwingt, für eine Krise zu zahlen, die sie nicht zu verantworten haben. Die Schuldenkrise ist in Wahrheit die Folge der ökonomischen Stagnation und der Rettungsaktionen für die Banken nach der Finanzkrise 2008 sowie der neoliberalen Finanzpolitik, die zu weniger Staatseinnahmen aufgrund von Steuererleichterungen und Steuerhinterziehung führte. Die fehlende Regulierung der Finanzmärkte erlaubte auf Staatsschulden mithilfe von Kreditausfallversicherungen zu spekulieren, die eine wichtige Rolle spielten, als sich die Situation auf den Kapitalmärkten verschärft hat.

Das griechische Volk befindet sich im Zentrum der Euro-Krise, was eine klare Folge grundlegender Disparitäten ist. Eine gemeinsame Währung und eine Finanzpolitik ohne demokratische Kontrolle, deren Hauptziel es ist, die Inflation niedrig zu halten, ohne Transfers zwischen Regionen heterogener wirtschaftlicher Strukturen und ohne eine Harmonisierung wirtschaftlicher und sozialer Standards, lassen strukturelle Ungleichgewichte und die Staatsschulden steigen.

Die dramatische Situation in Griechenland zeigt, dass die bisherige Krisenpolitik nichts gegen die Krise ausrichten konnte und neu gestaltet werden muss. Außerdem muss sich die Eurozone politisch neu ausrichten.
Das Europäische Netzwerk von Attac schlägt **Alternativen** vor, die die wirklichen Probleme angehen.

In den überschuldeten Ländern ist es dringend notwendig, die finanziellen Lasten umzuschichten. Die Banken, die teils für die Krise verantwortlich sind, sollen anstelle der Bürger zahlen, ein demokratischer **Schuldenaudit** ist dringend notwendig

Mittel- und langfristig setzt eine Lösung der Krise Veränderungen in der Eurozone voraus. Zu allererst **sollten wirtschaftspolitische Entscheidungen wirklich demokratisch getroffen werden**:

- Die gesamte EU muss Mindestlöhne und **Mindest-Sozialstandards** einführen und eine Finanzreform sollte den **Wohlstand besser verteilen** und einen koordinierten Kampf gegen Steueroasen umfassen. Darüber hinaus muss die EU eine **Mindeststeuer** für Unternehmen einführen.
- Die **Finanzmärkte** und der Bankensektor müssen **reguliert** werden. Dies würde bedeuten. ein Bankensystem zu schaffen, in dem Finanzinstitute nicht zu groß werden können, um bankrott zu gehen.
- Die Europäische Zentralbank **(EZB)** muss reformiert werden, und den Regierungen sollte erlaubt werden, Geld **direkt von der EZB zu leihen**. Außerdem sollten die Staaten in öffentliche Verkehrssysteme, in sichere und erneuerbare Energien, in die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, in das öffentliche Bildungssystem, das Sozialwesen und das Gesundheitswesen **investieren**.
- Es muss ein koordinierter Kampf gegen **Steueroasen** geführt werden und ein Verbot von spekulativen Angriffen auf Staaten erlassen werden. Dies würde zum Beispiel auch ein Ende von Spekulationen mit Kreditausfallversicherungen (**CDS**) bedeuten und die Schaffung von Ratingagenturen unter demokratischer Kontrolle.

Um die wirklichen Ursachen der Krise anzuprangern, um unseren Alternativen Nachdruck zu verleihen und den Kampf gegen die herrschende Krisenpolitik besser zu koordinieren, startet Attac verschiedene Aktionen. Zum Beispiel:
24. Juni: In Brüssel findet Aktionstheater statt während der Europarat über wirtschaftspolitische Maßnahmen verhandelt.
9. bis 14. August: European Network Academy for Social Movements in Freiburg (www.ena2011.eu).
1. Oktober: Conference of the Coalition of Resistance in London. Attac ist Teil dieses Bündnisses.
15. Oktober: In Berlin findet ein Tribunal zur europäischen Krise statt, das die wirklichen Ursachen untersucht.
3. und 4. November: Während der Mobilisierung gegen den G20-Gipfel in Cannes wird ein Tribunal zu globalen Themen abgehalten, bei dem der Bankensektor und die Finanzmärkte angeklagt werden, ebenso die G20 für ihre Komplizenschaft.
März 2012: Die Sozialkonferenz in Brüssel entwickelt gemeinsame Vorschläge von sozialen Bewegungen und Verbänden.

Übersetzung: Peter Schaefermeier, coorditrad, SiG-Redaktion

Attac Österreich: 10-Jahre-Jubiläums-Sommerakademie , 13.7. bis 17.7. 2011 in Graz

"Wirtschaften wie noch nie! Alternative Ansätze in Diskurs und Praxis"

Was kommt nach der Krise? Finanz- und Wirtschaftskrise, Klima- und Energiekrise, Armuts- und Ernährungskrise, sowie letztlich die Demokratiekrise haben tiefe Spuren hinterlassen und manifestieren sich in Sparpaketen, Budgetkürzungen und verstärktem sozialen Spannungen.
Wurden die Zeichen der Zeit erkannt und die politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen **Weichenstellungen für zukunftsfähige Ökonomien und Gesellschaften** gelegt, die ein „gutes Leben für alle" ermöglichen? Anders ausgedrückt: Sind wachstumsorientierte und umweltbelastende Wirtschaftssysteme der nachhaltige Weg, oder welche alternativen Wirtschaftsmodelle stehen schon zur Anwendung bereit?
Die Sommerakademie hat sich einer besonderen Herausforderung angenommen: Modelle des alternativen Wirtschaftens – wie sie global auch schon vereinzelt existieren – zusammenzuführen und Schritte zu deren Umsetzung zu diskutieren!

http://www.attac.at/soak2011.html, Programm: http://www.attac.at/9402.html

Stephan Kaufmann

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

Es ist wieder soweit: Griechenland braucht neue Kredite, und in Europa streiten die Regierungen darüber, ob das nötig ist und wer das zahlen soll. In Deutschland herrscht vielfach die Meinung vor, Griechenland sei selbst schuld an seinem Elend: Erst habe sich das Land in die Euro-Zone gemogelt, dann habe die Regierung zu viel ausgegeben, die Regierten hätten zu wenig gearbeitet. Genährt werden solche ***latent nationalistischen Deutungsmuster*** *von deutschen Politikern und den Medien, die entsprechende «Lösungen» der Krise vorschlagen: Die Griechen müssten mehr sparen, mehr arbeiten und ihr öffentliches Eigentum verkaufen – und wenn das alles nichts hilft, muss Griechenland eben raus aus der Euro-Zone bzw. bankrott machen. Das Dumme daran: Weder sind die genannten Ursachen der Krise zutreffend, noch sind die Auswege zielführend.*

Inhalt:

Was ist die Krise?
Falsche Zustandsbeschreibungen

Wo kommt die Krise her?
Falsche Ursachenforschung

Wie weiter?
Falsche Lösungswege

Die Rolle der Deutschen:
Falsche Freunde

Auszüge:

3. «Die Griechen sind faul»

Faktenlage: Die Griechen arbeiten jede Menge. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit – abzüglich Mittagspausen – lag vor der Krise laut Eurostat bei 44,3 Stunden, in Deutschland waren es 41 Stunden und im EU-Durchschnitt 41,7 Stunden.5 Die französische Bank Natixis kommt für Deutschland auf eine Jahresarbeitszeit von durchschnittlich 1.390 Stunden, in Griechenland sind es 2.119 Stunden.
Wegen der Krise sind viele Griechen mittlerweile zum Nicht-Arbeiten gezwungen. Die offizielle Arbeitslosenrate lag im April 2011 bei 16,5%, bei den Jugendlichen war Ende 2010 sogar jeder dritte ohne bezahlten Job. Die Zahl der Staatsbediensteten wurde in den vergangenen Monaten um 83.000 gekürzt. Man sieht: Nicht «Faulheit» schafft Krisen, sondern Krisen vernichten Jobs.

4. «Die Griechen machen ständig Urlaub»

Faktenlage: Laut EU-Agentur Eurofound haben griechische Arbeitnehmer durchschnittlich einen Urlaubsanspruch von 23 Tagen im Jahr.
Die Deutschen sind in der glücklichen Lage, 30 Urlaubstage nutzen zu können. Das ist Spitze in Europa. Sie «führen selbst dann noch deutlich, wenn Feiertage hinzugezählt werden.»

5. «Wir zahlen den Griechen Luxusrenten»

Faktenlage: Laut OECD gehen in Deutschland Männer im Durchschnitt mit 61,8 Jahren in Rente, in Griechenland sind es 61,9 Jahre. Es handelt sich dabei keineswegs um «Luxusrenten»: Die griechische Durchschnitts-Rente beträgt 55% des Durchschnitts der Euro-Zone, im Jahr 2007 lag sie bei 617 Euro. Zwei Drittel der griechischen Rentner müssen mit weniger als 600 Euro je Monat über die Runden kommen.

6. «Die Griechen haben sich ein fettes Leben gemacht»

Faktenlage: Das Lohnniveau in Griechenland liegt bei nur 73% des Durchschnitts der Euro-Zone. «Nach Angaben des gewerkschaftsnahen Instituts für Arbeit verdient ein Viertel aller griechischen Beschäftigten weniger als 750 Euro im Monat.» Lehrer zum Beispiel verdienen mit 15 Dienstjahren etwa 40% weniger als in Deutschland – und das war noch vor der Krise. Laut Eurostat war vor der Krise ein Fünftel aller Griechen von Armut bedroht, 25% der Griechen lebten in überbelegten Wohnungen (Deutschland: 7%).

7. «Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt»

Faktenlage: Die Regierung in Athen gibt seit Jahren mehr aus als sie einnimmt. Zwischen 2000 und 2007 lag ihr Budgetdefizit zwischen vier und sieben Prozent der Wirtschaftsleistung.

Einordnung: Nahezu jede Regierung der Welt «lebt über ihre Verhältnisse», sprich: Sie gibt mehr aus als sie einnimmt. So rangierte das Budgetdefizit der Bundesregierung zwischen 2000 und 2007 zwischen 1,6% und 4,0% der Wirtschaftsleistung. Das Problem Griechenlands war nicht so sehr die Neuverschuldung, als die Tatsache, dass die Finanzmärkte irgendwann gegen Athen spekulierten und damit die Zinsen für Neukredite auf unbezahlbare Höhe getrieben haben. Dies kann auch einem Land ohne hohe Defizite widerfahren. Das zeigt das Beispiel Irland, das im vergangenen Jahrzehnt gar keine Defizite sondern meist Überschüsse im Haushalt verzeichnete – dennoch fiel es den Finanzmärkten zum Opfer und musste von der EU und dem IWF mit 85 Mrd. Euro unterstützt werden.

«Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen... Weil wir von unserem Gehalt immer auch einen Teil für schlechte Zeiten sparen», schreibt die BILD. Auf staatlicher Ebene hat die BILD unrecht – auch die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit netto verschuldet und nicht «gespart». Gesamtwirtschaftlich gesehen ist hingegen etwas dran: Den deutschen Staatsschulden von rund 2.000 Milliarden Euro steht in Deutschland ein Gesamtvermögen von etwa 7.400 Milliarden Euro gegenüber. Allerdings ist dies nicht «unser» Vermögen. Vielmehr sind die Billionen größtenteils in den Händen weniger Reicher konzentriert. Dem Staat würde dieses Vermögen nur etwas nützen, wenn er Zugriff auf sie bekommt – wenn er sie also besteuert. Doch das soll nicht geschehen, die Vermögenssteuer wurde 1997 abgeschafft.
Hervorgegangen aus dem RLS-Projekt «Lasst uns über Alternativen reden... », in Kooperation mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

http://www.rosalux.de/publication/37617/verkauft-doch-eure-inseln-ihr-pleite-griechen.html.

Stephan Lindner

Zur Schuldenkrise in Griechenland:

Haircut ist nicht gleich Schuldenaudit

Während bei einem Haircut unter intransparenten Bedingungen verhandelt wird, muss bei einem Audit alles in Rahmen eines transparenten Verfahrens auf den Tisch, so dass zu jedem Verhandlungszeitpunkt bekannt ist, wer warum welche Ansprüche anmeldet

Schuldenbombe als Schuldknechtschaft: Kundgebung am 29.6. vor dem griechischen Konsulat in Berlin

Seit Wochen protestieren in allen größeren Städten Griechenlands Tag für Tag tausende von Menschen gegen die Sparpolitik. Meist treibt sie die pure Angst auf die Straße. Immer mehr Menschen müssen starke Einkommenseinbußen hinnehmen. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 15% gestiegen, Tendenz weiter steigend. In den Innenstädten müssen immer mehr Läden schließen. Im Zentrum von Athen steht mittlerweile jedes vierte Geschäft leer. Bei immer mehr Menschen gehen jetzt auch die Ersparnisse zur Neige. Mieter verlieren ihre Wohnung, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. In den Suppenküchen gehört das, was einmal die Mitte der Gesellschaft war, zunehmend zum Stammpublikum und die Regierung hat bereits das nächste Sparprogramm verabschiedet. Jetzt drohen weitere drastische Preiserhöhungen, weil viele bisher öffentlich erbrachte Dienstleistungen privatisiert und nochmals die Verbrauchssteuern angehoben werden sollen, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit weiter steigt, die Löhne weiter sinken und bei Renten und Sozialleistungen noch mehr gekürzt werden soll.

Gleichzeitig werden immer neue Fälle von Korruption aufgedeckt. Vor kurzem wurde z.B. das deutsche Unternehmen Ferrostaal von einem deutschen Gericht zu einer Zahlung von 277 Mio. Euro verurteilt. So hoch sollen Extragewinne ausgefallen sein, die durch Schmiergeldzahlungen vor allem im Zusammenhang mit Verkäufen von U-Booten nach Griechenland angefallen sein sollen. Ähnliche Vorwürfe gibt es auch gegenüber vielen weiteren Konzernen. Allein Siemens soll in Griechenland Schmiergelder von bis zu 100 Mio. Euro verteilt haben. Beide große Parteien, die sozialdemokratische PASOK wie die konservative Nea Democratia, die sich seit Jahrzenten an der Regierung abwechseln, sind tief in derartige Korruptionsaffären verstrickt.

Mittlerweile dämmert immer mehr Menschen, dass Griechenland wohl doch überschuldet ist und seine Schulden aus eigener Kraft wahrscheinlich nicht mehr zurückzahlen kann. Die von EU-Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank durchgesetzte Sparpolitik hat das Land nur immer tiefer in die Krise geführt. Deshalb unterstützen auch in Griechenland immer weniger Menschen diese Maßnahmen. Während es anfangs noch eine große Bereitschaft gab, tiefe Einschnitte hinzunehmen, um die Staatsverschuldung abzubauen, hat sich die Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile eindeutig von diesem Kurs distanziert. Seit Wochen gehen Tag für Tag Tausende von Menschen auf die öffentlichen Plätze und fordern ein **Referendum** über die Sparpolitik. Dabei darf in der gegenwärtigen Situation auch nicht unterschätzt werden, wie stark sich mittlerweile Resignation und Hoffnungslosigkeit breit gemacht haben. Viele Einschnitte ließen sich sicher leichter ertragen, wenn die Menschen den Glauben hätten, dass sie nur vorübergehender Natur sind und es am Ende des Tunnels irgendwann wieder ein Licht gibt. Diesen Glauben haben aber immer mehr Menschen verloren. Das weitere Leben erscheint dann nur noch wie **eine gigantische Rutschbahn nach unten**.

Auch an den Finanzmärkten gehen immer weniger Menschen davon aus, dass Griechenland seine Schulden vollständig zurückbezahlen wird. Griechische Schuldverschreibungen, die nicht über Garantien von EU und IWF abgesichert sind, werden schon seit längerem wie Ramschpapiere behandelt.
Der einzige Käufer, der in den letzten Monaten noch in nennenswertem Umfang solche Papiere gekauft hat, war die Europäische Zentralbank. Und die tat dies vor allem aus politischen Gründen und nicht, weil sie von der Werthaltigkeit dieser Anlagemöglichkeit überzeugt ist. Die Prämien auf Kreditausfallversicherungen für griechische Staatsanleihen erklimmen fast jede Woche neue Rekordhöhen. Die einzigen, die immer noch unerschütterlich daran festhalten, dass Griechenland all seine Schulden zurückzahlen wird, sind die Regierungen, die regelmäßig neue Kreditpakete schnüren, um Griechenland vor der sonst unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Aber auch ihnen wird

von vielen unterstellt, ihre wahre Meinung zu verbergen. Viele glauben, sie wollten in Wahrheit nur Zeit gewinnen, um in ein paar Jahren dann doch einem Schuldenschnitt zuzustimmen. Hintergrund ist die Befürchtung, dass, sollte Griechenland jetzt seine Zahlungsunfähigkeit erklären, auch anderen hochverschuldeten Staaten der Eurozone wie Portugal, Irland, Spanien und Italien niemand mehr glauben würde, dass sie ihre Schulden pünktlich bedienen könnten. Damit wären dann auch diese Länder von den Finanzmärkten abgeschnitten, könnten ihre alten Kredite nicht mehr refinanzieren und müssten sich auch für zahlungsunfähig erklären. In ein paar Jahren allerdings, so die Hoffnung, könnten diese Staaten beweisen, dass sie ihre Schulden im Griff haben und Griechenland nicht der Vorbote für das ist, was demnächst auch in vielen anderen Staaten passiert, sondern nur ein Sonderfall. Mittlerweile zeichnet sich allerdings immer mehr ab, dass diese Hoffnung nicht mehr ist als ein frommer Wunsch.

Gleichzeitig zeigt sich in Griechenland vor Ort, dass dort das, was bei uns noch als mögliche Folgen eines Staatsbankrotts diskutiert wird, längst Realität ist. Der griechische Staat bedient zwar immer noch pünktlich seine **Gläubiger** an den Finanzmärkten, andere Gläubiger haben aber schon länger das Nachsehen. Während an den Finanzmärkten schon ein einziger Tag, an dem fällige Forderungen nicht bedient werden, von Ratingagenturen als Ausfall bewertet werden, warten in Griechenland immer mehr Menschen schon seit langem auf die ihnen zustehenden Zahlungen. Immer mehr **Dienstleister** sitzen auf seit Monaten auf nicht bezahlten Rechnungen, **Staatsbedienstete** klagen darüber, dass sie seit über einem halben Jahr kein Gehalt mehr bekommen und wer in **Rente** geht, wartet teilweise bis zu einem Jahr, bis er seine erste Rente tatsächlich ausgezahlt bekommt.
Die **Zahlungsunfähigkeit des griechischen Staates ist also längst eingetreten.** Die Frage ist allerdings, wer darunter am meisten leidet und wer bis auf weiteres vor den negativen Folgen verschont bleibt.
Im Moment leidet vor allem die griechische Bevölkerung, insbesondere der Teil, der vor der Krise nicht oder nur wenig von den Krediten profitiert hat, um deren Rückzahlung es jetzt geht. Diejenigen hingegen, die auf Grund ihrer Vermögenslage wahrscheinlich einen Forderungsausfall am leichtesten verkraften könnten, bekommen ihre Forderungen weiterhin erfüllt.
Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie ein Verfahren aussieht, das die Lasten der Bewältigung der Krise gerechter verteilt. Immer mehr Menschen in Griechenland fordern deshalb jetzt einen sog. **Schulden-Audit**. Darunter versteht man eine **transparente** und **öffentliche** Untersuchung der griechischen Staatsschulden, in dessen Verlauf darüber entschieden wird, welche Schulden zurückgezahlt werden und welche erlassen werden müssen, weil sie illegal zu Stande gekommen sind, **illegitim** sind, verwerflich oder einfach nur **nicht tragbar**.
Dabei ist wichtig zu betonen, dass sich ein solches Verfahren fundamental von einem **sog. Haircut** unterscheidet, der derzeit auch von vielen heiß diskutiert wird. Während bei einem Haircut **unter intransparenten Bedingungen** verhandelt wird, muss bei einem Audit alles in Rahmen eines transparenten Verfahrens auf den Tisch, so dass zu jedem Verhandlungszeitpunkt bekannt ist, wer warum welche Ansprüche anmeldet. **Ein Audit ist also ein transparenter, demokratisch gesteuerter Prozess, bei dem alle Beteiligten nicht in erster Linie den Gläubigern, sondern der Bevölkerung rechenschaftspflichtig sind**. Wer Forderungen gegenüber dem griechischen Staat erhebt, muss nachweisen, dass diese legal und legitim zu Stande gekommen sind. Ähnlich wie in einem privatwirtschaftlichen Insolvenzverfahren muss auch die Tragfähigkeit der Forderungen untersucht werden. Auch darin unterscheidet sich ein Audit-Verfahren häufig von einem Haircut. Bei einem **Haircut**, bei dem vor allem die **Gläubigerinteressen dominieren**, werden häufig nur so viele Schulden erlassen, wie im Augenblick unbedingt notwendig erscheinen, um die weitere Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Die Folge ist dann, dass nach einiger Zeit wieder die Zahlungsunfähigkeit eintritt und ein weiterer Haircut verhandelt werden muss, die Bevölkerung in den betroffenen Staaten aber keinerlei Perspektive haben, aus der wirtschaftlichen Misere herauszufinden.
Bei einem **Audit** hingegen müssen **Schulden, die illegal oder illegitim sind** oder einfach nicht zurückbezahlt werden können, **erlassen** werden.
Auch dabei ist auf **soziale Ausgewogenheit** zu achten. Bei Schulden-Audits, die bereits erfolgreich in Lateinamerika durchgeführt wurden, hat man festgestellt, dass viele Staaten neben den durch öffentlich gehandelte Schuldverschreibungen aufgenommenen Krediten auch direkte Darlehen bei Großbanken haben, die bei einem herkömmlichen Schuldenschnitt meist außen vor bleiben. So müssen auch auf Gläubigerseite bei einem Haircut vor allem Kleinanleger bluten, die ihre Interessen in einem solchen Verfahren im Vergleich zu Großbanken weniger gut durchsetzen können. In einem Schulden-Audit ist es hingegen möglich, dafür zu sorgen, dass für **Kleinanleger** extra Regeln gelten.
Ein weiterer Punkt, bei dem dringend mehr Transparenz notwendig ist, sind die Gebührensätze der Banken, sowohl bei der Vergabe der ursprünglichen Kredite als auch bei einer Umschuldung.

In Griechenland gibt es mittlerweile ein **Komitee, das sich die Durchsetzung eines solchen Audits zur Aufgabe gemacht hat.** Im Moment werden im ganzen Land **Unterschriften** für die Einsetzung einer Audit-Kommission gesammelt. Bei den in Griechenland stattfindenden Protesten ist das Schulden-Audit bereits zu einer der am meisten unterstützten Forderungen geworden. **Anfang Mai** fand in Athen eine große **Konferenz** statt, auf der erstmals ein systematischer Austausch zwischen Menschen organisiert wurde, die in den Ländern des Südens seit vielen Jahren zu dem Thema arbeiten und Akteuren, die aus den jetzt neu von Schuldenkrisen betroffenen Euro-Ländern kommen.
Mittlerweile gibt es auch eine ähnliche Initiative in **Irland**. Attac Portugal will demnächst eine Kampagne für ein Schulden-Audit in **Portugal** starten.

Wichtig wäre, dass die Forderung nach einem Audit auch außerhalb der Schuldenstaaten Unterstützung findet, insbesondere in mächtigen EU-Staaten wie Deutschland. Das ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil in vielen der Korruptionsfälle in Griechenland auch große deutsche Konzerne verstrickt sind, sondern weil eine wichtige Ursache der Schulden auch in **strukturellen Defiziten der EU** liegt. Attac kritisiert seit langem, dass eine EU, die nur einseitig auf Wettbewerb gegründet ist und das Solidaritätsprinzip weitgehend außen vor lässt, auf Dauer weder überlebensfähig noch erhaltenswert ist. Eine EU, in der sich die einzelnen Mitgliedsstaaten nur mit Steuer- und Sozialdumping gegenseitig Konkurrenz machen, schadet ihren Bewohnern mehr als sie nutzt. Ein Audit-Verfahren, in einem europäischen Rahmen gedacht, wäre deshalb auch eine gute Gelegenheit, die **Grundlagen der Europäischen Integration einer kritischen Revision zu unterziehen** und wichtige Impulse für eine Änderung der Europäischen Verträge zu geben, wie sie Attac bereits während der Debatte um eine Europäische Verfassung vergeblich gefordert hatte. **Attac Deutschland unterstützt deshalb auch die Forderung nach einem Schulden-Audit** und will sie in den nächsten Monaten auch in Deutschland bekannter machen.

Stephan Lindner ist Mtglied des Koordinationskreises von Attac Deutschland

Deutsche Übersetzung des Aufrufs für ein Schuldenaudit: SiG 89, http://sandimgetriebe.attac.at/9381.html
Zum unterschreiben (griechisch und englisch): http://www.gopetition.com/petition/43171.html
Abschlusserklärung der Konferenz in Athen Anfang Mai: SiG 90, http://sandimgetriebe.attac.at/9523.html

Werner Rügemer

Treuhand darf kein Vorbild für Griechenland sein!

Der Chef der „Euro-Gruppe“, Jean-Claude **Juncker**, hat wiederholt die deutsche „Treuhand-Anstalt“ als Vorbild für die Krisenlösung Griechenlands, insbesondere für die Privatisierungen, vorgeschlagen. Wir warnen nachdrücklich vor dieser „Lösung“, die die Krise nur noch mehr verschlimmern und verfestigen würde.
Juncker will nach dem deutschen Vorbild eine „*regierungsunabhängige Privatisierungsagentur*“, die „*auch mit ausländischen Experten besetzt*“ sein soll. Aber die Regierungsunabhängigkeit der Treuhand, die ab 1990 das betriebliche Eigentum einschließlich Immobilien und Grundstücke der Ex-DDR privatisierte, bedeutete in Wirklichkeit: Investorenabhängigkeit. Die wichtigsten hauptamtlichen Posten wurden an „Leihmanager“ vergeben, also an Manager westdeutscher Banken, Handels- und Versicherungs-, Energie- und Industriekonzernen. Als ausländische Experten engagierte die Regierung Kohl die weltweite Investorenlobby namens McKinsey, Price Waterhouse Coopers, KPMG und das deutsche Imitat Roland Berger.
Die Bundesregierung garantierte die Geheimhaltung, selbst Bundestag und ostdeutsche Landtage erfuhren nichts. Die Regierung stellte die Manager von straf- und zivilrechtlicher Haftung frei und förderte damit im Interesse schneller Privatisierung die Korruption. Die Tatsache strafloser Kriminalität lebt fort, insbesondere im Umgang mit Gewerkschaften und prekär Beschäftigten.

Im Endeffekt wurde das Staatsvermögen innerhalb weniger Jahre weit unter Wert verscherbelt. Es wurde keine Marktwirtschaft eingerichtet, sondern eine ausgelagerte Werkbank für Westunternehmen. Niedrigere Löhne, höhere Arbeitslosigkeit als in Westdeutschland sind auch heute nach zwei Jahrzehnten die Folge. Zahlreiche, vor allem jüngere Einwohner sind auf Suche nach Arbeit ausgewandert. Eine bisher unbekannte Altersarmut bahnt sich an. Ostdeutsche Unternehmen leben bis heute von staatlichen Subventionen. Eine neue Welle von Landverkäufen durch die Treuhand-Nachfolgegesellschaft hat begonnen. Nicht zuletzt herrscht tiefe Enttäuschung über diese Art westlicher Demokratie.

Juncker selbst beschwört zwar die „*Regierungsunabhängigkeit*“ einer griechischen Treuhand, betont aber, die Privatisierung würde so ablaufen, „*als wenn wir sie selbst durchführen*“, also nicht „abhängig“ von der zur Marionette degenerierten griechischen Regierung, sondern abhängig von der Europäischen Kommission und der „Experten“ von Goldman Sachs, Deutscher Bank, Price Waterhouse Coopers und anderen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre das Ergebnis in Griechenland noch wesentlich dramatischer als in Ostdeutschland. Die wirtschaftliche Stagnation, die Verarmung großer Teile der Bevölkerung, die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen und Studenten und nicht zuletzt die Pervertierung von Demokratie und nationaler Souveränität haben schon jetzt begonnen.

Zudem ist es ein logischer Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet der langjährige Ministerpräsident **Luxemburgs** auf die Treuhand zurückgreift. Die Finanzbranche Luxemburgs, die **größte Finanzoase** in der Europäischen Union, gehörte zu den **heimlichen Gewinnlern der Treuhand-Geschäfte**. Ein großer Teil der Käufe wurde über Briefkastenfirmen im Großherzogtum abgewickelt. Bis heute spielt Junckers Reich diese schädliche Rolle, so organisierte etwa die „Heuschrecke“ Fortress den Verkauf der 48.000 kommunalen Wohnungen Dresdens über eine Luxemburger Briefkastenfirma. Gegenwärtig klagt die Stadt Dresden gegen den Investor wegen zahlreicher Verletzungen der Sozialcharta auf eine Strafzahlung in Milliardenhöhe. Die Klage wird durch den ausgelagerten Standort der Investoren-Muttergesellschaft in Luxemburg erschwert.

Die Entwicklung nach dem bisherigen EU-Muster führt in die Sackgasse. Das wird besonders drastisch an der Krise und der Krisen“lösung“ in Griechenland überdeutlich. Der Vorschlag einer griechischen Treuhand-Anstalt gehört in diese Sackgasse.
Gerade an Griechenland wird deutlich, dass der Weg zu einem sozialen und demokratischen Europa nur über die Sicherung des öffentlichen Eigentums und den Ausbau der Gemeingüter führt. (http://blog.gemeingut.org)

Zum Nachlesen

EU/Euro-Thematik:

"Manifest zur Krise des Euro" aus dem wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-D. *"Der Euro ist im Jahr 2011 eine europäische Realität, die gegen die destruktiven Tendenzen der Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise gestützt werden muss, um das Abrutschen in ein ökonomisches Chaos und vermeidbare politische Konflikte zu verhindern."*
SiG88, http://sandimgetriebe.attac.at/9316.html
Attac Frankreich: http://www.france.attac.org/non-la-gouvernance-economique-du-pacte-pour-leuro
Michel Husson: Entwicklung einer Euro-Strategie in SiG 87, s. auch http://hussonet.free.fr/@bibi.htm
Mick Barry: Die sozialistische Alternative zu IWF/EU-Diktaten in SiG 87

Zur Wirtschaftregierung:

Attac Österreich: http://www.attac.at/wirtschaftsregierung.html
Nein zu dieser EU-Wirtschaftsregierung! Europaweiter Widerstand gegen neoliberale Reformen von Attac Brüssel/Wallonien, Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Frankreich, Attac Österreich, Attac Spanien, Corporate Europe Observatory (CEO): http://www.attac.at/9581.html

Griechenland:

Sand im Getriebe Nr. 81 (A. Wehr „Griechenland ist überall“), **Nr.82** (Attac Frankreich: Der Euro in den Händen des IWF – ein historischer Bruch), **Nr.83** (Attac De: Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung), u.v.m.
"Die Deutschen sollen erst mal ihre Kriegsschulden an Griechenland bezahlen, bevor sie von uns was wollen." Diese Forderung wird in Griechenland immer lauter - und sie ist berechtigt…“ Tasos Minas Iliadakis http://www.labournet.de/internationales/gr/illiadakis.html

Indignados überall

Das europäische Attac-Netzwerk unterstützt die "spanische Revolution"

http://www.france.attac.org/articles/soutien-la-revolution-espagnole,
Übersetzung: corditrad

Plakate, Forderungen auf der Puerta del Sol:
http://www.monde-diplomatique.es

4. Juni 2011
In **Spanien** gingen am 15. Mai 2011, eine Woche vor den Kommunalwahlen, zehntausende Studierende, arbeitslose und berufstätige Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen in den größten Städten des Landes auf die Straße.
Sie verliehen ihrem Zorn über die Lebensbedingungen, die sich wegen der Sparmaßnahmen der Regierung verschlechtert haben, Ausdruck, und forderten eine echte Demokratie, in der die Interessen von Banken und Politikern nicht über diejenigen der Bevölkerung gestellt werden.

Der von Bürgerbewegungen über die sozialen Netzwerke initiierte und von vielen Organisationen (u.a. Attac Spanien) unterstützte Protest weitete sich unerwartet aus. Die politischen Parteien und die Gewerkschaften, die wegen ihrer Unfähigkeit, auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise zu reagieren, in Verruf geraten sind, wurden von der Organisation der Demonstration gezielt ausgeschlossen.
Nach Abschluss der Demonstration beschlossen viele junge Spanierinnen und Spanier (sie bezahlen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 45% den höchsten Preis für die Krise), auf dem zentralen Platz Madrids *Puerta del Sol* ihre Zelte aufzuschlagen – nach dem Vorbild der Revolutionen der arabischen Völker. Die Aktion wurde von Anfang an von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt, da viele Spanier mit der derzeitigen Situation unzufrieden sind; bald wurden viele weitere Plätze in großen Städten des Landes (Barcelona, Valencia, Zaragoza usw.) besetzt, von jungen und weniger jungen Menschen, die nach demokratischer und sozialer Veränderung rufen.

Trotz der Gefahr einer gewaltsamen Räumung durch die Polizei haben die *indignados* (die Empörten, nach der Streitschrift „Empört Euch" des Franzosen Stéphane Hessel) ihr Zeltlager zu organisieren begonnen. Schon folgen andere Bewegungen in Europa ihrem Beispiel.
In **Portugal**, wo noch vor den Wahlen vom 5. Juni die wirtschaftspolitischen Programme von IWF und EU durchgedrückt wurden, versammelten sich die Demonstranten am 19. Mai vor der spanischen Botschaft und beschlossen, sich auf dem größten Platz Lissabons (*Praça do Rossio*) einzurichten.
In **Griechenland** organisiert eine Bewegung von „Empörten" täglich Kundgebungen auf den größten Plätzen vieler Städte des Landes, mit zehntausenden Demonstrierenden. In Athen wurden auf dem zentralen *Syntagma*-Platz, gegenüber dem griechischen Parlament, Zelte aufgeschlagen.

In all diesen Ländern haben die Demonstranten auf Generalversammlungen **ähnliche Forderungen** formuliert. Sie nehmen im Wesentlichen die Themen der Globalisierungsgegner auf: das Primat der Demokratie über dem Diktat der Finanzwelt, die Forderung nach einer Umverteilung des Reichtums, die Ablehnung eines konsumorientierten, räuberischen Entwicklungsmodells oder die Einrichtung einer Finanztransaktionssteuer. *„Wir sind nicht eine Ware in den Händen von Bankern oder Politikern"*. Die Slogans der Demonstranten prangern den Umgang mit der Krise an: *„das ist keine Krise, das ist Betrug!"* und geben sich entschlossen: *„Wir sind hier, um für unser Leben und unsere Zukunft zu kämpfen",* besagt die Erklärung, die von der Generalversammlung am Syntagma-Platz am 29. Mai verabschiedet wurde. Und alle sind sich mit den Demonstranten in Portugal einig, die am 28. Mai sagten *„unser Kampf ist international."*

Der schnell als *„spanische Revolution"* bezeichnete Protest weitet sich inzwischen zu einer wahrhaft europäischen Bewegung aus, die herkömmliche Formen der Mobilisierung in Frage stellt. Durch ihre schiere Größe und ihre Forderungen ist sie heute schon ein gesellschaftliches Phänomen von herausragender Bedeutung, nicht nur für die globalisierungskritische Bewegung.

In diesem Sinne spricht das Netzwerk der europäischen Attac-Bewegungen den Demonstranten in Spanien, Griechenland, Portugal und in ganz Europa seine Unterstützung aus und verurteilt jede polizeiliche Unterdrückung wie beispielsweise die Räumung der *Plaza Catalunya* in Barcelona.

***Michael Krätke**, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland: Griechenland in Schuldknechtschaft*
"Ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, ohne wenigstens Ansätze eines transnationalen Sozialstaats kann die Gemeinschaftswährung auf Dauer nicht bestehen. Im Moment aber sind es die Herren der Finanzmärkte, die den Griechen eine moderne Form der kollektiven Schuldknechtschaft verordnen. Die Bürger Europas, die Bürger der Bundesrepublik ahnen, was gespielt wird, der Unmut über die eigenen Eliten, die die Zukunft der Union verspielen, ist allgegenwärtig. Es kommt jedoch darauf an, dieser Wut einen Sinn, ein Ziel und eine Richtung zu geben. Sonst geht die europäische Idee im Kampf der Nationalismen und rechten wie linken Populismen unter."
http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2011/juli/griechenland-in-schuldknechtschaft?print

Widerstand lohnt sich:

Verlängerung des Renteneintritts alters in Slowenien per Volksabstimmung abgelehnt

Über 71 Prozent der slowenischen Wähler haben das Gesetz der Regierung Pahor, das das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre heraufsetzt, abgelehnt.
Die Kampagne gegen das Gesetz startete ein wichtiger Verband der freien slowenischen Gewerkschaften (ZSSS) und dessen Präsident Dušan Semolič führte sie kämpferisch an.
Die Beteiligung von knapp 40% an dieser Volksabstimmung ist ein Zeichen der starken Ablehnung der von der EU inspirierten Politik der Regierung Pahor.
Die slowenische Verfassung ermöglichte diese Niederlage der neoliberalen Politik, die die Europäische Union versucht, ihren Mitgliedern über die nationalen Regierungen aufzuzwingen. Denn es ist in Slowenien unter bestimmten Bedingungen zugelassen, **vom Parlament verabschiedete Gesetze mit Hilfe von Volksabstimmungen zu bestätigen oder abzulehnen.**
http://www.cadtm.org/Victoire-de-l-opposition-a-l:

Europäische Konferenz am 31 Mai 2011 im Europa-Parlament in Brüssel – in Partnerschaft mit der parlamentarischen Gruppe GUE/NGL

Stoppt die Politik der Austerität, der Verschuldung und der sozialen Verwüstung in Europa!

Für eine Bündelung unserer Kräfte – Demokratische Alternativen sind notwendig und möglich! Unsere Schlussfolgerungen - unsere Konvergenzen

Seit September 2010 wollten folgende, in den Europäischen Sozialforumsprozess und in europaweite Mobilisierungen involvierte Kräfte diese Konferenz ein Jahr nach Beschluss des europaweiten Mega-Austeritätspaktes organisieren:
ATTAC (Deutschland, Frankreich, Ungarn, Flandern, Spanien), CADTM (Frankreich, Belgien, Schweiz, Griechenland, Spanien, Portugal), Transform! Europe, Euromarches, Solidaires (Frankreich), FGTB (Belgien), EuroMemo Group, Forum soziales Europa (Gewerkschaftsnetzwerk), Joint Social Conference, TransNational Institut (TNI, Amsterdam), Prager Frühling II Netzwerk (Zentral- und Osteuropa), Griechisches Sozialforum, Österreichisches Sozialforum, Belgisches Sozialforum, Netzwerk des ungarischen Sozialforums, Espaces Marx (Frankreich), Socialismo21 (Spanien), Copernic Foundation (Frankreich), Mémoire des luttes (Frankreich), Patas Arriba, Nicos Poulantzas Institut (Grichenland), Gesellschaft für einen Europäischen Dialog (SPED, Tschechische Republik), Fraueninitiative der Bewegung gegen Schulden und Sparpläne, Transform ! Brüssel, Frauenweltmarsch, Rood (Flandern), Coalition of Resistance (UK), WIDE (Women In Development Europe), Realpe (Europäisches Netzwerk Fortschrittlicher Lokaler Abgeordneter); cgt-fsu-solidaires von Le Havre im Streik; Mesas Ciudadanas de Convergencia y Accion;
Teilgenommen haben außerdem: **Europäische Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte / European Association for the Defence of Human Rights / Association Européenne pour la Défense des Droits de l'Homme (AEDH); Europäische Feministische Initiative/European Feminist Initiative; Liga für Menschenrechte (Frankreich), Fédération syndicale unitaire (FSU, Frankreich); GewerkschafterInnen aus verschiedenen Ländern**

Diese Konferenz zeigt die Dringlichkeit der Lage
Sie fand statt zum Zeitpunkt einer Verschärfung der Krise des Euro und der EU, im Rahmen einer allgemeinen Krise des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus.
Europa, dessen Grundlagen erschüttert werden, befindet sich in einer Sackgasse. Mit dem Euro-Pakt Plus wurde ein neuer Schritt in Richtung Vertiefung der Krise der Gesellschaft und der Demokratie gesetzt. Auch ökologische Anliegen können in diesem Kontext nicht gelöst werden.

Europa befindet sich am Scheideweg – seine Legitimität schwindet
Mehr als jemals zuvor liegt der Ausweg aus der Krise im Widerstand und im Kampf gegen den Euro-Pakt Plus, die neue europäische Wirtschaftsregierung, die Verallgemeinerung der Sparprogramme und den Druck mit der Staatsverschuldung. Der Ausweg liegt in einer Veränderung Europas zu einem Kontinent der Zusammenarbeit und Solidarität. Wir müssen in Europa gemeinsam handeln, um den Spaltungen, dem Nationalismus und den Ressentiments zu begegnen, die nur die populistischen und rechtsgerichteten Strömungen begünstigen, deren Bedeutung heute ständig zunimmt. Wir müssen die europäischen Anliegen mit den Kämpfen auf nationalstaatlicher Ebene verbinden und überall darüber aufklären, wo unsere Gemeinsamkeiten liegen.

Die soziale und politische Auseinandersetzung hat sich verschärft
Für die Lohnabhängigen, RentnerInnen und prekär Beschäftigten, für junge Menschen, MigrantInnen und die Ärmsten in der Gesellschaft und alle jene, die von Armut bedroht sind, verschlimmert sich die Lage laufend. Überall sind Frauen am stärksten betroffen. Wir begrüßen und empfinden als sehr ermutigend die Bewegungen der „Empörten", die in mehreren europäischen Ländern für „eine wirkliche Demokratie" eintreten.

Forderungen, die zusammenführen
Wir konnten beobachten, dass eine Anzahl an Kämpfen in dieselbe Richtung führen, da sie die Forderung nach einer Harmonisierung der Rechte auf hohem Niveau beinhalten. In dieser Atmosphäre der Entrüstung bestehen viele Übereinstimmungen zwischen sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, GewerkschafterInnen ebenso wie sozialen und politischen AktivistInnen.

- Die Antwort auf Probleme, die in Europa ihren Ursprung haben, ebenso wie die Antwort auf akute Schwierigkeiten in einzelnen Ländern, muss eine gesamteuropäische und gemeinsame sein.
- Ziel der ökonomischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene muss es sein, die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen sicherzustellen. Die Architektur des Euro, der Institutionen, der europäischen Verträge und Abkommen muss entsprechend geändert werden, um dies zu gewährleisten.
- Die öffentlichen Schulden müssen reduziert werden: durch neue Einnahmen, durch eine Senkung der von Staaten und Gemeinden zu bezahlenden Zinssätze; durch eine Verringerung der Transferzahlungen an die Kreditgeber, durch Maßnahmen des Streichens der illegitimen Teile der Schulden auf Grundlage öffentlicher Audits durch die BürgerInnen, wodurch die Bestrafung von Spekulanten und der Schutz einfacher Spareinlagen und Pensionen sichergestellt würden.
- Neue öffentliche Besteuerungssysteme müssen eingerichtet werden, z.B. müssen ein gerechteres und weniger ungleiches Steuersystem geschaffen werden, das

Steuer-Dumping beendet; die Besteuerung der Einnahmen aus Kapital- und Finanztransfers sichergestellt und inakzeptable Ausgaben, z.B. von Militärausgaben, reduziert.

• Vielfältige politische Maßnahmen müssen dazu beitragen, eine radikalere Umverteilung des Reichtums zu organisieren, um die sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu reduzieren.

• Banken und andere Finanzinstitutionen müssen strenger reguliert werden: mit Maßnahmen öffentlicher Aneignung der nötigen Instrumentarien durch die Gesellschaft, damit eine neue Form der sozialen und ökologischen Entwicklung unterstützt wird. Die restriktive Politik der EZB muss beendet werden.

• Es ist wichtig, eine Perspektive sozialer Konvergenz auf hohem Niveau zu eröffnen, und die Abwärtsspirale des Sozialdumpings, des Abbaus sozialer Schutz- und Pensionssysteme und der zunehmenden Prekarisierung und Verarmung zu stoppen.

• Eine an hohen Standards orientierte Angleichung der Einkommen ist nötig: die Einführung eines europäischen Mindestlohns auf der Grundlage des Durchschnittseinkommens eines jeden Landes, um sozialem und Lohndumping zu begegnen; die sozialen Mindeststandards haben sich am Mindesteinkommen zu orientieren. Als Sofortmaßnahme gegen sozialen Ausschluss muss festgelegt werden, dass kein Einkommen die Armutsgrenze unterschreiten darf. Frauen, die am meisten von Niedriglöhnen betroffen sind, haben ein besonders Interesse an einen solchen Richtungswechsel.

• Um der Verarmung neuer Teile der Bevölkerung entgegenzutreten, muss das Konzept der sozialen Sicherheit erweitert werden, sodass alle Menschen darin eingebunden werden.

• Die besonders hart von der Krise betroffenen Menschen in Polen, Ungarn und Rumänien ebenso wie in anderen europäischen Ländern, die wegen der Schuldenlast bedroht sind, aus ihren Wohnungen vertrieben zu werden, müssen Beistand und ein durchsetzbares Recht auf Wohnen erhalten.

• EU-Subventionen, die insbesondere den Ländern Osteuropas gewährt werden, dürfen in keinem Fall zu einer Erhöhung der Schulden der Gemeinden führen: es muss verboten werden, dass das Vermögen der Gemeinden für Kredite und Obligationen verpfändet wird.

• Die EU-Migrationspolitik muss sich radikal dahingehend ändern, dass die sozialen und Menschenrechte von MigrantInnen respektiert werden und dass Zusammenarbeit und Solidarität gefördert werden.

• Die öffentlichen Dienste in der EU müssen bewahrt und entwickelt werden, damit den Grundsätzen von Gleichheit, Solidarität und Bildung für alle Rechnung getragen werden kann. Forschungsprojekte müssen der Gesellschaft und der Herausbildung eines neuen Modus gesellschaftlicher und ökologischer Entwicklung dienen. Das ist ein grundlegendes Ziel, das gewährleisen soll, dass soziale Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeit verbleiben und nicht transferiert werden zu Lasten der Frauen, als unbezahlte häusliche Tätigkeit oder unterbezahlte Lohnarbeit.

• Mehr als jemals zuvor verlangen ökologische und soziale Belange die Kontrolle ökonomischer Entscheidungen durch die demokratische Öffentlichkeit. Eine Entwicklung in Richtung einer anderen Art des Wirtschaftens ist auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene erforderlich.

• In Europa befindet sich die Demokratie aber auf dem Rückzug; sie muss verteidigt werden und mehr zur Wirklichkeit werden, so wie das die BürgerInnen in ganz Europa fordern.

Die Mobilisierungen in Europa müssen intensiviert werden und Kräfte zusammenführen, mit dem Ziel eines radikalen Wandels in Europa – das hat hohe Dringlichkeit. Diese Konferenz bringt ihre volle Solidarität mit den Bewegungen zum Ausdruck, die Widerstand gegen die Sparprogramme und die Schuldenlasten leisten, ebenso mit jenen, die für echte Demokratie eintreten.

Mehrere Initiativen zur Entwicklung und Verbreiterung der Bewegungen sind bereits in Vorbereitung

• 19. Juni: ein Aktionstag in Spanien, der von den „Entrüsteten" der Puerta del Sol initiiert und von solidarischen Initiativen in anderen Ländern unterstützt wird;
• 21. Juni: Europäischer Aktionstag, zu dem der EGB aufruft
• 1. Oktober: eine Konferenz gegen Sparprogramme und Privatisierungen in London
• 15. Oktober: ein internationaler Aktionstag, initiiert von der Bewegung des 15. Mai (Puerta del Sol)
• 1. November: eine Demonstration gegen die G-20 (bei Cannes/Nizza in Frankreich), gefolgt von einem Forum der Völker

Mehrere weitere Schritte werden noch diskutiert:

• Die Wege, auf denen gegen den Euro-Pakt Plus und das ökonomische Regierungspaket Widerstand geleistet werden kann; Vervielfachung von Initiativen und Informations- und Aufklärungskampagnen;
• Die Durchführung öffentlicher Anhörungen bzgl. der Staatsschulden in verschiedenen Ländern, gefolgt von einem europaweiten Treffen, um die Ergebnisse zusammenzuführen und gemeinsame Strategien zur Streichung der illegitimen Schulden der europäischen Staaten zu erarbeiten;
• Eine Vielzahl an Aktionen am 23. und 24. Juni während des Treffens des Europäischen Rates zum „Governance Paket";
• das Einfließenlassen der Arbeiten dieser Konferenz in den Europäischen Sozialforumsprozess, von dem diese Initiative ausging;
• Ein Beschluss zur Schaffung eines offenen und der Mobilisierung dienenden Netzwerks, das dem Thema „Schulden und Sparprogramme" gewidmet ist und zum Ziel hat, Analysen, Konvergenzen und Initiativen zu erarbeiten.

Einige Fragen blieben in der Diskussion offen, insbesondere ein Vorschlag, der von griechischen TeilnehmerInnen eingebracht wurde: Sollen wir versuchen, eine „gemeinsame Front von Gewerkschaften, Bewegungen und politischen Kräften" zu organisieren, deren Zielen konvergent sind? Oder sollen wir den Weg eines „BürgerInnen-Pakts" zum Aufbau eines neuen Europa einschlagen?

Kontakt: Verveine Angeli - angeli@solidaires.org Elisabeth Gauthier - elgauthi@internatif.org - Christine Vanden Daelen - christine@cadtm.org
http://openfsm.net/projects/austerity-debt-and-social-destruction-in-europe/summary

Nyéléni Europe 2011 , European Food Sovereignty Forum http://www.attac.at/nyeleni.html

Erstes europäisches Forum für Ernährungssouveränität „Nyéléni Europe" in Niederösterreich,16. - 21. 8. 2011

Das „Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. […] Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen (…) ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne." ***(Erklärung von Nyeleni (Mali), Weltweites Forum für Ernährungssouveränität, Februar 2007)***

Attac Frankreich: Offizielle Ernennung von Goldman Sachs an der Spitze der BZE

24.6. 2011
Mario Draghi, Ex-Vorstand von Goldman Sachs Europa, übernimmt nun den Vorstand der Europäischen Zentralbank.
Draghi leitete die amerikanische Geschäftsbank, als diese vor mehreren Jahren Griechenland bei der Fälschung seiner öffentlichen Bilanz behilflich war. Nun soll er die Interessen der Banken in der jetzigen Krise schützen.

Bis heute konnte man sich fragen, warum die BZE und Jean-Claude Trichet sich jedem Ansatz einer Restrukturierung der griechischen Schuld so heftig widersetzten - selbst gegen die deutsche Bundeskanzlerin.
Eine anscheinend unbegreifliche Haltung, da alle Analytiker - auch die Wirtschaftswissenschaftler und die Bankökonomen- sich in einem Punkte einig sind: unter den geltenden Vertragsbedingungen ist Griechenland unfähig, seinen Schuldendienst-Verpflichtungen nachzukommen. Eine Umschuldung oder gar teilweise Annullierung scheinen unvermeidlich zu sein - das wird allgemein behauptet. Es auf später zu verlegen führt ausschließlich zu einer Verschlimmerung der sozialen und wirtschaftlichen Schäden, die die brutalen und missliebigen Sparpläne den Griechen zufügen.

Mit Herrn Draghis Ernennung wird die Sache vollkommen klar: Die BZE schützt nicht die Interessen der europäischen BürgerInnen und SteuerzahlerInnen, sondern jene der Banken. Einer in *Les Echos* am 23. Juni veröffentlichten britischen Studie kommt das Verdienst zu, den laufenden Vorgang ganz klar zu quantifizieren. Laut dieser Studie soll dank den griechischen „Rettungsplänen" und dem „europäischen Stabilitätsmechanismus", die BZE, IWF und EU *angelegt* haben "der Teil der griechischen Schuld, die ausländischen SteuerzahlerInnen aufgebürdet wird, von 26% auf 64% ansteigen. Das bedeutet für jeden Haushalt in der Eurozone eine Ansteigung von 535 € auf 1450€."
Griechenlands „Rettung" kommt also einer gigantischen Sozialisierung der Verluste des Banksystems gleich.
Der Hauptteil der griechischen (aber auch der spanischen und irischen) Schuld soll den Bankiers abgenommen den SteuerzahlerInnen aufgehalst werden. Dann wird es möglich sein, die Kosten der unvermeidlichen Restrukturierung jener Schulden den öffentlichen europäischen Haushalten zuzuschieben.

Wie es die spanischen Empörten sagen "Wir haben mit keiner Krise, sondern mit Diebstahl zu tun!"
Gestern (23.6.) wurde vom Europaparlament das „governance Paket" verabschiedet zur Reform des Stabilitätspaktes: der nationalen Haushalten auferlegte Zwang und die Sanktionen gegen „Sünderländer" werden verschärft. Der Europarat führt diese Arbeit zu Ende. (…)
http://www.france.attac.org/articles/goldman-sachs-prend-officiellement-la-tete-de-la-bce

Stephan Krull

Arbeitszeitverkürzung für gutes Leben

Gewerkschafter und soziale Bewegung diskutierten in Hannover über Wege aus der Massenarbeitslosigkeit

„Wege zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit – Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung« war der Titel einer Konferenz am 1.7. in Hannover. Rund 100 Gewerkschafter, darunter viele Betriebs- und Personalräte, waren zu der gemeinsamen Veranstaltung von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, ver.di Nieder-sachsen, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und der ATTAC-AG ArbeitFairTeilen gekommen.

Die Diskussionsbeiträge, ergänzt von Wissenschaftlern, Feministinnen, Vertretern des BUND und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, drehten sich um den Anspruch auf gutes Leben, Glück, Freiheit, Selbstbestimmung, Partizipation und intakte Umwelt als Ausgangspunkt für die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung.

Im Jahr 2010 wurden offiziell 3,2 Millionen Arbeitslose gemeldet. Hinzu kommen rund 1,7 Millionen verdeckte und sich in der stillen Reserve befindliche Arbeitslose sowie mehrere Millionen Menschen in unfreiwilliger und schlecht bezahlter Teilzeitarbeit. Damit fehlen rund sieben Millionen Arbeitsplätze, wie **Norbert Reuter** vom verdi-Bundesvorstand vorrechnete.
Mohssen Massarrat von ArbeitFairTeilen kritisierte: »*Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Verlautbarungen aus der Politik, die von einem ›Beschäftigungswunder‹ sprechen, zynisch*.« Ursächlich für die in der Krise nicht weiter angestiegene Massenarbeitslosigkeit waren die Konjunkturprogramme und die Arbeitszeitverkürzung.
Heinz Bontrup von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschafspolitik erklärte, »*ohne Arbeitszeitverkürzungen wäre die Arbeitslosigkeit um über eine Million gestiegen*«. Durch den Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten, eine massive Förderung der Kurzarbeit sowie einen weiteren Anstieg von Teilzeitbeschäftigung seien bei gleichzeitigem Rückgang von Vollzeitbeschäftigung Arbeitsplätze gerettet worden. In der Krise sei für alle sichtbar bewiesen worden, dass Arbeitszeitverkürzung ein wichtiges Instrument zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist.
»*Zwei Jahre nach dem Tiefpunkt der Krise wollen Politik und Arbeitgeber nichts mehr vom Erfolg der Arbeitszeitverkürzung wissen – heute steht wieder die völlig kontraproduktive Arbeitszeitverlängerung auf der Tagesordnung*«, stellte **Detlef Ahting** von ver.di Niedersachsen-Bremen fest. Die Situation werde durch verlängerte Arbeitszeiten und zusätzlich durch 2,5 Milliarden Überstunden jährlich in vielen Betrieben erschwert. »*Wenn in einigen Branchen, wie zum Beispiel in der Pflege, durchschnittlich weit über 40 Stunden gearbeitet wird, dann ist das nicht in Ordnung*«, so der Gewerkschafter. »*Wir brauchen eine neue gesellschaftliche Debatte um die gerechte Verteilung von Arbeit*.«

Die in Hannover begonnene Zusammenarbeit soll bei weiteren Regionalkonferenzen vertieft werden, ein Aktionsaufruf soll den Schritt von der Diskussion zur gesellschaftlichen Aktion vorbereiten.

http://www.jungewelt.de/2011/07-05/003.php

»Arbeitszeitverkürzung und Ausbau der öffentlichen Beschäftigung jetzt!«
Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, 23.5.2011
http://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen/manifest/

European Network Academy for social movements

9. - 14. August 2011 in Freiburg

http://www.ena2011.eu

Übersicht über das Gesamtprogramm

9. August, 20 Uhr: Eröffnungsabend

Von Mittwoch bis Samstag wird es ein reiches politisches Programm aus **ca. 130 Workshops und verschiedenen zentralen Podien** geben, das durch ein Angebot an Exkursionen und ein vielfältiges Kulturprogramm abgerundet wird.

Workshops zu den verschiedenen Themen, die Attac bewegt: von Einführungsworkshops zur Finanztransaktionssteuer, über kontroverse Diskussionen über direkte Demokratie, die Militarisierung der EU, die Macht der Medien und Alternativen, die EU-Rohstoffpolitik, verschiedene Wege aus der sozialen Krise bis hin zu kreativen Workshops wie Aktionsklettern und Bannermalen .

Als **zentrale Veranstaltungen** bereiten wir **vier Foren** zu den Hauptthemenachsen der ENA vor:

Mittwoch: Forum Finanzmärkte:
In diesem Forum werden sich **Dominique Plihon** (Wissenschaftlicher Beirat von Attac Frankreich), **Marica Frangakis** (EuroMemo und Attac Griechenland) und **Pedro Páez** (Ecuador, Bank des Südens) mit **Alternativen zum derzeitigen Finanzsystem** beschäftigen. Der Fokus liegt auf einem alternativen Bankensystem, das aus lateinamerikanischer und europäischer Perspektive beleuchtet werden soll.

Donnerstag: Forum Demokratie
Christian Felber (Attac Österreich) wird der Frage nachgehen, wie das politische System partizipativer gestaltet werden kann. Über öffentliche Güter und Strategien gegen Privatisierungen werden wir **Dexter Whitfield (**Großbritannen, European Services Strategy Unit) hören. Eine Demokratisierung der globalen und EU-Institutionen wird schließlich **Susan George** (Frankreich, Transnational Institute) skizzieren.

Freitag: Forum Wirtschaft und Wege aus der sozialen Krise:
Schuldenproblematik und Alternativen zu den europaweit aufgelegten Sparprogrammen.
Elisabeth Klatzer (Attac Österreich) wird sich der europäischen Austeritätspolitik widmen und alternative Wege aufzeigen, die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Zum Themenkomplex „Transformation des Industrie- und Energiesektors“ werden wir **eineN italienischeN MetallgewerkschafterIn** hören.

Samstag:
Forum Ökologie und Klima:
Das Ökologieforum greift wiederum drei Themenstränge auf: Zum einen den Postwachstumsdiskurs, u.a. auch als Fortführung der Debatten des Postwachstumskongresses im Mai 2011 in Berlin.
Im zweiten Teil werden wir uns mit Perspektiven einer solidarischen Agrarpolitik und Ernährungssouveränität befassen.
Geneviève Azam (Attac Frankreich) wird zu Mobilisierungen und Kooperation von Attac mit den verschiedenen sprechen.

Abendplena

Donnerstag
Plenum
„Attac, Soziale Bewegungen und Gewerkschaften“:
Wo können Attac und soziale Bewegungen zusammenarbeiten? Welches Synergiepotential gibt es? Wo sind die Grenzen der Kooperationsmöglichkeiten? Ist das ESF (Europäische Sozialforum eine Veranstaltungsform mit Zukunft? Diesen und anderen Fragen werden **Alessandra Mecozzi** (Italien, FIOM/CGIL), **Alexandra Strickner** (Attac Österreich), **Ulrich Brand** (wissenschaftlicher Beirat Attac Deutschland) nachgehen.

Samstag
Plenum „Attac-Europa-Strategie“:
Im Mittelpunkt des Samstagsplenums stehen die zentralen Fragen nach konkreten europäischen Kooperationen: Welche gemeinsamen Aktivitäten planen die europäischen Attacs für die nächste Zeit? Für welche gemeinsamen Kampagnen finden sich welche Gruppen zusammen? **Was sind die zentralen Themen, die alle Attacs verbinden?** Ist es an der Zeit, die europäische Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage zu stellen?

Und sonst?

Mittwoch: „Tag der Aufstände“:

Zwei Sonderveranstaltungen zu den Aufständen in den arabischen Staaten. Aktive der dortigen sozialen Bewegungen werden zu Wort kommen. Sie werden uns im ersten Teil zu einem Überblick über die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Ländern verhelfen. Im zweiten Teil wenden wir uns der Frage der Haltung der EU-Regierungen zu den Emanzipationsbewegungen im Maghreb/ Mashreq zu.
In mehreren Workshops werden diese Themen vertieft und Schritte zur konkreten Solidarität sollen vereinbart werden.

Sonntag Abschlussveranstaltung

Hier können sich noch einmal alle internationalen Initiativen vorstellen und um die aktive Mitarbeit anderer Aktiver werben. Gewürzt wird dieser Vormittag mit kreativen Einlagen, die in den künstlerisch-musischen Workshops erarbeitet wurden.
Durch die Vielfalt des ENA-Programms ist unsere große Sommerakademie im schönen Freiburg für EinsteigerInnen und eingefleischte Profi-AltermondialistInnen geeignet.

Fast alle Workshops werden dank eines ehrenamtlichen professionellen **Dolmetschteams** komplett zweisprachig sein. Sie werden simultan mithilfe von Personenführungsanlagen gedolmetscht, so dass sie entweder in Englisch und Französisch oder in Englisch und Deutsch stattfinden. Die Sprachkombination findet Ihr später im Programmheft.

Die zentralen Foren und Plenarveranstaltungen werden komplett in drei Sprachen, also **Englisch, Französisch und Deutsch** gedolmetscht.